

ifo Dresden berichtet

Aktueller Kommentar

- *Joachim Ragnitz*
Konvergenz von Wirtschaftsräumen – Eine Illusion?

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*
Konjunkturprognose 2013: Eurokrise kostet Auftrieb
- *Stefan Arent, Michael Kloß, Robert Lehmann und Joachim Ragnitz*
Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2012/2013:
Eurokrise bringt gesamtwirtschaftliche Entwicklung nahezu zum Stillstand
- *Joachim Ragnitz*
Langfristige demographische Herausforderungen in den BRICS-Ländern
- *Carolin Rauch*
Sachsen und seine internationalen Gäste – Wo kommen sie her?
- *Oskar Krohmer*
Entwicklung und Zukunft der europäischen Kohäsionsförderung

Im Blickpunkt

- *Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater*
Aktualisierung der Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen –
Höhere Steuereinnahmen entlasten nur kurzfristig

20. Jahrgang (2013)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 1/2013

Aktueller Kommentar

Konvergenz von Wirtschaftsräumen – Eine Illusion?

3

Joachim Ragnitz

Aktuelle Forschungsergebnisse

Konjunkturprognose 2013: Eurokrise kostet Auftrieb

5

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

Im vierten Quartal 2012 dürfte die deutsche Wirtschaft voraussichtlich geschrumpft sein. Maßgeblich für die Konjunkturschwäche war die Eurokrise. Getragen von der Binnennachfrage dürfte die Konjunktur im Verlauf dieses Jahres aber wieder an Fahrt gewinnen, sofern die europäische Schuldenkrise nicht erneut eskaliert. Im Jahresdurchschnitt 2013 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt, bei einem Unsicherheitsintervall (2/3-Wahrscheinlichkeit) von $-0,6\%$ bis $2,0\%$, um $0,7\%$ zunehmen. Der Beschäftigungsaufbau wird dabei aber noch nicht nennenswert in Gang kommen.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2012/2013: Eurokrise bringt gesamtwirtschaftliche Entwicklung nahezu zum Stillstand

13

Stefan Arent, Michael Kloß, Robert Lehmann und Joachim Ragnitz

Die Weltkonjunktur hat sich seit Mitte des Jahres 2011 zunehmend abgekühlt, was zum einen auf die erneute Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise und zum anderen auf die restriktive Geldpolitik der Schwellenländer zurückzuführen ist. Diese Entwicklung führte letztendlich dazu, dass sich auch die konjunkturelle Situation im ostdeutschen und sächsischen Verarbeitenden Gewerbe deutlich verschlechtert hat. In der Folge hat die gesamtwirtschaftliche Dynamik stark nachgelassen. Mit dem Abgleiten in eine Rezession der Wirtschaft in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen muss aber nicht gerechnet werden. Nach der aktuellen Prognose des IFO INSTITUTS (Niederlassung Dresden) dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in den ostdeutschen Bundesländern in den Jahren 2012 und 2013 um $0,2\%$ bzw. $0,5\%$ zunehmen, allerdings mit einer spürbaren Belebung im Verlauf des kommenden Jahres. In Sachsen, das infolge der spezifischen Wirtschaftsstruktur stärker von den außenwirtschaftlichen Einflüssen abhängig ist, dürfte die konjunkturelle Entwicklung in diesem Jahr etwas schwächer und im kommenden Jahr geringfügig besser sein als in Ostdeutschland insgesamt.

Langfristige demographische Herausforderungen in den BRICS-Ländern

24

Joachim Ragnitz

Die Weltbevölkerung – derzeit rund 7,1 Mrd. Menschen – wuchs in den vergangenen zwanzig Jahren mit einer Rate von rund $1,4\%$ pro Jahr. Auch wenn davon ausgegangen werden kann, dass sich das globale Bevölkerungswachstum künftig eher abschwächen wird, wird in gängigen Bevölkerungsprognosen mit einem weiteren Anstieg der Weltbevölkerung auf rund 9,3 Mrd. Personen im Jahr 2050 gerechnet. Bis zum Jahr 2100 wird sogar eine Zunahme auf mehr als 10 Mrd. Menschen vorhergesagt. Die einzelnen Weltregionen sind freilich durch sehr unterschiedliche Trends der Bevölkerungsentwicklung gekennzeichnet. Im Fokus dieses Beitrags stehen die künftige demographische Entwicklung in den sogenannten BRICS-Ländern (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und die daraus resultierenden ökonomischen Implikationen. In der Vergangenheit zählten die meisten dieser Länder zwar zu jenen mit besonders hohem Bevölkerungswachstum; in Zukunft hingegen werden zumindest einige von ihnen in eine Phase schrumpfender Bevölkerung eintreten. Insoweit sind hier in den nächsten 50 bis 100 Jahren ähnliche demographisch bedingte Probleme zu erwarten, wie sie heute in vielen westeuropäischen Staaten festzustellen sind.

Sachsen und seine internationalen Gäste – Wo kommen sie her?

32

Carolin Rauch

Die Tourismusstrategie Sachsen 2020 legte im Jahr 2011 wichtige Quellmärkte für den Tourismus in Sachsen fest. Dabei wurde sich vorwiegend auf diejenigen Länder konzentriert, welche die größten absoluten Ankünfte in Sachsen besitzen. Allerdings wäre es ebenfalls möglich, diese Strategie insofern zu erweitern, als dass auch weitere Faktoren bei der Bestimmung der Quellmärkte eine Rolle spielen (z.B. die Bevölkerungszahl, die Anzahl der Auslandsreisen und die Entfernung der jeweiligen Länder). Eine Gegenüberstellung alternativer Bestimmungsmethoden von Quellmärkten macht deutlich, dass Unterschiede in der Rangfolge der wichtigsten touristischen Märkte bestehen und somit eine noch zielorientiertere Bewerbung dieser möglich wäre.

Entwicklung und Zukunft der europäischen Kohäsionsförderung

39

Oskar Krohmer

Die Kohäsionspolitik ist bereits seit 25 Jahren ein zentraler Politikbereich der EUROPÄISCHEN UNION. Sie ist der Ausdruck eines Bestrebens nach wirtschaftlichem und sozialem Zusammenhalt zwischen den Gemeinschaftsmitgliedern. Die Kohäsionsförderung stellt somit eine feste Größe in der europäischen, nationalen sowie regionalen Förderlandschaft dar. Die anfangs entwickelten Regeln und Verfahren wurden zwar über die Jahre den aktuellen Gegebenheiten angepasst, finden aber auch heute noch teilweise unverändert Anwendung. In diesem Beitrag soll anlässlich des letzten Jahres der aktuellen Förderperiode zum einen ein Blick auf die Entstehung und Entwicklung der europäischen Kohäsionsförderung geworfen werden. Zum anderen soll auch auf die Veränderungen geblickt werden, welche die künftige Förderperiode im Speziellen für Ostdeutschland und den Freistaat Sachsen bringt.

Im Blickpunkt**Aktualisierung der Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen – Höhere Steuereinnahmen entlasten nur kurzfristig**

47

Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater

Die konjunkturell bedingten Steuermehreinnahmen der öffentlichen Haushalte machen sich auch für den Freistaat Sachsen bemerkbar. Die aktuelle Steuerschätzung deutet darauf hin, dass im sächsischen Landeshaushalt auch im Jahr 2012 deutlich höhere Einnahmen zu verzeichnen waren als noch zu Jahresbeginn angenommen. Die aktuell positive Einnahmeentwicklung wird jedoch nichts an der langfristigen Perspektive rückläufiger Einnahmen ändern. Die Auswirkungen der demographischen Einflüsse auf der Einnahmeseite werden in den kommenden Jahren ebenso spürbar sein wie die Degression der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen.

Daten und Prognosen**Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich**

50

Konjunkturelles Tal durchschritten – ifo Geschäftsklima für Sachsen zu Jahresbeginn verbessert

52

*Robert Lehmann***Aus der ifo Werkstatt****ifo Veranstaltungen**

56

ifo Veröffentlichungen

56

ifo intern

56

Konvergenz von Wirtschaftsräumen – Eine Illusion?

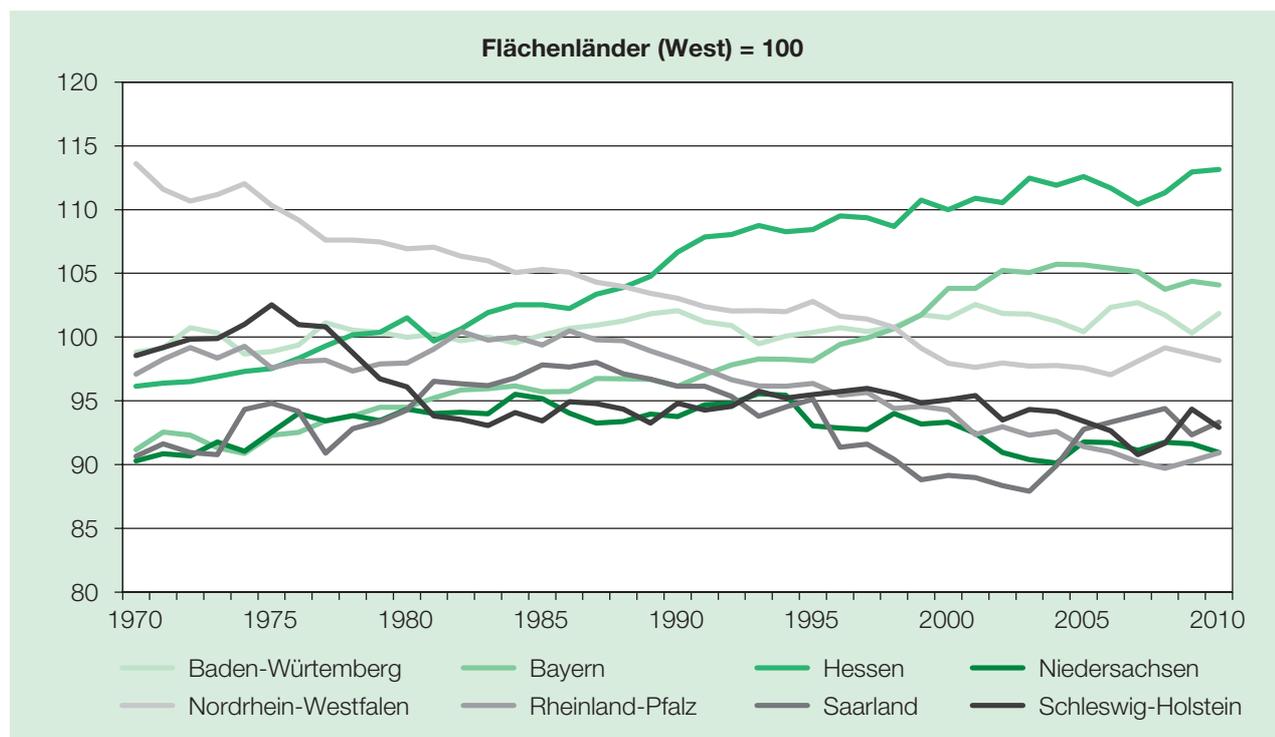
Joachim Ragnitz*

Die Erwartung, dass regionale Unterschiede in der Wirtschaftskraft langfristig abgebaut werden, ist wesentlicher Bestandteil regionalökonomischer Theorien. Wenngleich dies theoretisch schlüssig ist – die Konvergenzhypothese folgt unmittelbar aus den Annahmen des neoklassischen Wachstumsmodells –, ist das empirische Bild zumindest in Deutschland so eindeutig nicht. Wie Abbildung 1 zeigt, ist eine Tendenz zum Abbau von Unterschieden in der Leistungskraft von Bundesländern zumindest über die letzten 40 Jahre hinweg nicht festzustellen: Zwei Bundesländer mit anfangs unterdurchschnittlicher Leistungsfähigkeit (nämlich Hessen und Bayern) haben in diesem Zeitraum ein überdurchschnittlich starkes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen erzielt, andere Bundesländer (nämlich insbesondere Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz; ansatzweise auch Schleswig-Holstein) sind hingegen deutlich zurückgefallen. In allen anderen Flächenländern ist das Niveau der relativen Leistungskraft in diesen 40 Jahren schließlich weitgehend unverändert geblieben. Konvergenz, so sie denn stattfindet, scheint zumindest keinem Automatismus zu gehorchen, denn sonst hätten sich die regionalen Unterschiede spürbar ebnen müssen.

Tatsächlich lassen sich für die divergierenden Entwicklungen durchaus auch bestimmende Ursachen benennen: Das Bundesland Hessen profitierte von der Deregulierung der Kapitalmärkte seit Beginn der 1980er Jahre; Bayern wiederum wurde begünstigt durch staatliche Rüstungsaufträge (in den 70er und 80er Jahren) sowie durch den Aufstieg der New Economy (in den 1990er Jahren). Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und auch Schleswig-Holstein verloren wohl primär aufgrund der Anpassungskrise in strukturprägenden Sektoren (Truppenabzug der Alliierten in Rheinland-Pfalz, Montan- und Werftenkrise in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein). Insoweit sind regionale Entwicklungstrends in starkem Maße von exogenen Einflüssen und historischen Zufälligkeiten abhängig, nicht jedoch von politischem Geschick regionaler Wirtschaftspolitik (denn man kann ja annehmen, dass die jeweiligen Landesregierungen alles in ihrer Macht stehende getan haben, um eine günstigere wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen).

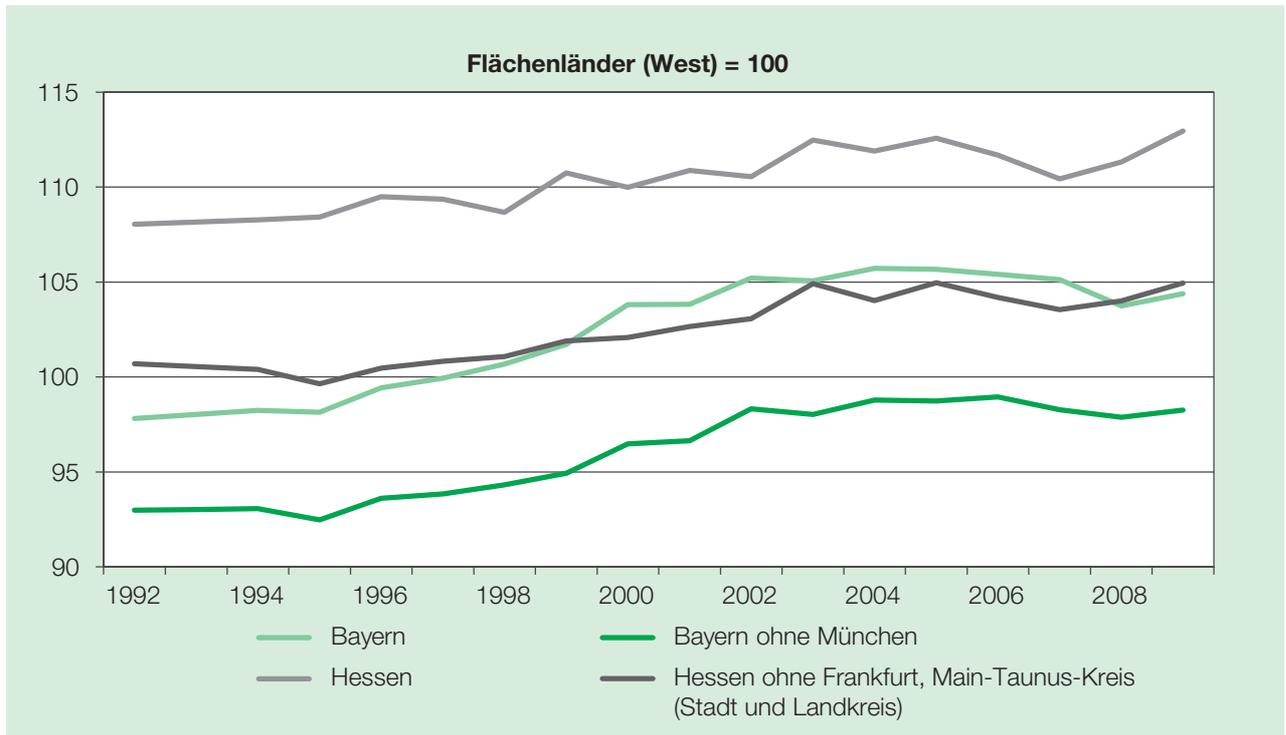
* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen nach Bundesländern 1970 bis 2010



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 2: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Berücksichtigt man zusätzlich die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Landkreisen der Bundesländer, so kommt man zu dem erstaunlichen Ergebnis, dass selbst erfolgreiche Länder wie Hessen oder Bayern in erheblichem Maße von der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung in ihren Wirtschaftszentren profitiert haben und keinesfalls flächendeckende Wachstumsprozesse aufweisen. Jedenfalls gilt dies für die vergangenen 20 Jahre (längere Zeitreihen liegen nicht vor): So reduziert sich die relative Wirtschaftskraft sowohl im Falle Bayerns wie auch Hessens um rund 5 Prozentpunkte, wenn die Ballungsräume München¹ und Frankfurt² unberücksichtigt bleiben. Bayern (ohne München) weist sogar ein Niveau des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen auf, das noch unter dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer liegt.

Was folgt hieraus für die Konvergenzperspektiven der neuen Bundesländer? Vermutlich nichts Gutes. Zum einen sind die Einflussmöglichkeiten der Landespolitik offenkundig begrenzt; vielmehr spielen singuläre Ereig-

nisse und sektorspezifische Trends eine wichtige Rolle (die man freilich zu beeinflussen versuchen kann). Und zum anderen fehlt es in den ostdeutschen Ländern (von Berlin einmal abgesehen) an wirtschaftlichen Agglomerationszentren, die die Rolle eines Wachstumspols (wie es München oder Frankfurt sind) übernehmen könnten. Und schließlich: Angesichts der nicht unbedeutlichen Unterschiede in der Wirtschaftskraft der westdeutschen Bundesländer scheint es überhaupt sinnvoll, vom Ziel einer Angleichung an das westdeutsche Durchschnittsniveau abzusehen und stattdessen unabhängig von derartigen quantitativen Zielgrößen zu versuchen, eine positive wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland und seinen Regionen anzustoßen. Zumindest wird man dann nicht Gefahr laufen, sich irgendwann einmal an uneinzelösten Versprechen messen lassen zu müssen.

¹ Landkreis und Stadt München.

² Stadt Frankfurt/Main und Main-Taunus-Kreis.

Konjunkturprognose 2013: Eurokrise kostet Auftrieb¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltkonjunktur hat sich seit der Mitte des Jahres 2011 zunehmend abgekühlt. Dies machte sich, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, in allen wichtigen Wirtschaftsregionen bemerkbar und ließ den Welthandel in den zurückliegenden eineinhalb Jahren kontinuierlich an Schwung verlieren. Das Nachlassen der globalen Konjunkturdynamik ist vor allem auf die gewaltigen Anpassungsprozesse zurückzuführen, die sich aktuell im Euroraum vollziehen. Sowohl der Staat als auch die privaten Akteure haben begonnen, ihre Finanzen zu konsolidieren, was die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern schwer belastet. Hinzu kam, dass die Sorgen um die Solvenz von Staat und Bankensystem in den Krisenländern des Euroraums sowie das Risiko ungeordneter Austritte aus der europäischen Währungsunion weltweit Investoren, Produzenten und Konsumenten verunsicherten.

Auch in den USA waren viele private Haushalte bemüht, ihre Verschuldung auf ein tragbares Niveau zurückzufahren. Dieser Prozess dämpfte die Konsumkonjunktur. Belastend wirkte zudem die Unsicherheit darüber, wie die Finanzpolitik zukünftig ausgerichtet sein wird. Vor allem die Gefahr drastischer Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen im Zuge einer möglichen „fiskalischen Klippe“ zu Beginn des Jahres 2013 hatte Investoren nicht nur in den USA Sorgen bereitet.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung hängt maßgeblich vom Fortgang der Eurokrise ab. Die vorliegende Prognose beruht auf der Annahme, dass es im Prognosezeitraum zu keiner weiteren Eskalation der Eurokrise kommt (Basisszenario). Dies setzt voraus, dass die Krisenländer strikt am Kurs der fiskalischen Konsolidierung festhalten und die in vielen Bereichen geplanten Strukturereformen umsetzen. Es bedeutet aber auch, dass weitere Länder des Euroraums, z. B. Frankreich, die bereits beschlossenen oder zumindest anvisierten Maßnahmen zur Reduktion der öffentlichen Defizite und zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit implementieren.

Soweit sich dieses Basisszenario realisiert, dürfte die Weltwirtschaft im Prognosezeitraum zwar nicht in eine Rezession abgleiten. Aber nahezu alle wichtigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften und Schwellenländer werden voraussichtlich im Winterhalbjahr 2012/13 eine kon-

junkturrelle Schwächephase erleben. Im weiteren Verlauf dürfte sich die weltwirtschaftliche Expansion wieder etwas beschleunigen. In vielen Schwellenländern werden dann die bereits ergriffenen oder geplanten Stimulierungsmaßnahmen für ein Anziehen der Konjunktur sorgen. Außerdem dürften die verfügbaren Einkommen in dieser Ländergruppe nach wie vor kräftig zulegen, was dem privaten Konsum zusätzliche Impulse verleihen wird. Auch die fortgeschrittenen Volkswirtschaften werden voraussichtlich leicht steigende Zuwachsraten verzeichnen. Denn zum einen wird der kontraktive fiskalpolitische Impuls im Euroraum wohl geringer als im Jahr 2012 ausfallen. Zum anderen dürfte sich die Dynamik der Binnennachfrage in den USA – nach dem fiskalpolitischen Dämpfer zu Jahresbeginn – allmählich verstärken. Trotz allem werden aber die notwendigen Konsolidierungsbemühungen des privaten und öffentlichen Sektors in nahezu allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften das Expansionstempo verlangsamen.

Die Wirtschaftsleistung des Euroraums wird im Winterhalbjahr 2012/13 voraussichtlich sinken. Maßgeblich dafür sind die kontraktive Finanzpolitik, die schlechte Arbeitsmarktsituation, die restriktiven Finanzierungsbedingungen und die Unsicherheit über den Fortgang der Eurokrise. Die privaten Haushalte dürften angesichts der Notwendigkeit, ihre Verschuldung abzubauen, ihre Ausgaben zusätzlich einschränken. Soweit sich die Annahmen der Prognose realisieren, ist allerdings damit zu rechnen, dass es zu keiner weiteren Verschlechterung der Lage kommt. In der zweiten Jahreshälfte 2013 werden sich die privaten Investitionen daher voraussichtlich etwas stabilisieren. Stützend dabei werden die weiterhin expansive Geldpolitik und die sich beschleunigenden Exporte wirken. Diese dürften spürbar von der anspringenden Konjunktur in den Schwellenländern und der leicht zunehmenden Dynamik in den USA profitieren. Daher ist zu erwarten, dass die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum im Verlauf des Jahres 2013 ins Plus springt. Eine durchgreifende Erholung ist jedoch nicht in Sicht.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in diesem Jahr voraussichtlich um 0,2 % schrumpfen. Dabei dürfte die konjunkturelle Hetero-

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

genität zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten im Prognosezeitraum weiter zunehmen. So wird die aggregierte Produktion in den Krisenländern (mit Ausnahme von Irland) weiter schrumpfen. Stabiler aufgestellte Volkswirtschaften wie Deutschland, Finnland und Österreich werden hingegen, nach einer merklichen Schwächephase um die Jahreswende, im weiteren Verlauf des Jahres den Abschwung hinter sich lassen.

Die schwache Konjunktur dürfte die Arbeitslosenquote im Euroraum, bei erheblichen regionalen Unterschieden, auf 12,2% steigen lassen. Angesichts der hohen Unterbeschäftigung werden die Lohnzuwächse sehr moderat ausfallen, sodass sich die Teuerungsrate sukzessive verlangsamt. Auch werden die zurückliegenden Erhöhungen der Verbrauchsteuern nach und nach an Wirkung verlieren. Daher dürfte die Inflationsrate im Jahr 2013 auf 1,8% sinken.

Ausblick für Deutschland

In Deutschland hat die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2012 nach gutem Start im weiteren Verlauf mehr und mehr an Fahrt verloren. Die anhaltende Unsicherheit im Gefolge der europäischen Schuldenkrise hat die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte spürbar gedämpft. Von allen Komponenten der inländischen Verwendung waren hiervon die Ausrüstungsinvestitionen am meisten betroffen; diese sind im Jahresverlauf 2012 trotz außerordentlich günstiger Finanzierungsbedingungen sehr kräftig gesunken. Auch die Investitionen in Bauten waren bis zur Jahresmitte rückläufig. Hierfür war maßgeblich, dass die öffentlichen Bauinvestitionen einbrachen, nachdem die Förderung durch die in der zurückliegenden Rezession beschlossenen Konjunkturpakete Ende 2011 ausgelaufen war. Beim Wohnungsbau wirken die niedrigen Zinsen dagegen nach wie vor anregend. Getragen wurde die Expansion insbesondere vom Außenhandel, wengleich die Impulse zuletzt merklich schwächer geworden sind.

Die konjunkturelle Tempoverlangsamung hat sich inzwischen auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist zuletzt nicht mehr gestiegen, während die Arbeitszeit sogar deutlich gesunken ist. Den Unternehmen gelang es bisher, die verringerte Arbeitsnachfrage durch eine Reduktion von Überstunden und den Abbau von Guthaben auf Arbeitszeitkonten abzufedern. Dass die Arbeitslosigkeit bereits seit dem Frühjahr zugenommen hat, ist primär auf eine Reduktion der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen.

Im Jahresendquartal 2012 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion um 0,3% gesunken sein. Mit einem Abgleiten in eine ausgewachsene Rezession ist aber aus

heutiger Sicht nicht zu rechnen. So ist der ifo Geschäftsklimaindex im November zum ersten Mal seit sechs Monaten wieder leicht gestiegen, vor allem die Erwartungskomponente des Indikators hat sich spürbar verbessert. Für das erste Quartal 2013 ist daher mit einer leichten Erholung zu rechnen; das Bruttoinlandsprodukt dürfte um 0,2% zunehmen. Per saldo wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Winterhalbjahr 2012/13 ungefähr stagnieren.

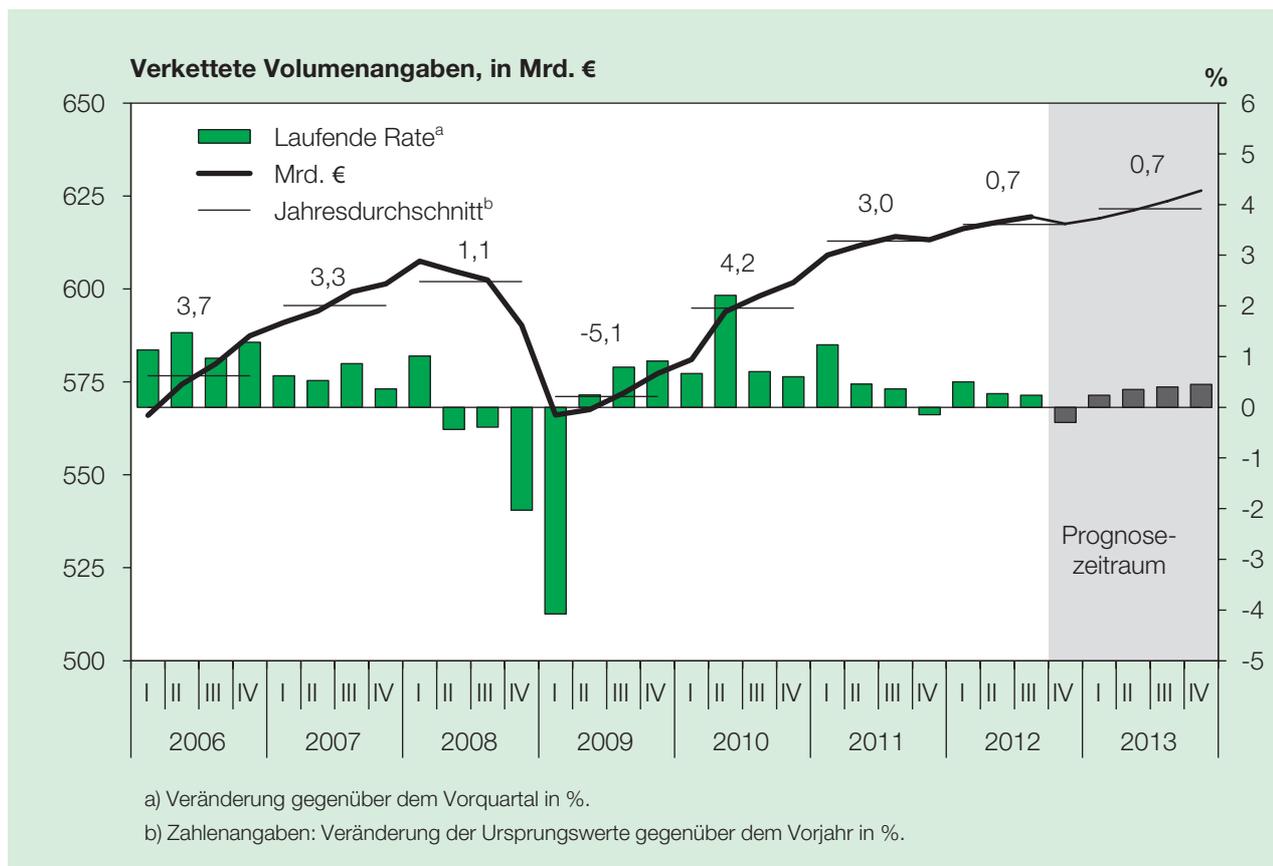
Box: Annahmen der Prognose

- Der Brent-Ölpreis wird im Jahr 2013 rund 112 US-\$ pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro wird im laufenden Jahr bei 1,28 US-\$ liegen.
- Der Welthandel wird in diesem Jahr um 3,6% expandieren.
- Im Prognosezeitraum wird es zu keiner weiteren Eskalation der europäischen Schuldenkrise kommen (vgl. Abschnitt „Weltwirtschaftliches Umfeld“).

Im weiteren Verlauf des Jahres 2013 dürfte der Aufschwung wieder einsetzen. Sollte sich nämlich – wie im Basisszenario unterstellt – die Eurokrise nicht verschärfen, kommen die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte und die zunehmende außereuropäische Nachfrage nach deutschen Exportgütern wieder zum Tragen. In der Folge dürften der private Konsum und die Ausrüstungsinvestitionen wieder merklich anziehen. Auch die Exporte werden dann wieder zunehmen. Dass vom Außenhandel dennoch per saldo wohl kein unmittelbarer Beitrag für den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts ausgehen wird, liegt daran, dass die Importe angesichts der lebhafteren Binnennachfrage gleichermaßen ausgeweitet werden dürften.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt des vergangenen Jahres um 0,7% gestiegen sein. Im Verlauf des Jahres 2013 wird es dann aber spürbar beschleunigt um 1,4% zulegen. Aufgrund der durch das schwache Winterhalbjahr bedingten niedrigen Ausgangsbasis ergibt sich im Jahresdurchschnitt jedoch ebenfalls nur eine Zuwachsrate von 0,7% (vgl. Abb. 1). Im Vergleich zur Prognose des IFO INSTITUTS von Juni 2012 bedeutet dies eine deutliche Abwärtskorrektur. Sie ist darin begründet, dass die Eurokrise die deutsche Konjunktur nach aktueller Einschätzung später als erwartet aus dem Tritt bringt, und zwar im laufenden Winterhalbjahr statt im vergangenen Sommer. Der so verzögerte Aufschwung setzt nach aktuellem Prognosestand erst im Verlauf von 2013 ein.

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preisbereinigt, saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt; 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die unbekannte Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen. Zurzeit beträgt die Spanne für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2013 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln überdeckt, ±1,3 Prozentpunkte. Bei der vorliegenden konkreten Punktprognose von 0,7% reicht das Intervall damit also von -0,6% bis 2,0%.

Der Beschäftigungsaufbau wird im Prognosezeitraum nicht nennenswert in Gang kommen. So dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2013 lediglich um 35.000 Personen über dem Vorjahresniveau liegen. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Winterhalbjahr 2012/13 zunehmen, im weiteren Jahresverlauf aber allmählich wieder sinken. Aufgrund des hohen Ausgangsniveaus ergibt sich im Jahresdurchschnitt 2013 aber ein Anstieg um 60.000 Personen. Die Arbeitslosenquote dürfte sich leicht von 6,8% im Jahr 2012 auf 6,9% im Jahr 2013 erhöhen (vgl. Tab. 1).

Die Inflationsrate, die sich im Jahr 2012 auf 2,0% belaufen hat, dürfte in diesem Jahr auf 1,6% sinken. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit in Relation zum nomina-

len Bruttoinlandsprodukt wird sich 2013 voraussichtlich auf 0,1% belaufen, die Bruttoschuldenquote dürfte bei 80 1/2% liegen.

Die Entwicklung im Einzelnen

Deutscher Leistungsbilanzüberschuss steigt auf Vorkrisenniveau

Trotz des ungünstigen weltwirtschaftlichen Umfelds nahmen die deutschen Exporte in den ersten drei Quartalen 2012 merklich zu. Dabei wurde die Belastung durch die Rezession im Euroraum – die Warenausfuhren dorthin gingen um 1% gegenüber dem Vorjahr zurück – mehr als kompensiert durch die expansive Nachfrage aus Asien und aus den USA: Gestützt wurde die Entwicklung durch eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Für das vierte Quartal 2012 ist mit einem Rückgang der Exporte um 0,8% zu rechnen. Darauf deuten zum einen die ifo Exporterwartungen hin, die zwischen Juni und Oktober kontinuierlich gefallen sind. Zum anderen sind die Auftragseingänge aus dem Ausland im dritten

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^a				
Private Konsumausgaben	0,9	1,7	0,6	0,7
Konsumausgaben des Staates	1,7	1,0	1,0	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	5,9	6,2	-2,3	0,7
Ausrüstungen	1,3	7,0	-5,5	-2,7
Bauten	3,2	5,8	-0,5	2,5
Sonstige Anlagen	3,3	3,9	3,0	4,2
Inländische Verwendung	2,6	2,6	-0,3	0,7
Exporte	13,7	7,8	4,0	3,0
Importe	11,1	7,4	2,1	3,3
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	4,2	3,0	0,7	0,7
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	40.603	41.164	41.561	41.596
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.238	2.976	2.897	2.957
Arbeitslosenquote ^c (in %)	7,7	7,1	6,8	6,9
Verbraucherpreise ^d (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,1	2,3	2,0	1,6
Finanzierungssaldo des Staates ^e				
– in Mrd. €	-103,6	-19,7	-1,4	-3,6
– in % des Bruttoinlandsprodukts	-4,1	-0,8	-0,1	-0,1
Leistungsbilanzsaldo				
– in Mrd. €	150,7	147,2	168,5	178,0
– in % des Bruttoinlandsprodukts	6,0	5,7	6,4	6,6
1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Definitionen gemäß Bundesagentur für Arbeit). – d) Verbraucherpreisindex (2005=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).				

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit; 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

Quartal deutlich zurückgegangen. Vor allem die Bestellungen aus der Eurozone wurden stark zurückgefahren. Zu Beginn des Jahres 2013 dürfte die Exportentwicklung noch durch die Eurokrise belastet werden, jedoch ist mit keinen weiteren Rückgängen der Ausfuhren zu rechnen. Die Impulse aus Asien, insbesondere die robuste Konjunktur in China, wirken im Jahresverlauf ver-

stärkt stimulierend. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich im Verlauf des Jahres 2013 verschlechtern und somit die Ausfuhr eher dämpfen. Die deutliche Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit wird jedoch noch eine Zeit lang nachwirken. Insgesamt ist mit einem Zuwachs des realen Exports um 3,0% im Jahr 2013 zu rechnen.

Außenwirtschaftliches Umfeld belastet Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im vergangenen Sommerhalbjahr spürbar zurückgegangen; im Vergleich zum Vorquartal sanken sie im zweiten Quartal um 4 % und im dritten Quartal um 2 %. Die Rezession im Euroraum und die sich abkühlende Weltkonjunktur haben die Absatz- und Gewinnerwartungen deutlich eingetrübt. Im laufenden Winterhalbjahr dürften die Ausrüstungsinvestitionen weiter abnehmen. Insbesondere die schwache Absatzentwicklung im Euroraum hat sich in einem Rückgang der Kapazitätsauslastung sowie des Order-Capacity-Indexes niedergeschlagen. Daher besteht derzeit kein Anreiz für Erweiterungsinvestitionen. Auf sinkende Investitionen deuten zudem Frühindikatoren wie die Auftragsgänge im Verarbeitenden Gewerbe sowie für inländische Investitionsgüter hin, die allesamt zuletzt rückläufig gewesen sind.

Mehrere Faktoren sprechen dafür, dass die Ausrüstungsinvestitionen ab dem zweiten Quartal 2013 wieder zulegen werden. So dürfte sich die konjunkturelle Lage im Euroraum nicht weiter verschlechtern. Daneben werden die expansiven Impulse aus Asien und den USA auf die Exportindustrie wieder größer. Die damit einhergehende stärkere Auslastung der Kapazitäten wird sich voraussichtlich in einer Aufhellung der Absatz- und Gewinnerwartungen niederschlagen und somit das Investitionsklima aufhellen. Stützend wirken zudem die robuste Binnennachfrage sowie die exzellenten Finanzierungsbedingungen für die Firmen. Insgesamt ist zu erwarten, dass die Ausrüstungsinvestitionen im Jahresverlauf 2013 um 3,5 % steigen. Aufgrund des schwachen Jahresbeginns ergibt sich für den Jahresdurchschnitt jedoch ein Minus von 2,7 %.

Wohnungsbau top, Wirtschaftsbau flop

Die Bauinvestitionen dürften im vergangenen Jahr leicht zurückgegangen sein. Nach Bausparten differenziert zeigte sich die Konjunktur dabei gespalten. Die robuste Arbeitsmarktlage, günstige Einkommensaussichten, niedrige Zinsen sowie die Flucht in Sachwerte beflügelten den privaten Wohnungsbau. Dagegen belastete die Unsicherheit in Folge der Eurokrise den Unternehmensbau. Zudem brachen die öffentlichen Bauinvestitionen nach Auslaufen der Konjunkturprogramme dramatisch ein.

Der *Wohnungsbau* legte im Jahresverlauf 2012 deutlich zu. Im Prognosezeitraum dürfte sich – bei weiterhin steigenden Einkommen und niedrigen Hypothekenzinsen – die Expansion fortsetzen. Darauf deuten Frühindikatoren wie die Baugenehmigungen und der Auf-

tragsbestand hin, Insgesamt dürfte der Wohnungsbau in diesem Jahr um 3,5 % zulegen.

Nach einem guten Jahresbeginn sind die *gewerblichen Bauinvestitionen* im vergangenen Sommer zurückgefahren worden. Die Unsicherheit bezüglich der Absatz- und Gewinnerwartungen hat deutlich zugenommen. Im Prognosezeitraum dürften diese negativen Faktoren weiter wirken. Dies spiegelt sich in den Baugenehmigungen wider, die am aktuellen Rand rückläufig sind. Alles in allem werden die gewerblichen Bauinvestitionen im Jahr 2013 um etwa 0,5 % schrumpfen.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* haben sich bisher noch nicht vom schwachen Jahresauftakt 2012 erholt, der eine Folge der ausgelaufenen Konjunkturprogramme war. Als zusätzlicher Belastungsfaktor erwies sich die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen. Im Prognosezeitraum dürfte die Unterfinanzierung vieler Kommunen zwar weiterhin einen Hemmfaktor darstellen, der aber nach und nach an Gewicht verlieren dürfte. Insgesamt werden die öffentlichen Bauinvestitionen im laufenden Jahr, insbesondere wegen des Nachholbedarfs im Tiefbau, um knapp 5 % steigen.

Über alle Bausparten hinweg gerechnet dürften die Investitionen in Bauten in diesem Jahr aufgrund des kräftigen Wohnungsbaus um 2,5 % expandieren.

Langsame Ausweitung des privaten Konsums

Der private Konsum, der im ersten Halbjahr 2012 lediglich stagniert hat, ist im dritten Quartal wieder etwas gestiegen. Maßgeblich hierfür war der leichte Rückgang der Sparquote, von den verfügbaren realen Einkommen gingen dagegen keine Impulse aus. Höhere reale Ausgaben wurden für Nahrungsmittel, für Bekleidung und Schuhe sowie für Verkehr und Nachrichtenübermittlung registriert. Dagegen sind die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur real gesunken.

Auch im laufenden Jahr wird der private Konsum nur verhalten zulegen. Die Tarifverdienste auf Stundenbasis werden nicht mehr so rasch wie in diesem Jahr steigen, noch langsamer werden die Bruttolöhne je Beschäftigten bei leicht negativer Lohndrift expandieren. Da zudem die Belegschaften kaum noch ausgeweitet werden, dürften die Bruttolöhne und -gehälter in der Summe nur noch 2,3 % zunehmen. Nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben ergibt sich eine Steigerung um 2,4 %, wobei die Senkung des Beitragssatzes zur Sozialversicherung um per saldo 0,3 Prozentpunkte (Arbeitnehmeranteil) berücksichtigt worden ist. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen werden nur verhalten zulegen, dämpfend wirken die niedrigen Zinsen und die insgesamt schwache Konjunktur. Die monetären Sozial-

leistungen dürften dagegen rascher ausgeweitet werden. So werden die Altersrenten zur Jahresmitte spürbar angehoben, zudem wird ein Betreuungsgeld für Eltern eingeführt, die nicht eine Kindertagesstätte in Anspruch nehmen. Insgesamt dürften sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2013 nominal um 2,2% und real um 0,8% erhöhen. Bei einer im Jahresdurchschnitt marginal höheren Sparquote dürften die privaten Konsumausgaben nur um 0,7% expandieren.

Preisauftrieb lässt langsam nach

Das Verbraucherpreisniveau ist im vergangenen Jahr unter Schwankungen, die das Auf und Ab der Rohölnotierungen und der Wechselkurse widerspiegeln, weiter gestiegen. Im November wurde das Vorjahresniveau um 1,9% überschritten. Hierzu trugen zu einem Teil die höheren Preise für leichtes Heizöl (4,0%), Fernwärme (7,6%) und Kraftstoffe (3,0%) bei. Auch Nahrungsmittel verteuerten sich kräftig (4,2%).

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau verlangsamt steigen. Von den Rohölnotierungen geht annahmegemäß kein neuer gravierender Preisdruck aus, allerdings werden sich die der Ölpreisentwicklung mit Verzögerung folgenden Gaspreise und die Umlagen für Fernwärme noch weiter erhöhen. Für viele Gasnetze werden zudem die Durchleitungsgebühren angehoben. Auch beim Strom werden die Tarife kräftig erhöht. Die Umlage für erneuerbare Energien steigt ab Januar von derzeit 3,6 auf 5,3 Cent. Hinzu kommen höhere Netzentgelte, überdies sollen Entschädigungen für Windparkbetreiber im Falle von Netzabschaltungen teilweise auf private Kunden umgelegt werden. Schließlich wird zum Jahresanfang die Tabaksteuer erneut angehoben. Gegenzurechnen ist allerdings, dass die Preiserhöhungsspielräume vieler Unternehmen angesichts des konjunkturellen Abschwungs recht begrenzt sein dürften. Ferner werden zum Jahresanfang die Praxisgebühren abgeschafft. Insgesamt dürften sich die Verbraucherpreise, die im Jahresdurchschnitt 2012 um 2,0% gestiegen sind, im laufenden Jahr um 1,6% erhöhen. Ohne Energieträger gerechnet dürfte sich der Warenkorb im laufenden Jahr um 1,5% verteuern.

Lohnanstieg schwächt sich ab

Die gute Arbeitsmarktlage hat dazu geführt, dass die Löhne im Jahr 2012 schneller gestiegen sind als im Vorjahr. Zwar sind tarifliche Einmalzahlungen weggefallen, aber die tariflich ausgehandelte Grundvergütung lag im dritten Quartal um rund 3% über dem Vorjahresniveau,

sodass die Tabellenentgelte insgesamt um 2,7% höher lagen als vor Jahresfrist. Die Effektivlöhne stiegen in der ersten Jahreshälfte deutlicher als die Tarifentgelte, da aufgrund der guten Auftragslage außertarifliche Sonderzahlungen geleistet wurden. Diese Entwicklung hat sich allerdings nicht fortgesetzt, sodass die Lohndrift im Zuge der schwächeren Arbeitsnachfrage im Sommer auf null zurückgegangen ist.

Für das Jahr 2013 liegt für die Angestellten im Öffentlichen Dienst des Bundes und der Gemeinden bereits ein Tarifabschluss vor; im Januar und im August erfolgt eine Stufenerhöhung der Gehälter um jeweils 1,4%. Zudem werden in vielen gewichtigen Bereichen neue Tarifverträge ausgehandelt. Im Januar beginnen die Tarifverhandlungen für die 700.000 Beschäftigten des Öffentlichen Diensts der Länder. Im Laufe des Frühjahrs folgen dann unter anderem die Verhandlungen für die 3,3 Mill. Arbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie, für das Bauhauptgewerbe mit rund 560.000 Beschäftigten und für einige Bereiche des Einzelhandels. In Folge der schlechten Auftragslage vieler Unternehmen dürften die Abschlüsse wieder stärker das Motiv der Beschäftigungssicherung verfolgen. Alles in allem werden die monatlichen Tariflöhne im Jahr 2013 mit 2,3% wohl weniger stark zunehmen als im vergangenen Jahr. Der Rückgang der Lohndrift wird sich fortsetzen, da selbst bei Besserung der Auftragslage weniger Sonderzahlungen als zuvor geleistet werden dürften. Vor diesem Hintergrund verliert der Effektivlohnanstieg deutlich an Schwung. Für den Stundenlohn ergibt sich ein etwas kräftigerer Zuwachs, da die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit weiter sinken dürfte. Die realen Kosten für eine Arbeitsstunde dürften im Jahr 2013 um 0,8% zulegen. Alles in allem werden damit von der Kostenseite im Prognosezeitraum keine positiven Impulse auf die Arbeitsnachfrage ausgehen.

Arbeitsmarkt tritt auf der Stelle

Die negativen Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise haben die Arbeitsnachfrage im Verlauf des vergangenen Jahres spürbar abgeschwächt. Dabei war das Arbeitsvolumen stark rückläufig und der Beschäftigungsaufbau hat sich deutlich verlangsamt. Bei alledem ist die Zahl der Arbeitslosen seit dem Tiefststand im März 2012 bis November um 80.000 gestiegen. Ein Grund hierfür war, dass das Angebot an Arbeitskräften weiter zugenommen hat. Zum einen dürfte eine verstärkte Zuwanderung aus den EU-8 und den krisengeschüttelten EU-Mitgliedsstaaten das Arbeitsangebot erhöht haben. Zum anderen ist die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Zuge der jüngsten Arbeitsmarktreform deutlich gesunken.

Angesichts der fortschwellenden Eurokrise wird die Arbeitsnachfrage im laufenden Jahr zunächst schwach bleiben und nur allmählich anziehen. Zudem dürften die höheren Lohnkosten die Einstellungsbereitschaft in vielen Bereichen bremsen. Auch aufgrund des niedrigen Wertes zu Jahresbeginn dürfte das Arbeitsvolumen im Jahresdurchschnitt 2013 um 0,5% sinken. Die Ausweitung der Produktion wird zunächst dazu führen, dass Guthaben auf Arbeitszeitkonten gefüllt werden und Kurzarbeit abgebaut wird. Dadurch steigt die durchschnittliche Arbeitszeit im Verlauf spürbar; jahresdurchschnittlich ergibt sich dennoch ein Rückgang um 0,5%. Bei alledem stagniert die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Zahl der Selbstständigen nimmt

ebenfalls kaum mehr zu, auch weil die Förderung durch die BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT weiter zurückgeführt werden dürfte. Demgegenüber dürfte der Rückgang der Minijobs wohl zum Ende kommen. Insgesamt wird die Erwerbstätigkeit im Jahr 2013 voraussichtlich nur um 35.000 Personen (0,1%) über dem Vorjahresniveau liegen (vgl. Tab. 2).

Inwiefern dies die Zahl der Arbeitslosen beeinflusst, hängt von der Entwicklung des Arbeitsangebots ab. Zwar wird sich Zuwanderung aus der EU fortsetzen. Gleichzeitig dürften aber nicht mehr so viele Personen aus der Stillen Reserve auf den Arbeitsmarkt drängen, da die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nur noch wenig reduziert wird und es für

Tabelle 2: Arbeitsmarkt (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

Deutschland	2010	2011	2012	2013
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.110	57.887	58.040	57.776
Erwerbstätige Inländer	40.556	41.116	41.508	41.540
Arbeitnehmer	36.073	36.577	36.963	37.005
darunter: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.757	28.440	28.960	29.020
darunter: Geförderte SV-pflichtige Beschäftigung ^a	260	197	159	159
Marginal Beschäftigte	5.883	5.763	6.555	5.628
darunter: Minijobs	4.883	4.865	4.795	4.780
1-Euro-Jobs ^b	260	166	127	115
Selbständige	4.493	4.539	4.545	4.535
darunter: Geförderte Selbstständige ^c	154	136	74	25
Pendlersaldo	37	48	53	56
Erwerbstätige Inland	40.603	41.164	41.561	41.596
Arbeitslose	3.238	2.976	2.897	2.957
Arbeitslosenquote ^d	7,7	7,1	6,8	6,9
Erwerbslose ^e	2.946	2.502	2.322	2.289
Erwerbslosenquote ^f	6,8	5,7	5,3	5,2

a) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Personal-Service Agenturen, Eingliederungszuschuss (inkl. §§ 88, 90 und 131 SGB III), Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere, Beschäftigungsphase Bürgerarbeit, Eingliederungsgutschein.

b) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – c) Gründungszuschuss, Existenzgründungszuschuss, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Definition der ILO.

f) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

arbeitsmarktferne Personen bei nachlassender Arbeitsmarktdynamik schwieriger wird, eine Arbeit aufzunehmen. Schließlich ist zu erwarten, dass die demographische Komponente für sich genommen das Arbeitsangebot spürbar reduziert. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Verlauf des Jahres 2013 wohl allmählich wieder abnehmen. Aufgrund des hohen Ausgangsniveaus ergibt sich in der Jahresdurchschnittsbetrachtung dagegen eine Zunahme um 60.000 Personen, und die Arbeitslosenquote erhöht sich leicht auf 6,9 %.

Staatshaushalt nahezu ausgeglichen

Das staatliche Budgetdefizit ist im Jahr 2011 aufgrund der sehr günstigen konjunkturellen Entwicklung und des finanzpolitischen Konsolidierungskurses deutlich gesunken (von 4,5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2010 auf 0,8 % im Jahr 2011). Im Jahr 2012 hat sich die Finanzlage des Staates erneut verbessert. So sind die finanziellen Belastungen des Konjunkturprogramms zum Ende des Jahres 2011 endgültig ausgelaufen. Vor allem aber wirken die automatischen Budgeteffekte konsolidierend.

Im Jahr 2013 wird sich die Finanzlage des Staates voraussichtlich nicht weiter verbessern. Zum einen gehen von der Konjunktur belastende Wirkungen aus. Zum anderen wirkt die Finanzpolitik im kommenden Jahr zunehmend expansiv. Insbesondere die merkliche Reduktion der Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung von 19,6 % auf 18,9 % wirkt defiziterhöhend. Zudem wird die Praxisgebühr abgeschafft und ein Betreuungsgeld für Kinder als zusätzliche Transferleistung eingeführt.

Die Staatseinnahmen werden mit 2,1 % wohl nur noch moderat steigen. Zwar dürfte das Steueraufkommen überproportional zulegen, weil die Progression ungebremst wirken kann. Dagegen werden die Sozial-

beiträge nur leicht zunehmen. Die Vermögenseinkommen des Staates dürften hingegen wieder steigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Portfolio der zum Staat gehörenden ERSTEN ABWICKLUNGSANSTALT (EAA) zum 01. Juli 2012 aufgestockt wurde und die entsprechenden Zinszahlungen nun als staatliche Zinserträge verbucht werden.

Die Staatsausgaben dürften im Jahr 2013 um 2,3 % zunehmen. So ist damit zu rechnen, dass die Konsolidierungsbemühungen aufgrund der insgesamt verbesserten Finanzlage nachlassen und die staatlichen Leistungen, z. B. bei der Pflegeversicherung, ausgeweitet werden. Die monetären Sozialleistungen werden wohl um 1,9 % steigen. So werden die Renten zur Jahresmitte voraussichtlich um 1 % in den alten Bundesländern, und um 3 % in den neuen Bundesländern erhöht. Das neue Betreuungsgeld sowie die Abschaffung der Praxisgebühr wirken ebenfalls ausgabensteigernd. Die Zinsausgaben des Staates dürften dagegen sinken, da der Staat weiterhin von außergewöhnlich günstigen Zinskonditionen profitiert.

Insgesamt dürfte sich das Budgetdefizit im Jahr 2013 – wie schon im Jahr 2012 – auf 0,1 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts belaufen. Die staatliche Bruttoschuldenquote wird von 80 ½ % im Jahr 2011 voraussichtlich auf 77 ½ % im Jahr 2013 sinken. Allerdings wird der defizitbedingt angelegte Rückgang der Schuldenquote durch Sondereffekte aus der Finanz- und Eurokrise überlagert, die den staatlichen Bruttoschuldenstand erhöhen. Unter Berücksichtigung dieser Sondereffekte dürfte die Quote im Jahr 2013 bei rund 80 ½ % zu liegen kommen. Dabei ist berücksichtigt, dass die Portfolios der staatlichen Bad Banks langsam abgeschmolzen werden.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2012. Vgl. K. Carstensen, W. Nierhaus, T. O. Berg et al., ifo Konjunkturprognose 2012/2013: Eurokrise verzögert Aufschwung, in: ifo Schnelldienst, 24/2012, 64. Jg., S. 15–65.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2012/2013: Eurokrise bringt gesamtwirtschaftliche Entwicklung nahezu zum Stillstand

Stefan Arent, Michael Kloß, Robert Lehmann und Joachim Ragnitz*

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die Weltkonjunktur hat sich seit der Mitte des vergangenen Jahres zunehmend abgekühlt. Eine solche Entwicklung ist in allen wichtigen Wirtschaftsregionen, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, beobachtbar, woraufhin auch der Welthandel in den zurückliegenden anderthalb Jahren kontinuierlich an Schwung verlor. Die globale konjunkturelle Abschwächung ist auch an einem merklichen Rückgang des ifo Weltwirtschaftsklimas erkennbar, welches im dritten Quartal 2012 auf seinen Stand vom Frühjahr 2010 sank. Maßgeblich für das Nachlassen der weltweiten Konjunkturdynamik seit Mitte des Jahres 2011 sind vor allem die Anpassungsprozesse im Euroraum in Folge der Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise. In den wichtigen Schwellenländern führte die restriktive Geldpolitik der Vergangenheit zu einer Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Expansions tempos.

In Folge der Anpassungsprozesse im Euroraum begannen sowohl der Staat als auch die privaten Akteure, ihre Finanzen zu konsolidieren, wodurch die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern schwer belastet wurde. Zudem kam hinzu, dass die Sorgen um die Solvenz von Staat und Bankensystem in den Krisenländern des Euroraums sowie das Risiko ungeordneter Austritte aus der europäischen Währungsunion weltweit Investoren, Produzenten und Konsumenten verunsicherten. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Welt in diesem und im kommenden Jahr hängt maßgeblich von der weiteren Entwicklung der europäischen Schuldenkrise ab.

Analog zur Prognose vom Sommer 2012 steht auch diese Vorhersage unter der Annahme, dass es im Prognosezeitraum zu keiner weiteren Eskalation der Eurokrise kommt. Dies setzt voraus, dass die Krisenländer strikt am Kurs der fiskalischen Konsolidierung festhalten und die in vielen Bereichen geplanten Strukturreformen umsetzen. Es bedeutet aber auch, dass die nicht unmittelbar betroffenen Länder des Euroraums, wie z. B. Frankreich, die bereits beschlossenen oder zumindest anvisierten Maßnahmen zur Reduktion der öffentlichen Defizite und zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit implementieren.

Die Weltwirtschaft dürfte im Prognosezeitraum zwar nicht in eine Rezession abgleiten. Aber nahezu alle wichtigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften und Schwellenländer werden voraussichtlich im Winterhalbjahr 2012/13 eine konjunkturelle Schwächephase erleben. Im Verlauf des Jahres 2013 dürfte sich die weltwirtschaftliche Expansion wieder etwas beschleunigen. In vielen Schwellenländern werden zudem die bereits ergriffenen oder geplanten Stimulierungsmaßnahmen für ein Anziehen der Konjunktur sorgen. Auch die fortgeschrittenen Volkswirtschaften werden voraussichtlich leicht steigende Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts verzeichnen. Zum einen wird der kontraktive fiskalpolitische Impuls im Euroraum wohl geringer als im Jahr 2012 ausfallen, und zum anderen dürfte sich die Dynamik der Binnennachfrage in den USA – nach dem fiskalpolitischen Dämpfer zu Jahresbeginn – allmählich verstärken. Trotz allem werden aber die notwendigen Konsolidierungsbemühungen des privaten und öffentlichen Sektors in nahezu allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften das Expansionstempo verlangsamen. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt in diesem und im nächsten Jahr mit 3,0% bzw. 3,3% eher moderat expandieren.

In Deutschland hat die gesamtwirtschaftliche Produktion nach einem kräftigen Start zu Beginn des Jahres 2012 mehr und mehr an Fahrt verloren. Maßgeblich dafür war auch hier die anhaltende Unsicherheit im Gefolge der europäischen Schuldenkrise, welche zu einem spürbaren Dämpfer der binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte führte. Wichtige Indikatoren wie das ifo Geschäftsklima weisen darauf hin, dass das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2012 sinken wird. Mit einem Abgleiten in eine ausgewachsene Rezession ist aber aus heutiger Sicht nicht zu rechnen. Im Durchschnitt des Jahres 2012 dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach der aktuellen Prognose des ifo INSTITUTS um 0,7% über dem Vorjahresniveau liegen [vgl. NIERHAUS (2013)].

Im Verlauf des Jahres 2013 wird der Aufschwung wieder einsetzen. Unter der Annahme einer sich nicht verschärfenden Eurokrise kommen die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte und die zunehmende außereuro-

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer, Stefan Arent, Michael Kloß und Robert Lehmann sind Doktoranden der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

päische Nachfrage nach deutschen Exportgütern wieder zum Tragen. Diese Entwicklung führt folglich zu einem merklichen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen und des privaten Konsums. Alles in allem rechnet das IFO INSTITUT für das Jahr 2013 mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 0,7 %, allerdings von einer niedrigen Ausgangsbasis aus. Die Wachstumsrate im Jahresverlauf ist deshalb mit 1,4 % deutlich höher als es in der Durchschnittsrate zum Ausdruck kommt.

Bei alledem wird der Beschäftigungsaufbau aber nicht nennenswert in Gang kommen. Das IFO INSTITUT erwartet eine Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen im kommenden Jahr von lediglich 0,1 %, nach einem Anstieg um 1,0 % im Jahr 2012.

Die Konjunkturprognosen für Ostdeutschland und Sachsen unterliegen angesichts der andauernden Revisionstätigkeit des ARBEITSKREISES „VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER“ einigen Einschränkungen. Diese werden im folgenden Abschnitt näher dargestellt. Anschließend werden die aktuellen gesamtwirtschaftlichen Vorhersagen der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS für Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen präsentiert. Der Beitrag schließt mit einer Einschätzung zum ostdeutschen und sächsischen Arbeitsmarkt.

Revision der amtlichen Statistik dauert an

Wie schon bei der Prognose vom Juni 2012 liegen auch für die aktuelle Vorausschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland und Sachsen lediglich Jahresdaten für den Zeitraum 2008 bis einschließlich 2011 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation vor. Da die Revision der Daten von Seiten der amtlichen Statistik noch nicht abgeschlossen ist, können Prognosemethoden, welche auf einer systematischen Auswertung langer Datenreihen beruhen, auch bei dieser Prognoserechnung nicht genutzt werden. Dieser Umstand geht vor allem zu Lasten der Vorhersage der Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Aus diesem Grund werden in der aktuellen Prognose lediglich die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, der Erwerbstätigkeit und der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ausgewiesen.

Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland

2012: Unterdurchschnittlicher Start und deutliche Verschlechterung im Jahresverlauf

Nach den Angaben des ARBEITSKREISES „VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER“ stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland

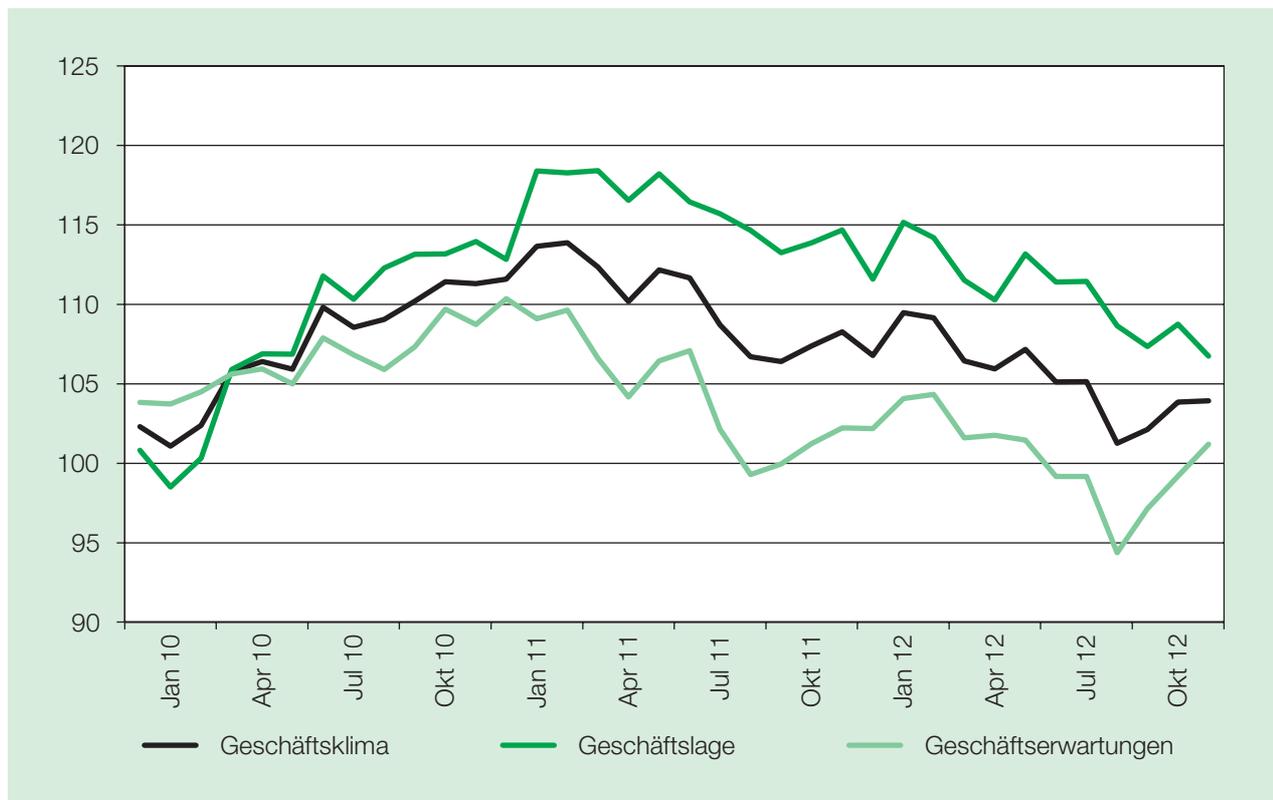
(inkl. Berlin) im ersten Halbjahr 2012 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 0,8 % und damit geringfügig schwächer als in Deutschland insgesamt (1,1 %) [für eine Übersicht vgl. THÜRINGER LANDESAMT FÜR STATISTIK (2012)]. Maßgeblich für die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion war die überdurchschnittlich gute Entwicklung im Bundesland Berlin (1,8 %), welches durch seine starke Ausrichtung auf den Dienstleistungssektor von der nachlassenden internationalen Nachfrage nach Investitionsgütern am geringsten betroffen war. Im Vergleich dazu wiesen die ostdeutschen Flächenländer, mit der Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern (1,1 %), nur geringe Wachstumsraten auf.

Im weiteren Jahresverlauf 2012 dürfte die verhalten positive Entwicklung der ersten Jahreshälfte nicht gehalten werden, worauf die zunehmende Eintrübung des ifo Geschäftsklimas für die Gewerbliche Wirtschaft¹ Ostdeutschlands hindeutet (vgl. Abb. 1).

Die Lageeinschätzung wurde im Jahresverlauf zunehmend als weniger gut beurteilt und die Geschäftserwartungen trübten sich deutlich ein. Die Entwicklung am aktuellen Rand (Oktober bis Dezember 2012) lässt aber eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation im ersten Quartal 2013 erwarten, da die befragten Unternehmen per saldo mit einem weniger ungünstigen Geschäftsverlauf rechnen. Dennoch kann sich auch die ostdeutsche Wirtschaft den Problemen im Euroraum nicht entziehen.

Die Schwäche der Weltkonjunktur bekam insbesondere das Verarbeitende Gewerbe zu spüren, da dies der Wirtschaftsbereich mit der stärksten Auslandsverflechtung ist. Während die nominalen Umsätze der ostdeutschen Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen im ersten Quartal 2012 noch um 2,7 % gegenüber dem Vorjahr expandierten, waren die Erlöse der Industriefirmen in den folgenden beiden Quartalen sogar rückläufig (Q2: -1,1 % und Q3: -3,9 %). Im Oktober 2012 zeigte sich mit 1,1 % zwar ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat, jedoch fiel dieser Anstieg deutlich geringer aus als in den westdeutschen Bundesländern (+6,7 %). In Folge dessen schrumpften die kumulierten nominalen Umsätze im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe in den ersten zehn Monaten um -0,6 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2012b)]. Am stärksten betroffen waren dabei die Vorleistungs- sowie Verbrauchsgüterproduzenten (-2,1 % bzw. -1,3 %), die mit knapp 61 % Umsatzanteil die größten Hauptgruppen in Ostdeutschland darstellen. Im vierten Quartal 2012 dürfte sich die Lage im Verarbeitenden Gewerbe dagegen leicht entspannt haben. Darauf deuten wichtige Indikatoren hin. So ist der ifo Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands im Dezember das dritte Mal in Folge

Abbildung 1: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen der Gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands (saisonbereinigte Werte), 2005 = 100



Quelle: ifo Konjunkturtest, Darstellung des ifo Instituts.

gestiegen. Die befragten ostdeutschen Unternehmen berichten zwar von einer weniger guten Geschäftslage, blicken aber ihrem zukünftigen Geschäftsverlauf mit deutlich weniger Pessimismus entgegen. Insgesamt ist für das aktuelle Jahr jedoch davon auszugehen, dass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands (mit Berlin) um 0,3 % schrumpfen wird (vgl. Abb. 2).

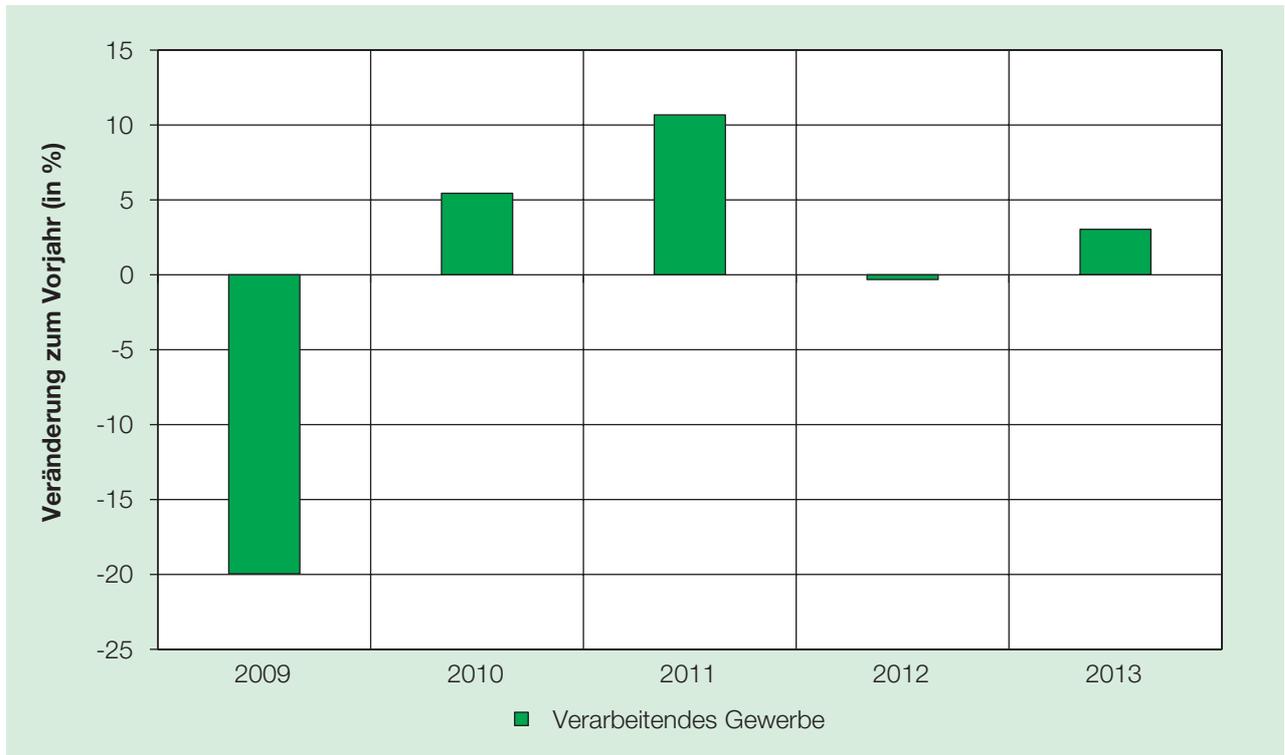
Die Impulse aus dem Baugewerbe dürften in diesem Jahr wohl sehr gering ausfallen. Maßgeblich hierfür sind die erheblich unterschiedlichen Entwicklungen der einzelnen Bausparten. So verschlechterte sich die Situation im Wirtschaftsbau wegen der schwachen Investitionsneigung in der Gewerblichen Wirtschaft zunehmend [vgl. hier und im Folgenden STATISTISCHES BUNDESAMT (2012a)]. Auch der öffentliche Bau weist seit Februar 2012 negative Umsatzwachstumsraten auf. Grund hierfür sind neben dem Auslaufen der Konjunkturpakete im vergangenen Jahr vor allem die fortbestehenden Sparzwänge in den öffentlichen Haushalten. Demgegenüber konnte der Wohnungsbau weiterhin hohe Zuwachsraten des nominalen Umsatzes verbuchen; hier wirken sich die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen und die guten Einkommensaussichten begünstigend aus. Zudem wirkt die Situation am Arbeitsmarkt stabilisierend. Gedämpft

wird die Entwicklung im ostdeutschen Wohnungsbau jedoch durch die zunehmende Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung, wenn auch diese regional unterschiedlich stark ausgeprägt ist.

Im aktuellen Jahr dürfte der Rückgang der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe durch die Dienstleistungsbereiche kompensiert werden. Für den Einzelhandel, den Tourismus und den Bereich Information und Kommunikation setzen vor allem die gute Arbeitsmarktlage und daraus folgend die stabile Konsumnachfrage der privaten Haushalte positive Impulse. Die enge Verbundenheit des Großhandels, der unternehmensnahen Dienstleister sowie des Transportsektors mit dem Verarbeitenden Gewerbe dürfte die positiven Impulse aus den konsumnahen Dienstleistungsbereichen hingegen schmälern.

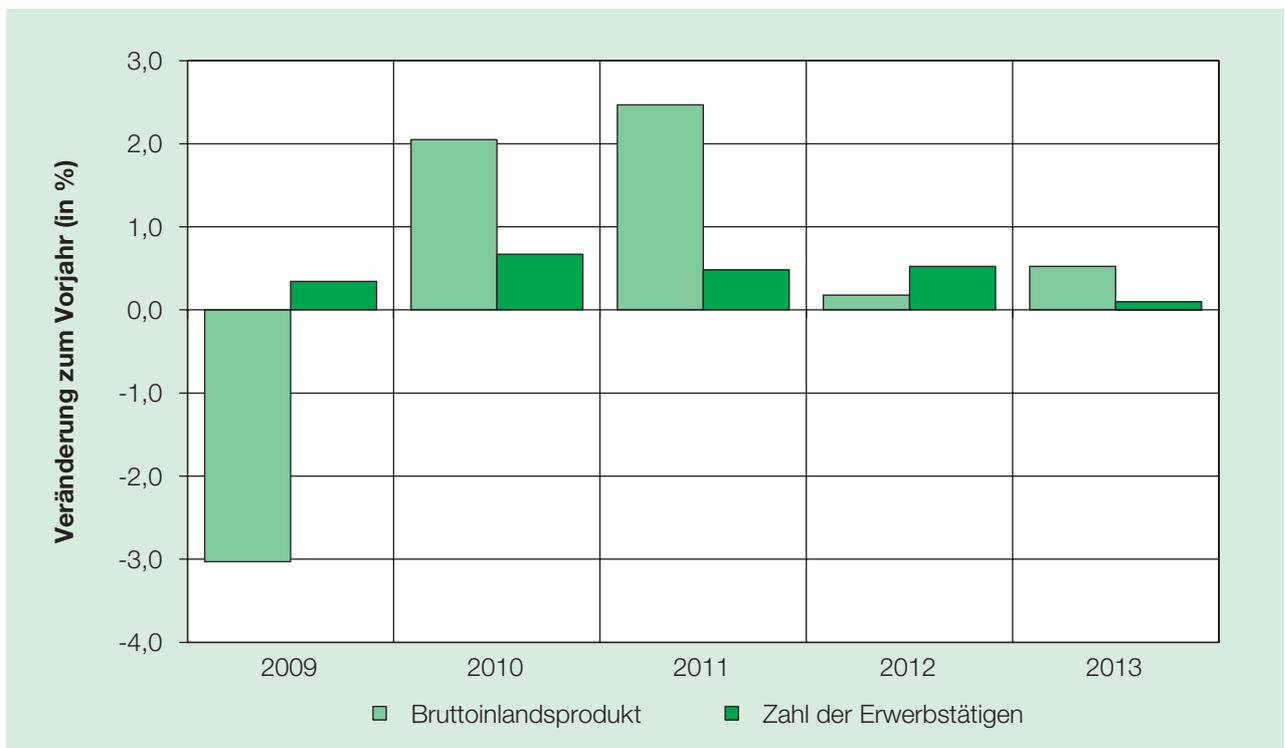
Alles in allem erwartet das IFO INSTITUT für das Jahr 2012 einen nur schwachen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (mit Berlin). Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr dürfte bei lediglich 0,2 % liegen (vgl. Abb. 3). Insbesondere die schwache Industrienachfrage aus dem Inland und die damit einhergehende verhaltene Entwicklung im Wirtschaftsbau und den industrienahen Dienstleistern bringen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nahezu zum Stillstand. Zudem wirken sich die weiterhin schrumpfende Bevölke-

Abbildung 2: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2012); 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 3: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2012), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung (ETR) des Bundes und der Länder (2012); 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

rungszahl, die zunehmende Alterung und schließlich auch die rückläufigen öffentlichen Transferzahlungen bremsend aus.

Die konjunkturelle Verlangsamung der vergangenen Quartale macht sich zunehmend auch auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt bemerkbar. Während die Zahl der Erwerbstätigen in den ersten beiden Quartalen 2012 um jeweils 0,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zunahm, expandierte die Erwerbstätigkeit im dritten Quartal dieses Jahres nur noch um knapp 0,5 % [vgl. STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (2012)]. Die Entwicklung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist dabei im Wesentlichen vom Beschäftigungsaufbau in Berlin getrieben. Vorlaufindikatoren wie die ifo Beschäftigungserwartungen für die kommenden drei Monate deuten auf eine schwache Entwicklung im vierten Quartal 2012 hin. Aufgrund der schwächelnden Konjunktur werden die Firmen voraussichtlich zunächst mit dem Abbau von Arbeitszeitkonten reagieren, um der geringeren Auftragslage entgegenzutreten. Für das Jahr 2012 ist davon auszugehen, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland lediglich um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr expandieren dürfte (vgl. Abb. 3).

2013: Auftriebskräfte gewinnen die Oberhand

Im Einklang mit der Prognose des IFO INSTITUTS für Deutschland insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass im Verlauf des Jahres 2013 der Aufschwung wieder einsetzen wird. Treiber dabei sind sowohl die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte als auch die Auslandsnachfrage. In Folge dessen werden die privaten Konsumausgaben und die Ausrüstungsinvestitionen wieder merklich anziehen.

Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschlands (mit Berlin) dürfte hiervon profitieren. Investoren werden aufgeschobene Projekte realisieren und die steigende Auslandsnachfrage lässt die Auslastung der hiesigen Industriefirmen steigen. Insgesamt dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung in diesem Sektor im Jahr 2013 um 3,0 % expandieren (vgl. Abb. 2).

Die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen dürften im nächsten Jahr auch den Wohnungsbau weiter stimulieren, wenngleich die demographische Entwicklung dämpfend wirkt. Zudem wird im Zuge der anziehenden Industriekonjunktur der Wirtschaftsbau expandieren. Vom öffentlichen Bau sind hingegen auch weiterhin nur geringe Impulse zu erwarten.

Die stabile Beschäftigungssituation wird zusammen mit einer robusten Konsumnachfrage der privaten Haushalte auch im kommenden Jahr die konsumnahen Dienstleistungsbereiche begünstigen. Im Jahresverlauf, mit an-

ziehender Industriekonjunktur, profitieren dann auch die Bereiche Großhandel, Verkehr und die unternehmensnahen Dienstleister. Eine ungünstigere Entwicklung ist hingegen bei den öffentlichen Dienstleistern zu erwarten, da sich hier die fortbestehenden Konsolidierungserfordernisse in den öffentlichen Haushalten negativ auswirken dürften.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt der ostdeutschen Bundesländer wird im Ergebnis im kommenden Jahr voraussichtlich um 0,5 % steigen und damit erneut langsamer expandieren als die Wirtschaftsleistung Deutschlands insgesamt (vgl. Abb. 3). Ein wesentlicher Grund hierfür sind die deutlich geringere Exportorientierung der ostdeutschen Industrie sowie der kleinere Anteil der Investitionsgüterproduzenten am Gesamtumsatz der Industriefirmen. Somit profitiert das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe nicht im gleichen Umfang wie die Industrie in Westdeutschland von der konjunkturellen Belebung. Die Entwicklung am ostdeutschen Arbeitsmarkt dürfte hingegen noch von der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahr beeinflusst werden. Zudem wird es für ostdeutsche Firmen vermehrt schwieriger, für alle offenen Stellen geeignete Fachkräfte zu finden, da infolge der demographischen Entwicklung das Arbeitskräftepotenzial schrumpft. Alles in allem wird die Zahl der Erwerbstätigen im kommenden Jahr voraussichtlich nur noch um 0,1 % expandieren (vgl. Abb. 3).

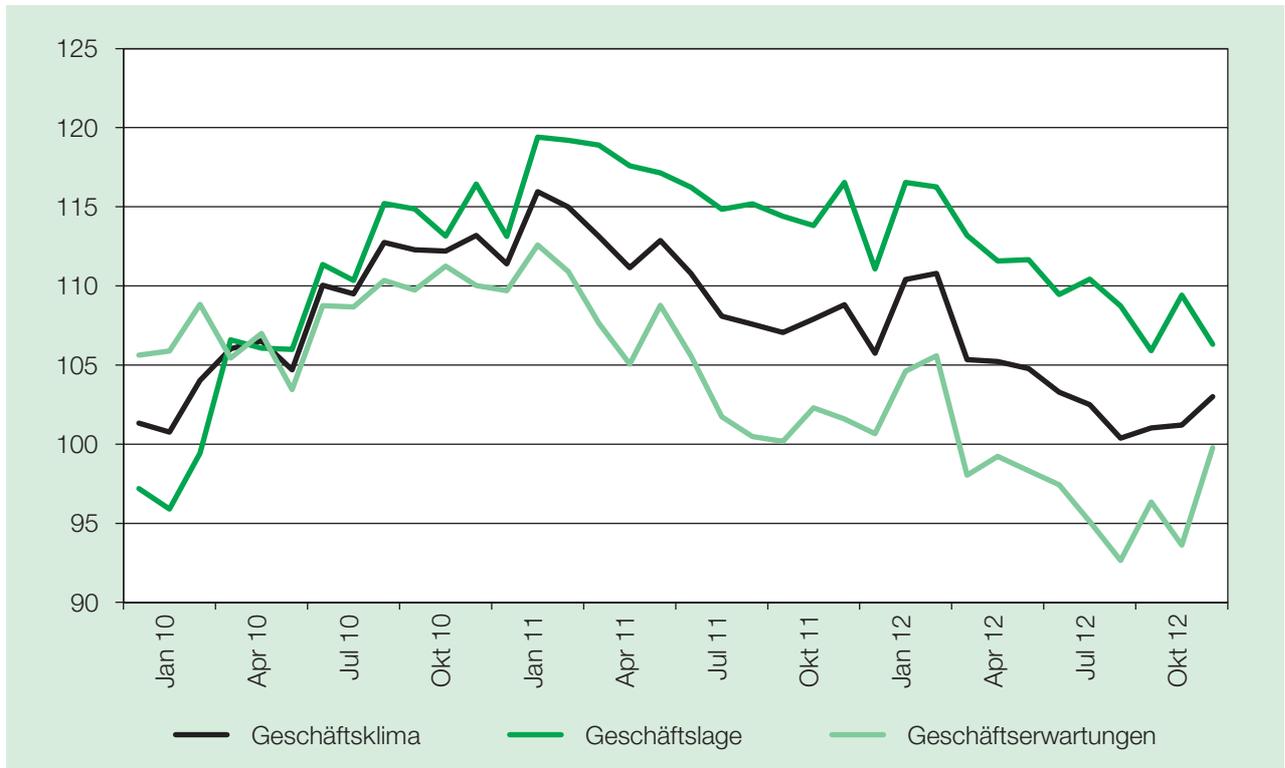
Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

2012: Nahe an der Rezession

Die schwache Entwicklung der Weltkonjunktur trifft die Wirtschaft in Sachsen merklich stärker als dies in Ostdeutschland (inkl. Berlin) insgesamt der Fall ist. Laut den Angaben der amtlichen Statistik expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt in Sachsen im ersten Halbjahr 2012 um lediglich 0,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum und damit schwächer als in Ostdeutschland insgesamt (0,8 %) [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2012a)]. Das ifo Geschäftsklima für die Gewerbliche Wirtschaft Sachsens deutet zudem auf eine erheblich schlechtere konjunkturelle Entwicklung im zweiten Halbjahr des Jahres 2012 hin (vgl. Abb. 4).

Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Exportquote der sächsischen Wirtschaft und dem größeren Anteil der Investitionsgüterproduzenten wirkt sich die schwache Auslandsnachfrage deutlich kräftiger aus als in Ostdeutschland insgesamt. Darüber hinaus verzeichnete der wichtigste Wirtschaftszweig des sächsischen Verarbeitenden Gewerbes, der Fahrzeugbau, annähernd zweistellige nominale Umsatzeinbußen (-9,1 %) in den ersten

Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen der Gewerblichen Wirtschaft Sachsens (saisonbereinigte Werte), 2005 = 100



Quelle: ifo Konjunkturtest, Darstellung des ifo Instituts.

neun Monaten des laufenden Jahres. Für den Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes (Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen) ist im Zeitraum von Januar bis September ein Umsatzrückgang um $-1,0\%$ zu beobachten. Der ifo Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe Sachsens ist im November das achte Mal in Folge gefallen und befindet sich aktuell auf dem Wert von Januar 2010. Bei den Geschäftserwartungen ist gleichermaßen keine Verbesserung zu beobachten; diese fallen trendmäßig seit Jahresbeginn 2011. Die befragten Unternehmen erwarten einen zunehmend ungünstigeren Verlauf ihrer Geschäfte. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens im Jahr 2012 voraussichtlich um $0,6\%$ schrumpfen wird (vgl. Abb. 5).

Analog zu Ostdeutschland zeigen sich auch im sächsischen Baugewerbe unterschiedliche Entwicklungen. Während der Wirtschaftsbau und der öffentliche Bau dämpfend wirken, profitiert der Wohnungsbau weiterhin von der inländischen Nachfrage und der Robustheit des Arbeitsmarktes. Für die sächsischen Dienstleistungsbereiche dürften die gleichen konjunkturellen Muster wie für Ostdeutschland gelten, mit der Ausnahme, dass die industrienahen Dienstleister stärker auf die negative Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe reagieren.

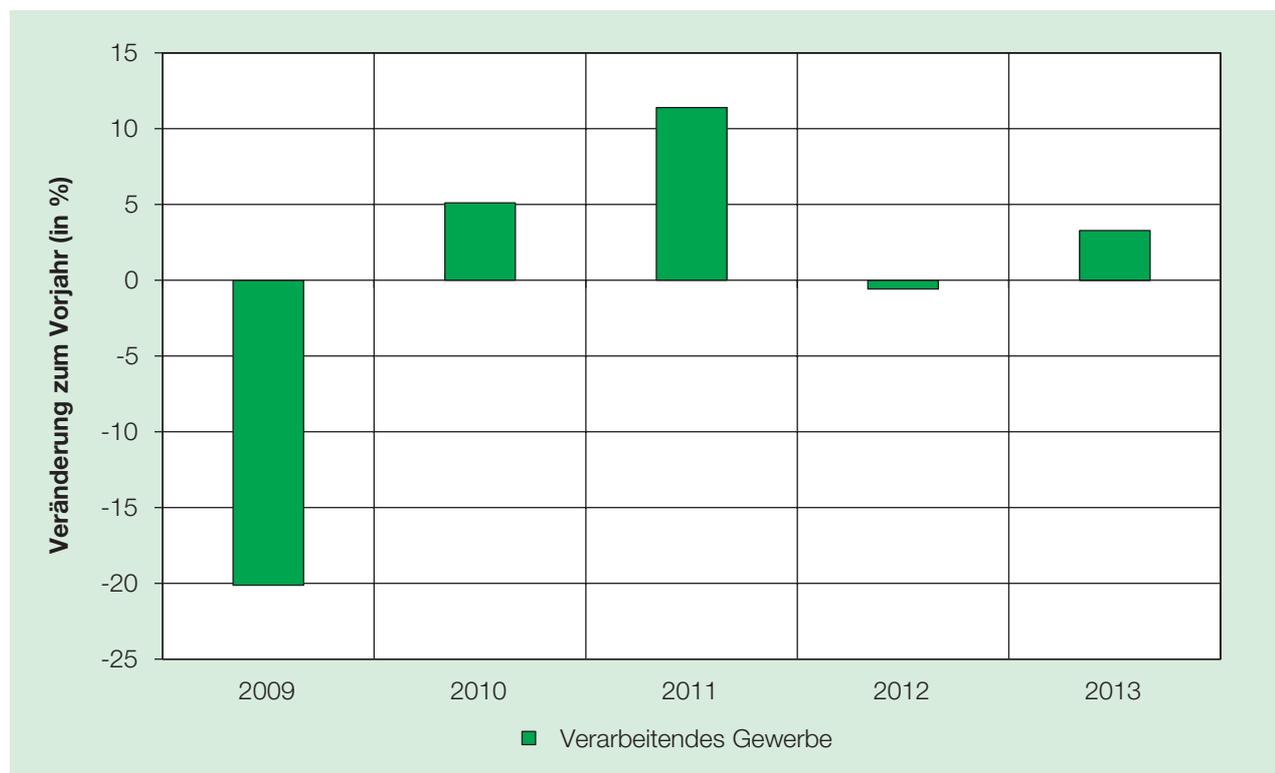
Alles in allem dürfte das um die Preisentwicklung bereinigte Bruttoinlandsprodukt des Freistaates Sachsen im Jahr 2012 annähernd stagnieren und sich damit schwächer als im ostdeutschen Durchschnitt entwickeln (vgl. Abb. 6).

2013: Wirtschaftsstruktur begünstigt Entwicklung in Sachsen

Im Jahr 2013 werden die konjunkturellen Auftriebskräfte auch die Wirtschaft im Freistaat Sachsen stimulieren. Darauf deuten die ifo Geschäftserwartungen für die Gewerbliche Wirtschaft in Sachsen hin, welche sich im Dezember 2012 spürbar aufhellten. In Folge dessen ist der ifo Geschäftsklimaindex für Sachsen zuletzt merklich gestiegen.

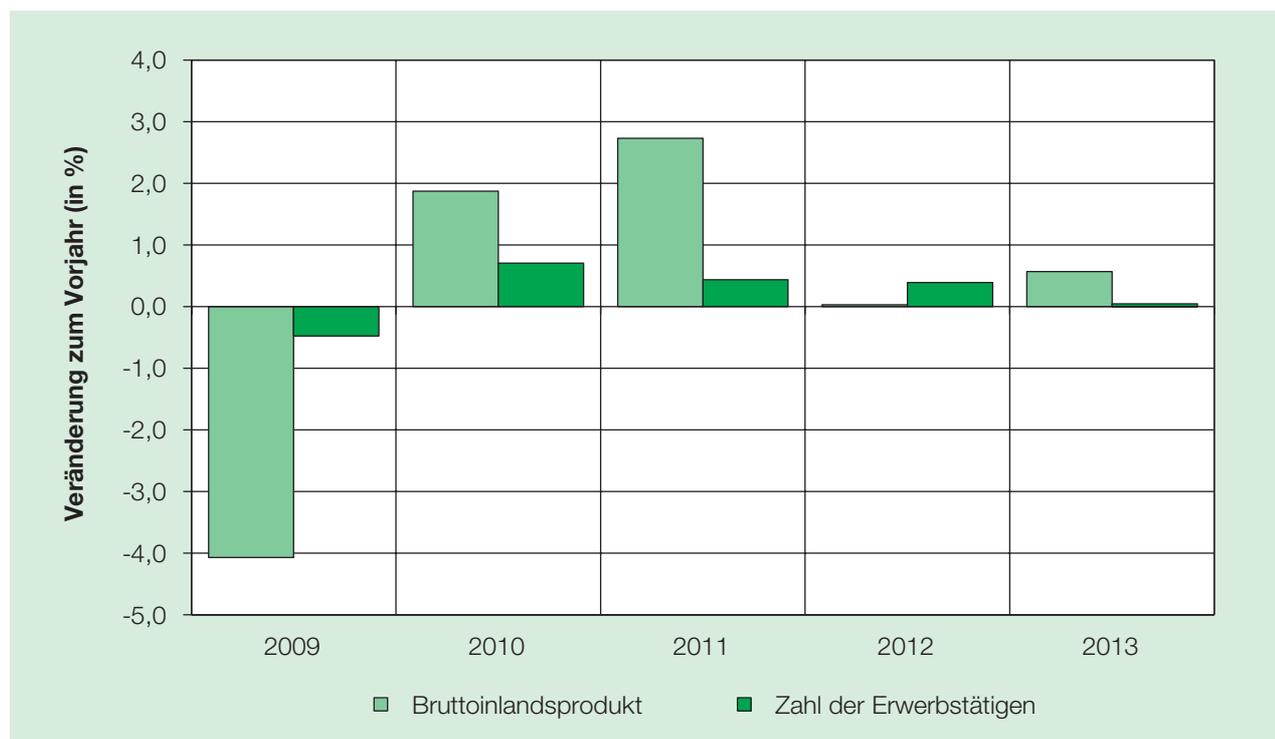
Für die Industriekonjunktur kommen die Impulse aus der steigenden Auslandsnachfrage und den anziehenden Ausrüstungsinvestitionen. Aufgrund der spezifischen Struktur des sächsischen Verarbeitenden Gewerbes dürfte die reale Bruttowertschöpfung im kommenden Jahr mit $3,3\%$ etwas stärker expandieren als in Ostdeutschland (mit Berlin). Von der verbesserten Industriekonjunktur profitieren auch der Wirtschaftsbau sowie der

Abbildung 5: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens



Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder (2012); 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 6: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2012), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2012); 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

Transportsektor, sodass das reale Bruttoinlandsprodukt Sachsens im Jahr 2013 um 0,6 % zulegen dürfte (vgl. Abb. 6).

Nach Angaben der amtlichen Statistik stieg die Zahl der Erwerbstätigen in den ersten drei Quartalen 2012 um 0,5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2012b)]. Allerdings hat sich auch in Sachsen das ifo Beschäftigungsbarometer seit einigen Monaten erheblich verschlechtert, sodass die hohen Zuwachsraten der Erwerbstätigkeit zu Beginn des Jahres wahrscheinlich nicht gehalten werden können. Somit dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2012 um 0,4 % steigen. Aufgrund der konjunkturellen Schwäche in diesem Jahr werden die Firmen sich im Jahr 2013 zunächst mit Neueinstellungen zurückhalten und Überstunden aufbauen. Dies führt dazu, dass die Zahl der Erwerbstätigen im kommenden Jahr auf dem Niveau von 2012 verharren dürfte (vgl. Tab. 1).

Entwicklung auf dem sächsischen und dem ostdeutschen Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt in Sachsen und Ostdeutschland zeigte sich auch im Jahresverlauf 2012 insgesamt recht stabil. Allerdings ist eine sehr unterschiedliche Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den ostdeutschen Ländern beobachtbar. Die aktuellsten Zahlen aus dem dritten Quartal 2012 [vgl. STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (2012)] legen nahe, dass vor allem in Berlin die Erwerbstätigkeit im Jahresvergleich stark zugenommen hat (+2,4 %); mit deutlichem Abstand folgen Brandenburg (+0,9 %) und Sachsen (+0,4 %). In Thüringen ist die Erwerbstätigkeit im dritten Quartal im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert, während in Mecklenburg-Vorpommern (−0,4 %) und Sachsen-Anhalt (−0,9 %) sogar ein Rückgang der Erwerbstätigkeit zu beobachten ist. Insgesamt wuchs die Erwerbstätigkeit im dritten Quartal

2012 in Ostdeutschland inklusive Berlin gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,5 %, der Zuwachs war damit nur halb so groß wie in Westdeutschland (+1,0 %). Das ifo INSTITUT geht für das Gesamtjahr 2012 von einem Beschäftigungswachstum von 0,5 % in Ostdeutschland und 0,4 % im Freistaat Sachsen aus (vgl. Tab. 1) und bestätigt damit seine Prognose vom Sommer 2012. Für das Jahr 2013 rechnet das ifo INSTITUT aktuell mit einer Stagnation der Beschäftigung in Sachsen und einer nur noch marginalen Zunahme der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (+0,1 %).

Die etwas geringere Wachstumsprognose der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen gegenüber Ostdeutschland ist der Tatsache geschuldet, dass die gesamte sächsische Wirtschaft in 2012 voraussichtlich etwas weniger stark wachsen wird. Außerdem zeigt die Erwerbstätigkeit in Berlin sehr hohe Zuwachsraten, wodurch die Situation im Aggregat Ostdeutschland (inkl. Berlin) insgesamt höher ausfallen dürfte.

Gegenüber 2012 geht das ifo INSTITUT im Jahr 2013 von einem etwas höheren Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Sachsen und Ostdeutschland aus (vgl. Tab. 1). Allerdings dürfte sich diese Entwicklung nicht unmittelbar in einer Zunahme der Erwerbstätigkeit niederschlagen. Dies hat zwei Hintergründe. Zum einen reagiert der Arbeitsmarkt auf konjunkturelle Impulse üblicherweise zeitverzögert. Zum anderen wird sich die demographische Entwicklung allmählich am ostdeutschen und sächsischen Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Für Unternehmen wird es zunehmend schwieriger werden, geeignete Fachkräfte für die Besetzung neuer Stellen zu finden. Es ist anzunehmen, dass dies in Sachsen schneller spürbar werden wird als in Ostdeutschland insgesamt, da hier die positive (Bevölkerungs-)Entwicklung Berlins das Bild für die anderen ostdeutschen Länder etwas verfälscht.

Trotz der konjunkturellen Risiken vor allem aus den südeuropäischen Ländern zeigt sich der gesamtdeutsche Arbeitsmarkt weiterhin in einer recht stabilen Lage. Die

Tabelle 1: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr in % ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Bruttoinlandsprodukt	2,5	0,2	0,5	2,7	0,0	0,6
Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes	10,7	−0,3	3,0	11,4	−0,6	3,3
Zahl der Erwerbstätigen	0,5	0,5	0,1	0,4	0,5	0,0

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2012), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2012); 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

Lohnabschlüsse im Zuge der anstehenden Tarifrunden werden, bedingt durch die zunehmenden Unsicherheiten, wohl etwas schwächer ausfallen als in den vergangenen zwei Jahren. Die Absenkung der Lohnnebenkosten durch den Rückgang des Rentenversicherungsbeitragsatzes zu Jahresbeginn 2013 wird nur zu einer Erhöhung der Nettoeinkommen um 0,3% führen, da gleichzeitig der Beitragssatz zur Pflegeversicherung ansteigt [vgl. NIERHAUS (2013)].

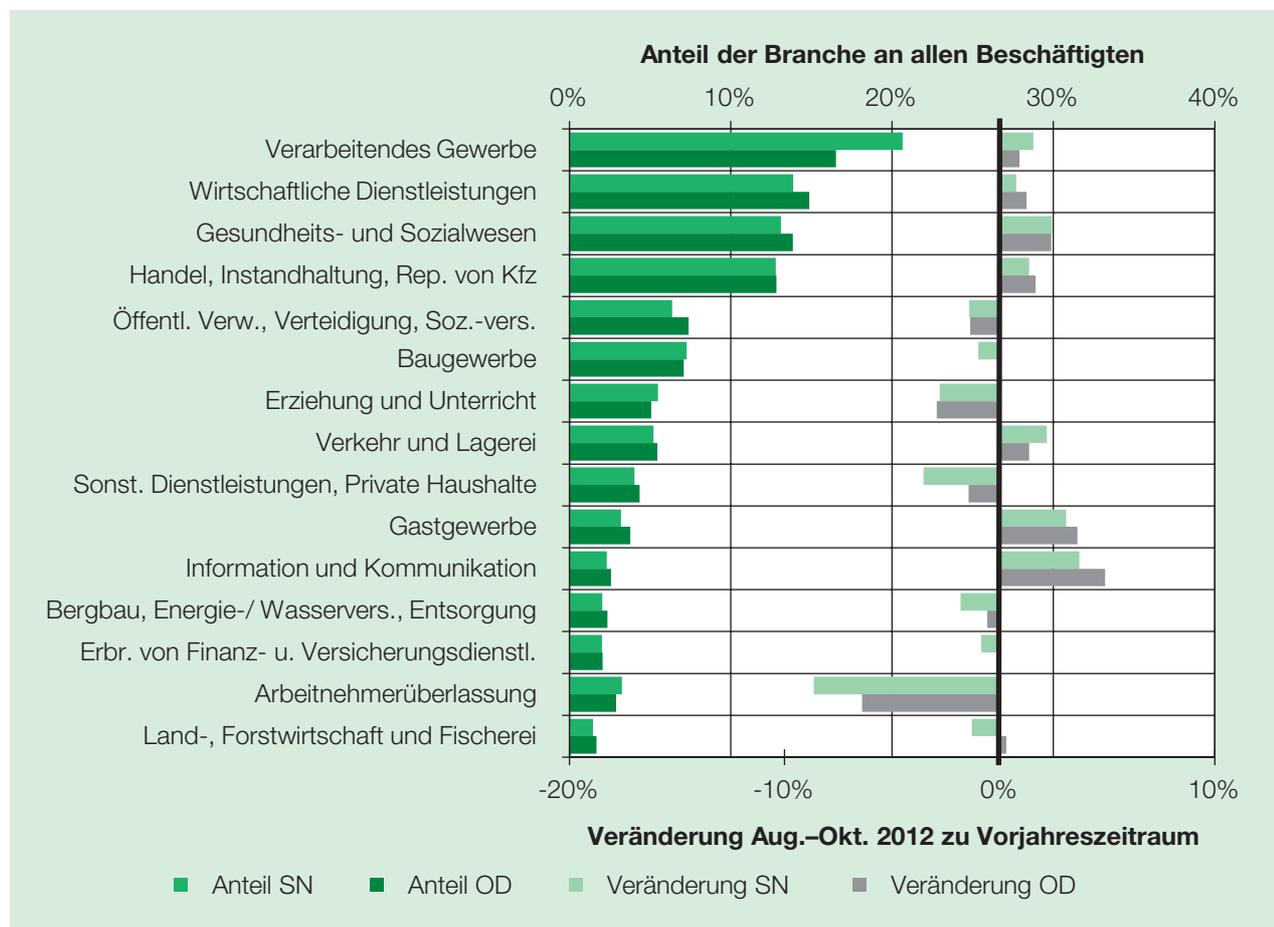
Die stabile Situation am sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarkt wird durch sehr unterschiedliche Beschäftigungssituationen in den einzelnen Wirtschaftszweigen gestützt. Wie Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2013b) zeigen, erhöhte sich im Zeitraum von August bis Oktober 2012 die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Ostdeutschland um fast 0,9% und in Sachsen um fast 0,7% (vgl. Abb. 7).

Die höchsten Zuwachsraten in Bezug auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung konnten im Bereich „Information und Kommunikation“ und im „Gastgewerbe“ erzielt werden. In Sachsen lag das Beschäftigungsplus

im Bereich „Information und Kommunikation“ bei 3,7% und in Ostdeutschland bei 4,9%. Der Zuwachs im „Gastgewerbe“ lag bei 3,1% bzw. 3,6%. Auch in anderen Wirtschaftszweigen, die einen deutlich höheren Beschäftigungsanteil an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten aufweisen, konnte im Vorjahresvergleich ein Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beobachtet werden („Verarbeitendes Gewerbe“, „Wirtschaftsnahe Dienstleistungen“, „Gesundheits- und Sozialwesen“, „Verkehr und Lagerei“ sowie „Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz“). Der Beschäftigungszuwachs lag in diesen Wirtschaftszweigen zwischen 0,9% und 2,4% und war ausschlaggebend für die positiven Gesamtwachstumsraten. Im Jahr 2013 ist jedoch mit einer weiteren Abschwächung dieser positiven Entwicklung zu rechnen.

In Wirtschaftszweigen, die tendenziell durch öffentliche Beschäftigung dominiert sind („Erziehung und Unterricht“, „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ sowie „Gesundheits- und Sozialwesen“), ergeben sich schon heute Anpassungen durch den demo-

Abbildung 7: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen und Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2013b), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

graphischen Wandel. Während in den Bereichen „Erziehung und Unterricht“ sowie „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ ein Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zwischen 1,4 % und 2,9 % zu beobachten ist, werden im Bereich „Gesundheits- und Sozialwesen“ zunehmend Personen beschäftigt (+2,4 %). Ausschlaggebend für diese unterschiedliche Entwicklung sind zum einen Nachfrageeffekte durch die älter werdende Gesellschaft und zum anderen der Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Haushalte.

Der größte prozentuale Rückgang an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Jahresvergleich ist im Bereich der „Arbeitnehmerüberlassung“ zu beobachten. In der Vergangenheit zeichnete sich dieser Wirtschaftszweig durch teilweise extrem hohe Zuwachsraten aus. Aktuell wird hier aber Beschäftigung abgebaut. Dies hat zwei Hintergründe. Erstens reagiert dieser Bereich deutlich schneller auf konjunkturelle Impulse als andere Wirtschaftszweige. Zweitens erschwert eine stabile Arbeitsmarktlage vor allem für Firmen im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung die Akquise neuer Arbeitskräfte, da diese Branche in der Öffentlichkeit nicht den besten Ruf genießt.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit stagnieren

Im Verlauf des kommenden Jahres kann gegenüber 2012 mit einer stabilen Situation am Arbeitsmarkt gerechnet werden. In der aktuellen Konjunkturprognose geht das IFO INSTITUTS für Deutschland im Jahr 2013 von einer mittleren jährlichen Arbeitslosenquote von 6,9 % aus [vgl. NIERHAUS (2013)]. Dies bedeutet, dass die Arbeitslosenquote gegenüber 2012 leicht ansteigen wird. Im Jahresmittel 2012 lag die Arbeitslosenquote in Deutschland bei ca. 6,8 % [vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2013a)]. In Ostdeutschland und Sachsen erwartet das IFO INSTITUT eine etwas abweichende Entwicklung, wobei sich der positive Trend einer sinkenden Arbeitslosenquote tendenziell fortsetzen dürfte. Seit Juni 2005 sank die Arbeitslosenquote in Bezug auf alle zivilen Erwerbspersonen in Ostdeutschland um 7,2 Prozentpunkte auf zurzeit 10,3 % (Dezember 2012). In Sachsen stellt sich die Situation noch besser dar. Hier sank die Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum auf 9,4 % [vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2013a)]. Im Gegensatz zur Prognose des IFO INSTITUTS für das gesamte Bundesgebiet ist in Ostdeutschland von einer konstanten bzw. weiterhin leicht sinkenden Arbeitslosenquote im Jahr 2013 auszugehen. Trotz der zu erwarteten Stagnation der Anzahl der Erwerbstätigen in Sachsen und Ostdeutschland im kommenden Jahr wird der demographiebedingte Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials die Anzahl an Arbeitslosen weiter reduzie-

ren. Da die demographische Entwicklung in Ostdeutschland schneller voranschreitet als in Westdeutschland, wirkt diese Komponente auf die Arbeitslosenquoten in Ostdeutschland stärker [vgl. RAGNITZ (2011)]. Im Jahreschnitt 2013 ist davon auszugehen, dass in Ostdeutschland insgesamt erstmals seit der Wiedervereinigung eine mittlere jährliche Arbeitslosenquote im einstelligen Bereich realisiert wird. Allerdings ist dieser Trend nicht nur einer stabilen Beschäftigung geschuldet, sondern zum Teil auch dem demographischen Wandel, der zu einer Reduzierung des Arbeitskräfteangebots führt.

Literatur

- ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2012): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2011, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand August 2012, vorläufige revidierte Ergebnisse, erschienen im Oktober 2012.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2012): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 2011, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand August 2011/Februar 2012, erschienen im Juli 2012.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2013a): Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslose und gemeldete Stellen, Zeitreihe für Länder ab 1991 (Monatszahlen), Nürnberg, Januar 2013.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2013b): Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftlicher Gliederung (WZ 2008), Nürnberg, Januar 2013.
- NIERHAUS, W. (2013): Deutschlandprognose 2012/2013: Eurokrise kostet Auftrieb. In: ifo Dresden berichtet 01/2013, S. 5–12.
- RAGNITZ, J. (2011): Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung: Implikationen der demographischen Entwicklung für den ostdeutschen Arbeitsmarkt. In: ifo Dresden berichtet 02/2011; S. 3–6.
- STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) (2012): Erwerbstätige in Mecklenburg-Vorpommern, Vierteljahresergebnisse 2008 bis 2012. Erwerbstätigkeit A VI – vj, Statistischer Bericht A663Q 2012 43, Schwerin.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2012a): Auftragseingang, Arbeitsstunden, baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 u. m. tätigen Personen): Bundesländer, Monate, Bauarten. Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online am 10. Dezember 2012.

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2012b): Produzierendes Gewerbe – Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Oktober 2012, Fachserie 4 Reihe 4.1.1, erschienen im Dezember 2012.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2012a): 0,5 Prozent reales Wachstum des BIP in Sachsen im ersten Halbjahr 2012. Medieninformation 200/2012 vom 24. September 2012, Kamenz.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2012b): Erwerbstätigenzahl in Sachsen auch im drit-

ten Quartal 2012 weiter angestiegen. Medieninformation 261/2012 vom 13. Dezember 2012, Kamenz.

THÜRINGER LANDESAMT FÜR STATISTIK (Hrsg.) (2012): Bruttoinlandsprodukt in Thüringen im 1. Halbjahr 2012 auf Vorjahresniveau. Pressemitteilung 258/2012 vom 24. September 2012, Erfurt.

¹ *Unter Gewerblicher Wirtschaft werden die Bereiche Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe sowie Groß- und Einzelhandel verstanden.*

Langfristige demographische Herausforderungen in den BRICS-Ländern

Joachim Ragnitz*

Einführung

Die Weltbevölkerung – derzeit rund 7,1 Mrd. Menschen – wuchs in den vergangenen zwanzig Jahren mit einer Rate von rund 1,4 % pro Jahr. Auch wenn davon ausgegangen werden kann, dass sich das globale Bevölkerungswachstum künftig eher abschwächen wird – hierfür spricht unter anderem, dass mit steigendem Wohlstandsniveau aller Erfahrung nach auch die Geburtenrate zurückgeht –, wird in gängigen Bevölkerungsprognosen mit einem weiteren Anstieg der Weltbevölkerung auf rund 9,3 Mrd. Personen im Jahr 2050 gerechnet.¹ Bis zum Jahr 2100 wird sogar eine Zunahme auf mehr als 10 Mrd. Menschen vorhergesagt.

Die einzelnen Weltregionen sind freilich durch sehr unterschiedliche Trends der Bevölkerungsentwicklung gekennzeichnet. Während die Bevölkerung in den meisten europäischen Ländern sowie in einigen ostasiati-

schen Staaten infolge von Geburtenraten unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus (2,1 Kinder je Frau) stagniert oder gar rückläufig ist, nimmt die Einwohnerzahl insbesondere in den Entwicklungsländern überdurchschnittlich stark zu. Das höchste Bevölkerungswachstum (1¼ % jährlich im Zeitraum 2010–2050) weisen die am wenigsten entwickelten Länder in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara auf. Der Anteil dieser Länder an der gesamten Weltbevölkerung wird damit von rund 12 % heute auf 21 % zur Mitte des Jahrhunderts steigen (vgl. Tab. 1). Gerade hierin wird ein erhebliches (ökonomisches wie humanitäres) Problem gesehen, weil eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung in diesen Ländern schon derzeit kaum gesichert ist und unkontrollierbare

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Tabelle 1: Prognostiziertes Bevölkerungswachstum und Anteil an der Weltbevölkerung 2010 und 2050 nach Regionen (in %)

Ländergruppe	Durchschnittliches Bevölkerungswachstum 2010–2050	Anteil an der Weltbevölkerung 2010	Anteil an der Weltbevölkerung 2050
Entwickelte Länder	0,12	17,9	14,1
darunter:			
Europa	–0,05	10,7	7,7
Nordamerika	0,53	5,0	4,8
Entwicklungs- und Schwellenländer	0,71	82,1	85,9
darunter:			
Asien	0,45	58,6	54,1
Südamerika	0,49	8,6	8,1
Afrika	1,57	14,8	23,6
darunter:			
südliches Afrika	1,70	12,4	21,1
Welt insgesamt	0,61	100,0	100,0

Quellen: UN Department of Economic and Social Affairs; Berechnungen des ifo Instituts.

Wanderungsströme insbesondere auch in die entwickelten Länder befürchtet werden.

Im Fokus dieses Beitrags stehen die künftige demographische Entwicklung in den sogenannten BRICS-Ländern (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und die daraus resultierenden ökonomischen Implikationen. In der Vergangenheit zählten die meisten dieser Länder zwar zu jenen mit besonders hohem Bevölkerungswachstum²; in Zukunft hingegen werden zumindest einige von ihnen in eine Phase schrumpfender Bevölkerung eintreten. Insoweit sind hier in den nächsten 50 bis 100 Jahren ähnliche demographisch bedingte Probleme zu erwarten, wie sie heute in vielen westeuropäischen Staaten festzustellen sind. Hierzu zählen insbesondere ein nachlassendes Wirtschaftswachstum sowie zunehmende Schwierigkeiten, die Versorgung älterer Generationen abzusichern.

Ein einfaches Modell der demographischen Entwicklung

Als „Standardmodell“ zur Erklärung der langfristigen Bevölkerungsentwicklung hat sich das Modell des „demographischen Übergangs“ etabliert.³ Die Bevölkerungsdynamik ergibt sich hierin allein aus der Anpassung der Geburtenrate an exogen verursachte Änderungen der (Säuglings-)Sterblichkeit:

- In der Ausgangssituation – der sogenannten *Vortransformationsphase* – ist infolge von hygienischen Mängeln, Nahrungsmittelknappheit oder eines unzureichend entwickelten Gesundheitswesens die Kindersterblichkeit hoch, sodass zum Bestandserhalt der Bevölkerung eine hohe Geburtenzahl je Frau erforderlich ist. Da Gesellschaftssysteme in der Vortransformationsphase typischerweise keine institutionalisierten Altersvorsorgesysteme aufweisen, vielmehr eine ausreichende Zahl überlebender Kinder für eine individuelle Alterssicherung erforderlich ist, wird eine entsprechend hohe Geburtenrate quasi automatisch erreicht. Dennoch bleibt das Bevölkerungswachstum schwach, da nur ein geringer Teil der geborenen Kinder tatsächlich überlebt.
- Der Übergang zur *Frühtransformationsphase* wird durch eine exogen verursachte Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen (verbesserte hygienische Verhältnisse, steigende Lebensmittelversorgung o. ä.) ausgelöst. Dies führt dazu, dass die Kindersterblichkeit sinkt, damit also ein höherer Anteil der geborenen Kinder überlebt. Da sich aber das Gebärverhalten nicht unmittelbar anpasst, vielmehr die Fertilitätsrate zunächst auf dem ursprünglichen Niveau verbleibt, kommt es zu einem beschleunigten Bevölkerungswachstum. Dies wird noch dadurch unterstützt, wenn

infolge der geschilderten Verbesserung der allgemeinen Lebensumstände auch die Lebenserwartung insgesamt steigt.

- Erst mit einiger Verzögerung kommt es zu einer Anpassung des Gebärverhaltens an die verringerte Kindersterblichkeit (*Transformationsphase* oder *demographischer Übergang*). Trotz rückläufiger Geburtenrate hält das erhöhte Bevölkerungswachstum noch für einige Zeit an, da zunehmend auch die früher geborenen Kinder in das gebärfähige Alter eintreten und somit die Zahl der potenziellen Eltern steigt. Je nach Dauer des Übergangs zu geringeren Geburtenraten kann es daher zu einer geradezu explosionsartigen Zunahme der Bevölkerung kommen.
- Langfristig pegelt sich die Geburtenrate auf einem Niveau auf (oder unter) dem neuen Bestandserhaltungsniveau ein (*Posttransformationsphase*), sodass die Bevölkerung nicht weiter wächst oder gar schrumpft. Letzteres tritt vor allem dann ein, wenn im Zuge des demographischen Übergangs die wirtschaftliche Entwicklung angeregt wird, denn mit steigendem Wohlstandsniveau steigen die Opportunitätskosten der Kindererziehung, sodass Kindern möglicherweise ein geringeres Gewicht für das eigene Lebensglück beigemessen wird. Eine Rolle spielen aber auch eine Vielzahl weiterer Faktoren (wie allgemeines Werteverständnis in einer Gesellschaft oder unterstützende Rahmenbedingungen), weshalb eine schrumpfende Bevölkerung auch in der Posttransformationsphase keineswegs zwangsläufig ist.

Es scheint allgemein anerkannt, dass die westlichen Industrieländer zumeist bereits die Posttransformationsphase erreicht haben, während die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer sich noch vor oder im demographischen Übergang befinden. Dies erklärt die divergierende Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Weltregionen. Freilich bleibt häufig unberücksichtigt, welche Folgen sich hieraus für die wirtschaftliche Entwicklung ergeben. Dies soll im Folgenden im Rahmen eines einfachen Simulationsmodells gezeigt werden.

Hierzu werden die folgenden Annahmen getroffen: In der Ausgangslage liegt die Säuglingssterblichkeit bei 55 % und sinkt dann allmählich (in den Perioden 3 bis 6; eine Periode wird der Einfachheit halber mit einem Zeitraum von zehn Jahren gleichgesetzt) auf 0,5 % ab. Im Gleichgewicht entspricht die Fertilitätsrate der Ersatzrate, die konstante Bevölkerung garantiert; es wird jedoch angenommen, dass die Geburtenrate sich nur mit einer Verzögerung von zwei Perioden (also in den Perioden 5 bis 8) an die verringerte Säuglingssterblichkeit anpasst. Demzufolge beträgt die Geburtenrate zunächst 4,4 Kinder je Frau und fällt dann ab Periode 5 allmählich auf einen Wert von 2,1 Kindern je Frau. Alle Frauen bekom-

men ihre Kinder im Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Die (fernere) Lebenserwartung überlebender Kinder beträgt einheitlich 8 Perioden, was dazu führt, dass die tatsächliche Lebenserwartung bei Geburt unter den getroffenen Annahmen zunächst nur 36 Jahre beträgt und bis zum Ende des Simulationszeitraums auf einen Wert von knapp 80 Jahren ansteigt.

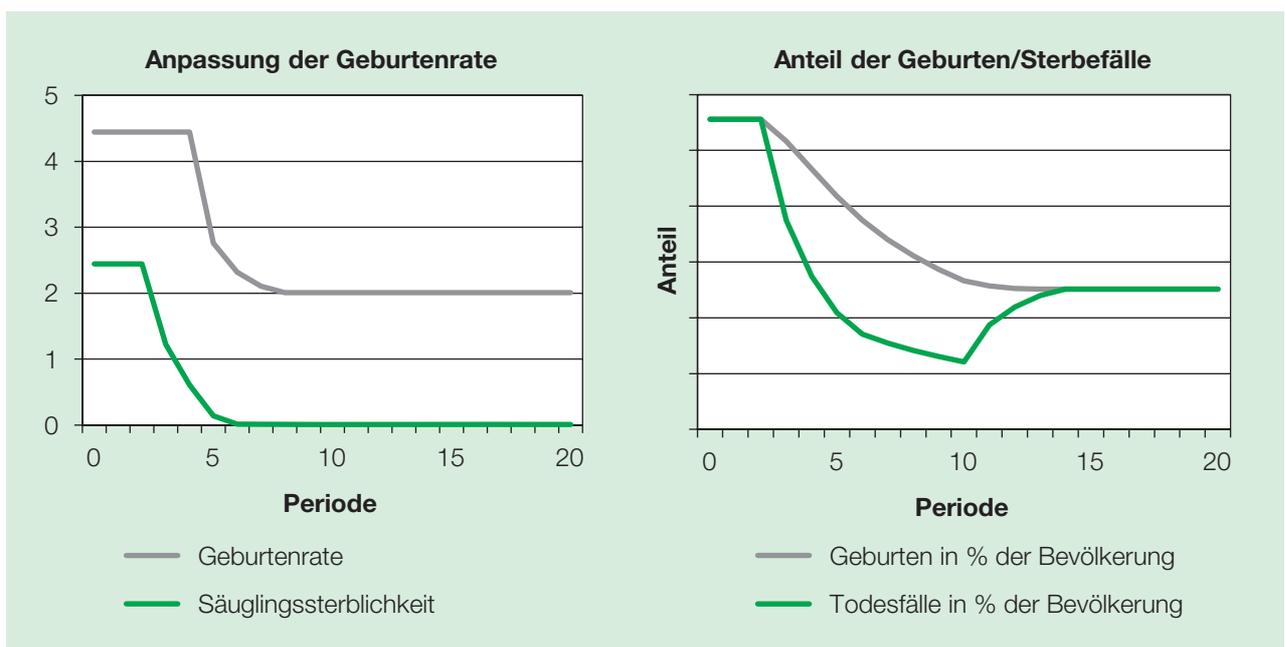
Die sich hieraus ergebende Bevölkerungsdynamik ist in den Abbildungen 1 und 2 dargestellt. Obwohl die Anpassung der Geburtenrate an die veränderte Säuglingssterblichkeit innerhalb von vier Perioden erfolgt (vgl. Abb. 1, links), übersteigt die Zahl der Geburten die Zahl der Sterbefälle von Periode 3 bis Periode 14 (vgl. Abb. 1, rechts). Grund hierfür ist zum einen, dass mit höherer Anzahl (überlebender) Kinder die nachfolgenden Elterngenerationen stärker besetzt sind, zum anderen aber auch, dass es insgesamt acht Perioden dauert, bis die zusätzlich geborenen Kinder schließlich sterben. Insgesamt dauert es somit 11 Perioden (oder 110 Jahre), bis sich ein Gleichgewicht einpendelt, dass wieder durch eine konstante Bevölkerung gekennzeichnet ist (vgl. Abb. 2, links). Diese ist allerdings (unter den hier getroffenen Modellannahmen) um das 2,2-fache höher als in der Ausgangssituation.

Aus ökonomischer Sicht von Bedeutung ist freilich nicht so sehr die Gesamtzahl der Bevölkerung, sondern vor allem die Größe der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (hier: Personen zwischen 20 und 60 Jahren). Deren Entwicklung ergibt sich allein aus der Zahl der (überlebenden) Neugeborenen und ist geprägt durch einen star-

ken Anstieg (konkreter: eine Verdoppelung) in Periode 5 bis 11 (vgl. Abb. 2, links). Ab Periode 12 treten diese Kohorten sukzessive ins Rentenalter ein, sodass bei konstanter Geburtenzahl (und damit konstanter Zahl neu ins Erwerbsleben eintretender Kohorten) auch die Größe der erwerbsfähigen Bevölkerung unverändert bleibt, obwohl die Bevölkerung insgesamt noch eine Zeitlang weiter ansteigt. Dementsprechend kommt es im Zeitablauf auch zu erheblichen Verschiebungen in der altersstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung (vgl. Abb. 2, rechts). Auf lange Sicht pendeln sich die Anteile der einzelnen Altersgruppen hingegen unter den getroffenen Annahmen wieder auf ihren ursprünglichen Werten ein.⁴

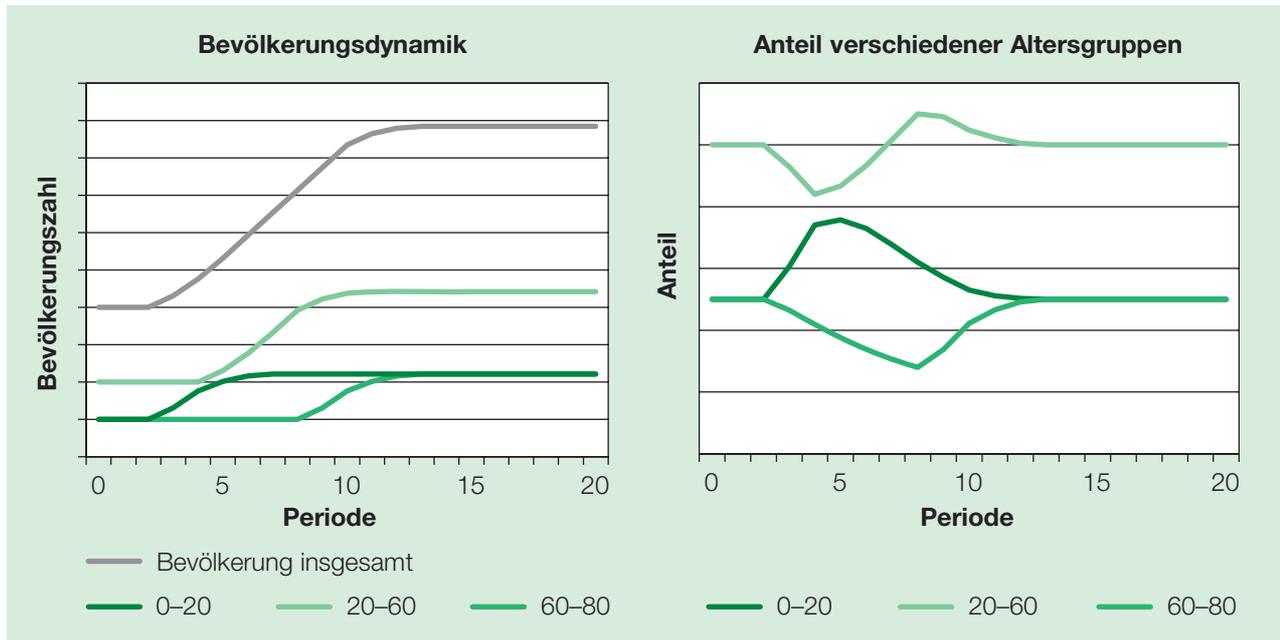
Mit der zunehmenden Anzahl von Personen im erwerbsfähigen Alter eröffnet sich nun eine Chance auf steigendes Wirtschaftswachstum, denn damit erhöht sich die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte. Dieser „demographische Bonus“ kann aber nur dann auch in eine „demographische Dividende“⁵ umgemünzt werden, wenn es gelingt, einen Rückgang der Produktivität zu vermeiden und alle Erwerbsfähigen tatsächlich auch zu beschäftigen.⁶ Erforderlich sind dementsprechend Investitionen in den Sachkapitalstock (zur Ausstattung zusätzlicher Arbeitsplätze mit Kapital) und verstärkte Bildungsausgaben (zur Generierung eines entsprechenden Anstiegs des Bestands an Humankapital). Unter der vereinfachten Annahme konstanter Produktivität würde das Bruttoinlandsprodukt (BIP) somit im Einklang mit der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zunehmen

Abbildung 1: Anpassung der Geburtenrate und Anteil der Geburten/Sterbefälle im Modell des demographischen Übergangs



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 2: Bevölkerungsdynamik und Anteil der verschiedenen Altersgruppen im Modell des demographischen Übergangs

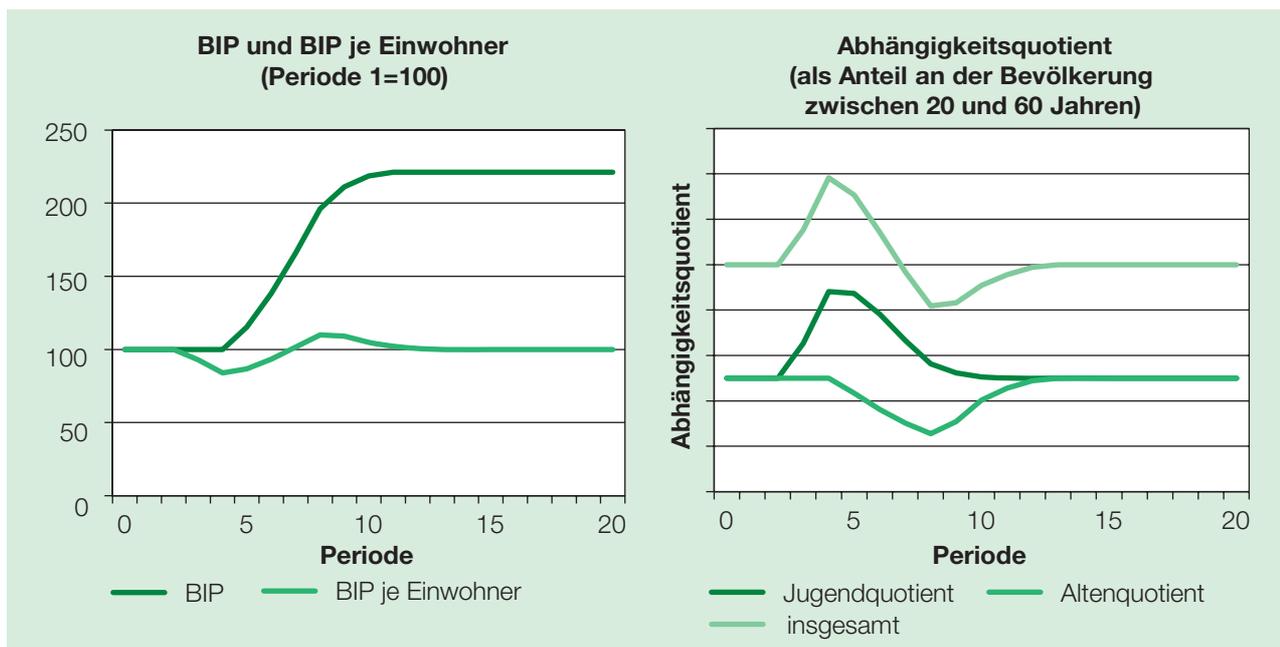


Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

(vgl. Abb. 3, links). Das BIP pro Kopf, als zusammenfassender Wohlstandsindikator, würde hingegen anfangs sinken (weil mit steigender Geburtenrate zunächst die Bevölkerung stärker zunimmt als die erwerbsfähige Bevölkerung), danach freilich deutlich ansteigen und das Ausgangsniveau sogar übertreffen. Langfristig geht das

BIP je Einwohner jedoch in dieser Betrachtung wieder auf den Ausgangswert zurück.⁷ Dies ließe sich nur vermeiden, wenn das zusätzlich generierte BIP nicht primär für Konsumzwecke verausgabt wird, sondern in längerfristig wirkende produktivitätssteigernde Maßnahmen investiert würde.

Abbildung 3: BIP bzw. BIP je Einwohner und Abhängigkeitsquotient (als Anteil an der Bevölkerung zwischen 20 und 60 Jahren) im Modell des demographischen Übergangs



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Das beschriebene Modell erlaubt es, neben dem Effekt auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auch die Entwicklung sogenannter „Abhängigkeitsquotienten“ (Jugendquotient: Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren in Relation zu den Erwerbsfähigen; Altenquotient: Personen im Rentenalter in Relation zu den Erwerbsfähigen) abzuleiten. Diese geben an, für wie viele wirtschaftlich abhängige Personen die Personen im erwerbsfähigen Alter aufzukommen haben. Wie Abbildung 3 zeigt, steigt der gesamte Abhängigkeitsquotient (als Summe aus Jugend- und Altenquotient) zunächst an, wenn die Zahl der Geburten die Zahl der Sterbefälle übersteigt. Sobald die neu geborenen Kinder ins Erwerbsleben eintreten, fällt der Abhängigenquotient jedoch unter das Ausgangsniveau und steigt erst dann wieder an, wenn diese das Rentenalter erreichen. Langfristig erreichen alle Werte im Modell erneut ihr ursprüngliches Niveau; temporär ist jedoch mit zusätzlichen Belastungen für die Erwerbsfähigen zu rechnen, wenn diese für eine höhere Zahl an Nicht-Erwerbspersonen aufkommen müssen.

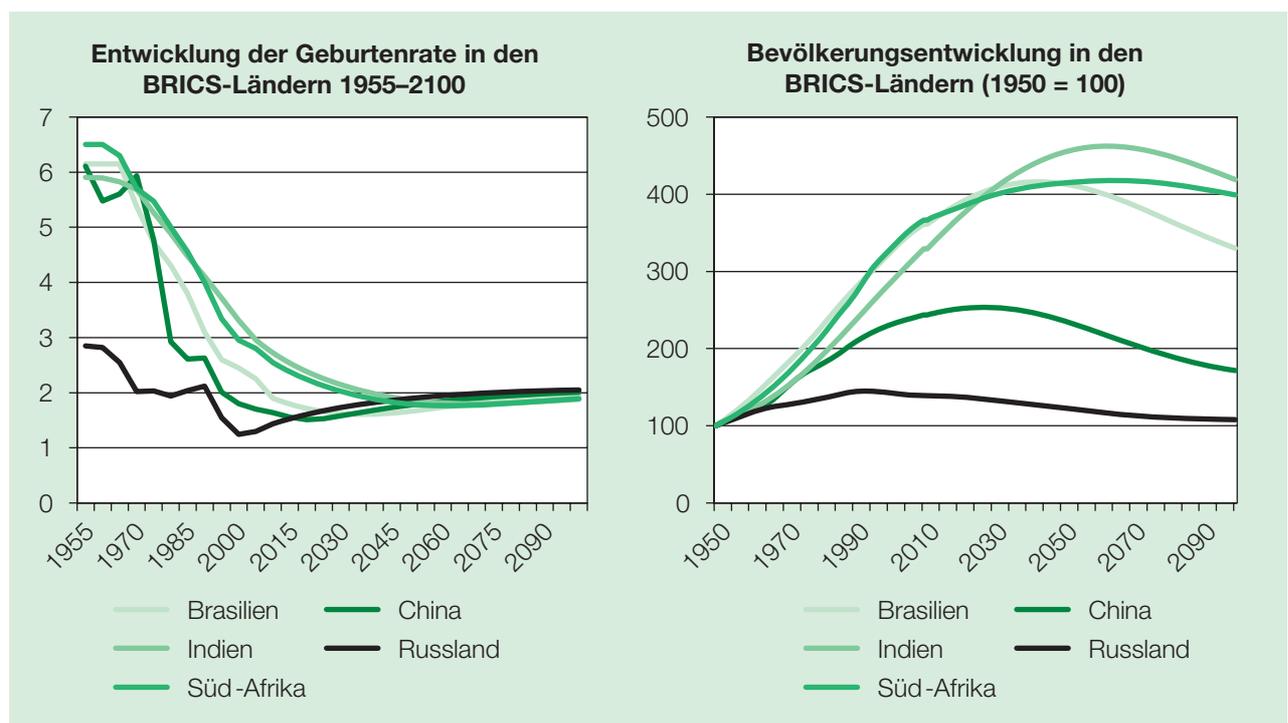
Demographische Entwicklung in den BRICS-Ländern

Auch wenn das beschriebene Modell auf den ersten Blick einfach erscheint, beschreibt es die langfristige Bevölkerungsentwicklung in den meisten Weltregionen doch recht zuverlässig. So sind die Geburtenraten in al-

len großen Weltregionen in den vergangenen 60 Jahren bereits deutlich zurückgegangen; das Bevölkerungswachstum ist zwar noch positiv, jedoch überall in der Tendenz bereits rückläufig. Die aktuelle Bevölkerungsprognose der VEREINTEN NATIONEN⁸ geht davon aus, dass die Geburtenraten in den kommenden Jahrzehnten weiter fallen und sich allmählich dem Bestandserhaltungsniveau annähern.⁹ Dementsprechend ist auch mit einer abnehmenden Zuwachsrate der Gesamtbevölkerung in den einzelnen Ländergruppen zu rechnen.

In den BRICS-Ländern (mit Ausnahme Russlands¹⁰) wird die Bevölkerung den Bevölkerungsvorausberechnungen der VEREINTEN NATIONEN zufolge in den kommenden Jahrzehnten zunächst weiter wachsen. Da die Geburtenraten in diesen Ländern jedoch entweder bereits unter das Bestandserhaltungsniveau gesunken sind (Brasilien, China¹¹) oder sich gegenwärtig stark diesem Niveau annähern (Indien, Südafrika), erreichen all diese Länder in absehbarer Zeit ein Maximum der Bevölkerungszahl (China: 2026; Brasilien: 2042; Indien: 2062; Südafrika: 2063). In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts ist dann mit einer mehr oder minder deutlichen Verringerung der Bevölkerung in diesen Ländern zu rechnen (vgl. Abb. 4). Trotz bestehender Unsicherheiten derart langfristiger Prognosen besteht somit das ernstzunehmende Risiko, dass auch die BRICS-Länder in eine Phase beschleunigter Alterung und Schrumpfung eintreten werden.

Abbildung 4: Entwicklung von Geburtenrate und Gesamtbevölkerung in den BRICS-Ländern

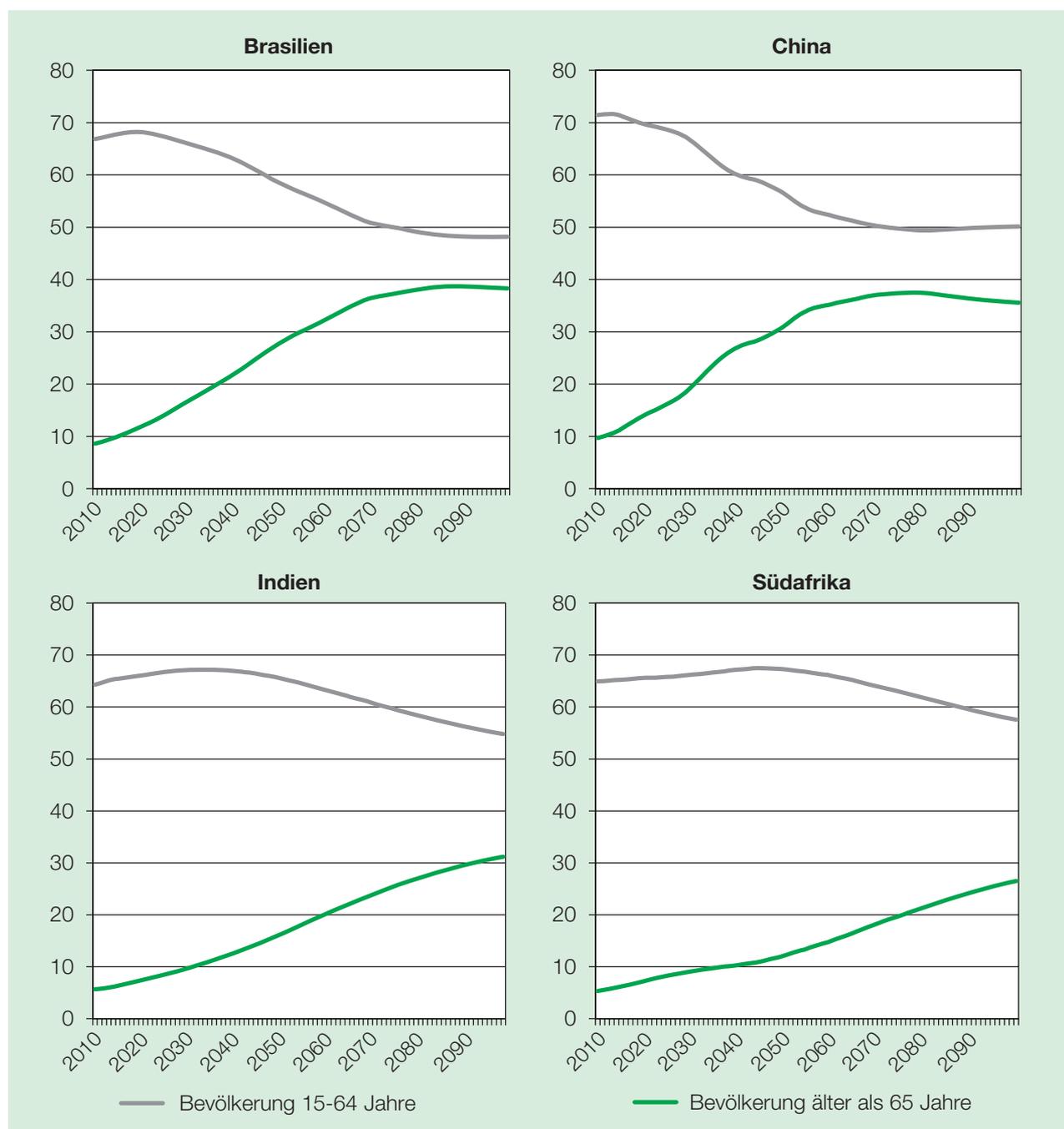


Quelle: UN Department of Economic and Social Affairs.

Da auch in den BRICS-Ländern die Entwicklung der Fertilität die treibende Kraft der Bevölkerungsentwicklung ist, werden sich die Altersstrukturen in den nächsten Jahrzehnten in starkem Maße hin zu den älteren Kohorten verschieben. Die absolute Zahl (und der Anteil) der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hingegen nehmen überall deutlich ab (vgl. Abb. 5). Dabei erreicht die erwerbsfähige Bevölkerung ihr Maximum etwa zehn Jahre früher als die

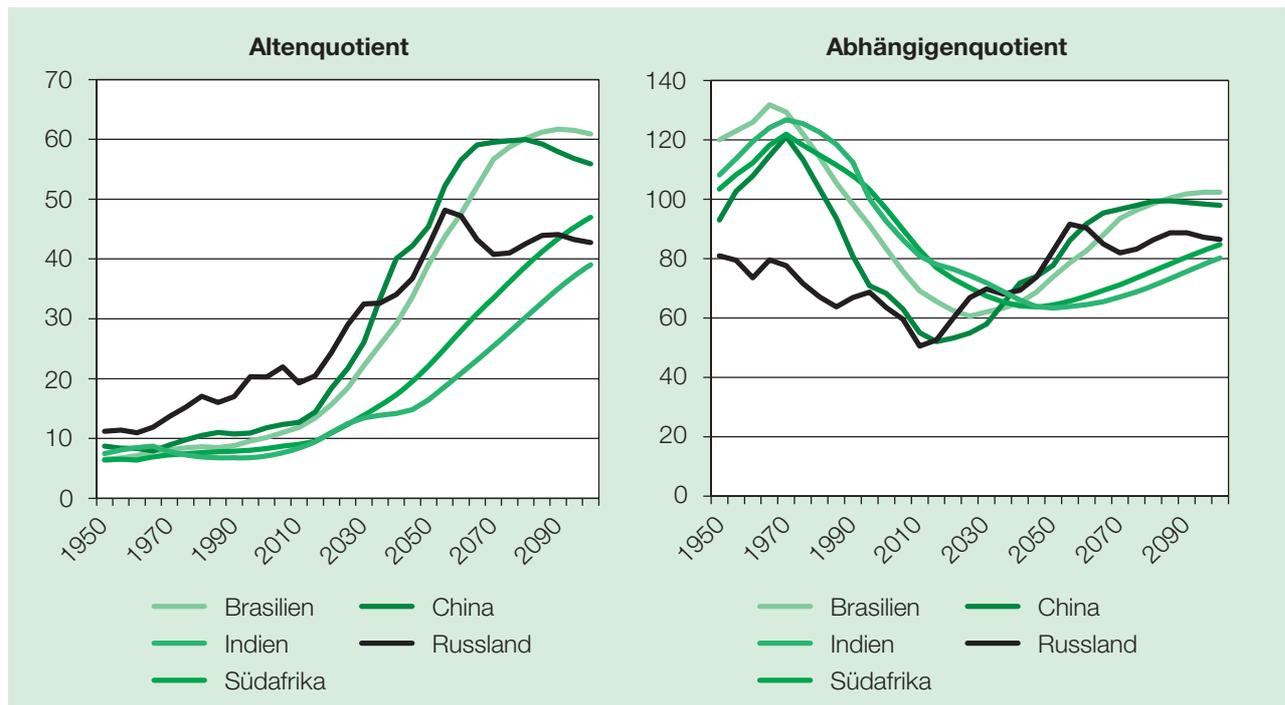
Bevölkerungszahl insgesamt. Insoweit ist damit zu rechnen, dass in den betrachteten Schwellenländern auch die Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums, das derzeit wegen der hohen (und noch steigenden) Anzahl jüngerer Erwerbsfähiger außergewöhnlich hoch ist, in den kommenden Jahrzehnten deutlich nachlassen wird. Dies geht einher mit einer deutlichen Verschlechterung des Abhängigkeitsquotienten, getrieben insbesondere durch

Abbildung 5: Veränderung der Altersstrukturen in ausgewählten BRICS-Ländern (Anteile an der Bevölkerung insgesamt in %)



Quellen: UN Department of Economic and Social Affairs, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 6: Altenquotient und Abhängigenquotient in den BRICS-Ländern



Quellen: UN Department of Economic and Social Affairs, Berechnungen des ifo Instituts.

die Zunahme des Anteils der älteren Personen (vgl. Abb. 6). Vorreiter hierbei sind Brasilien und China, die schon kurzfristig einen starken Anstieg des Altenquotienten hinzunehmen haben; beide Länder werden im Jahr 2050 voraussichtlich eine ähnliche Altersstruktur der Bevölkerung aufweisen wie die vom demographischen Wandel besonders betroffenen Länder Deutschland und Japan heute. In Indien und Südafrika hingegen wird der Altenquotient erst nach 2030 steigen, sodass der gesamte Abhängigkeitsquotient sein Minimum erst in der Mitte des Jahrhunderts erreichen wird.

Schlussfolgerungen

Viele Schwellenländer (und hier insbesondere die sogenannten BRICS-Staaten) stehen langfristig vor ähnlichen demographischen Problemen wie die europäischen Länder heute. Wegen des bereits eingeleiteten Rückgangs der Geburtenraten wird die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten auch hier langsamer wachsen und ab etwa der Mitte des Jahrhunderts sogar zurückgehen. Noch dramatischer ist der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, was die künftigen Aussichten für das Wirtschaftswachstum dieser Länder negativ beeinflusst und zu erheblichen sozialpolitischen Anspannungen führen kann.

Zwischenzeitlich eröffnet die demographische Entwicklung jedoch ein „window of opportunities“. ¹² Aktuell liegt der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung in allen

BRICS-Ländern noch in einer Größenordnung von 70 % und er wird – von Russland und China einmal abgesehen – in den nächsten Jahren auch noch leicht steigen. In den westeuropäischen Ländern hingegen ist der Anteil der erwerbsaktiven Bevölkerungsgruppe bereits heute rund zehn Prozentpunkte niedriger. Wenn es gelingt, das aktuell noch große und vergleichsweise junge Erwerbspersonenpotenzial auch zu beschäftigen und Produktivitätssteigerungen zu verwirklichen, besteht für einige Zeit somit noch die Chance auf eine günstige wirtschaftliche Entwicklung. Erforderlich hierfür sind insbesondere Investitionen in Sach- und Humankapital. Die Politik in diesen Ländern muss daher dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen hierfür richtig gesetzt werden und darf nicht dem Fehler verfallen, die zusätzlichen Einkommensmöglichkeiten allein für die Ausweitung des Gegenwartskonsums zu nutzen. Durch entsprechende Investitionen kann es zudem auch gelingen, jene Produktivitätsfortschritte in Gang zu setzen, die erforderlich sind, um das längerfristig schrumpfende Erwerbspersonenpotenzial zu kompensieren und damit ein hohes Wohlstandsniveau auch dauerhaft zu sichern.

Literatur

CALDWELL, J. C.; CALDWELL, B. K., CALDWELL, P.; McDONALD, P. F. und T. SCHINDLMAYR (2006): Demographic Transition Theory, Dordrecht.

SIPPEL, L.; KIZIAK, T.; WOELLERT, F. und R. KLINGHOLZ (2011): Afrikas demografische Herausforderung, Studie des Berlin Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin, S. 55.

UNITED NATIONS DEPARTMENT OF ECONOMIC AND SOCIAL AFFAIRS, POPULATION DIVISION (Hrsg.) (2011): World Population Prospects, The 2010 Revision Volume II: Demographic Profiles, New York.

¹ Vgl. UNITED NATIONS DEPARTMENT OF ECONOMIC AND SOCIAL AFFAIRS, Population Division (2011).

² Jahresdurchschnittliches Bevölkerungswachstum 1950–2010 in Brasilien 2,2 %, in Russland 0,6 %, in Indien 2,0 %, in China 1,5 % und in Südafrika 2,2 %.

³ Vgl. z. B. CALDWELL et al. (2006).

⁴ Sinkt die Geburtenrate in der Posttransfornationsrate unter das Bestandserhaltungsniveau, würde die Bevölkerung langfristig zurückgehen; damit verbunden ist ein zunehmender Anteil älterer Kohorten an der Gesamtbevölkerung.

⁵ Vgl. zu dieser Unterscheidung SIPPEL et al. (2011), S. 55.

⁶ Historische Erfahrung in Ländern mit ähnlicher Bevölkerungsentwicklung zeigt, dass dies in einigen Fällen (z. B. Südkorea) gut gelungen ist, während andere Länder (z. B. Marokko) den demographischen Bonus nicht ausnutzen konnten. Weitere Beispiele finden sich in der erwähnten Studie des BERLIN INSTITUTS FÜR BEVÖLKERUNG UND ENTWICKLUNG [vgl. SIPPEL et al. (2011)].

⁷ Im Falle einer Geburtenrate unterhalb des Ersatzniveaus würden die Zahl der Erwerbsfähigen und damit das Bruttoinlandsprodukt insgesamt sogar sinken. Im BIP je Einwohner schlägt sich das jedoch nur in abgeschwächter Form nieder, weil auch die Bevölkerungszahl zurückgeht.

⁸ Vgl. UNITED NATIONS DEPARTMENT OF ECONOMIC AND SOCIAL AFFAIRS, POPULATION DIVISION (2011). Angegeben sind jeweils die Werte der mittleren Variante.

⁹ In Ländern, die heute bereits eine Geburtenrate unterhalb der Bevölkersersatzrate aufweisen, wird ein allmählicher Anstieg auf dieses Niveau unterstellt.

¹⁰ In Russland wirkt der Rückgang der Geburtenraten nach der Transformation des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems Anfang der 1990er Jahre nach. Zudem weist das Land derzeit eine sinkende Lebenserwartung (insbesondere von Männern) auf.

¹¹ Hier schlägt sich auch die Ein-Kind-Politik nieder, die in den vergangenen Jahren zu einem deutlichen Rückgang der Geburtenraten geführt hat.

¹² Das aktuell hohe Wirtschaftswachstum in den BRICS-Ländern ist insoweit (auch) auf die Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen.

Sachsen und seine internationalen Gäste – Wo kommen sie her?

Carolin Rauch*

Einleitung

Der Freistaat Sachsen ist bei ausländischen Touristen beliebt. Dies zeichnet sich beispielsweise dadurch aus, dass Sachsen unter den neuen Flächenbundesländern den höchsten Anteil ausländischer Gäste hat [STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (2012)]. Darüber hinaus wurde die Stadt Dresden kürzlich als eines der „Best of the World“-Reiseziele empfohlen [NATIONAL GEOGRAPHIC (2012)]. Um die Attraktivität Sachsens für ausländische Gäste weiter zu stärken, hat das SÄCHSISCHE STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND VERKEHR im Oktober 2011 strategische Handlungsfelder für den Tourismus in Sachsen erarbeitet, die in der von der Staatsregierung beschlossenen „Tourismusstrategie Sachsen 2020“ verankert wurden. Dabei wurden fünf Handlungsfelder (Wettbewerbsfähigkeit der Tourismuswirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit der Destinationen und Aufgabenteilung, Stärkung der Leistungsfähigkeit der touristischen Infrastruktur in den Destinationen, Tourismusmarketing, Tourismusförderung) definiert, mit denen u. a. eine Steigerung der Übernachtungszahlen erreicht werden soll. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Tourismusmarketing zu, mit dem Sachsen auf dem nationalen und internationalen Tourismusmarkt besser positioniert werden könnte. 2015/2016 soll eine Evaluierung dieser Maßnahmen erfolgen und gegebenenfalls Anpassungen der Strategie vorgenommen werden.

Folglich hat die Auswahl der international zu bewerbenden Länder eine herausragende Bedeutung für die Zielerreichung der Tourismusstrategie. Die „Tourismusstrategie Sachsen 2020“ sieht vor allem die USA, die Niederlande, Österreich, die Schweiz, Großbritannien und Italien als die internationalen Hauptmärkte für die sächsische Tourismuswirtschaft an und fügt zudem die Potenzialmärkte Polen und Tschechien hinzu [STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND VERKEHR (2011)]. Entsprechend werden die zur Verfügung stehenden Ressourcen besonders intensiv auf die weitere Erschließung dieser Märkte konzentriert. Hierzu sollen u. a. die beiden Flughäfen in Dresden und Leipzig besser an andere europäische Großstädte angebunden und das Auslandsmarketing entsprechend der Präferenzen der jeweiligen Quellmärkte ausgerichtet werden. Allerdings besteht bei der Bestimmung dieser eine besondere Konzentration auf Länder mit hohen absoluten Ankunftsanzahlen. Jedoch ist diese Vorgehensweise möglicherweise nicht immer ziel-

führend: Beispielsweise haben die USA eine deutlich höhere Einwohnerzahl als die meisten anderen Quellmärkte, weshalb deren Präferenz für Besuche in Sachsen (aufgrund der vielen Ankünfte pro Jahr) überschätzt wird.

Um die Frage nach der optimalen Gestaltung der Tourismusstrategie zu beantworten, wird im Folgenden ein Überblick über den Tourismus in Sachsen gegeben. Anschließend werden alternative Ansätze zur Bestimmung von Haupt- und Potenzialquellmärkten vorgeschlagen, um die Bedeutung einzelner Länder herauszuarbeiten und eventuell Trends und Chancen zu erkennen. Diese werden danach der aktuellen Strategie gegenübergestellt. Der Artikel schließt mit einer Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse sowie einem Fazit.

Internationaler Tourismus in Sachsen im Überblick

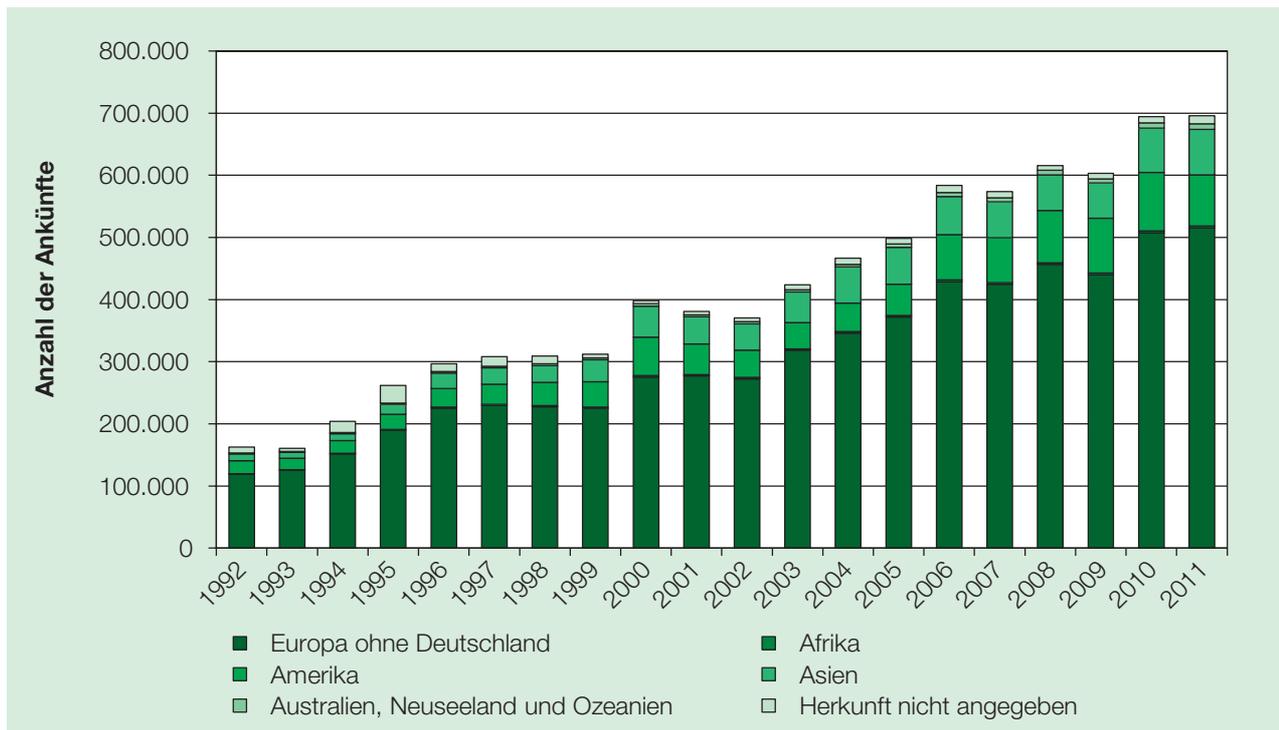
Die Anzahl der Ankünfte von Touristen¹ in Sachsen ist – abgesehen vom Jahr 2002² – seit 1992 kontinuierlich gestiegen. Im letzten Berichtsjahr (2011) wurde somit die höchste Anzahl an Ankünften verzeichnet (6,6 Mill. Ankünfte). Dies stellt eine Verdreifachung gegenüber dem Jahr 1992 dar. Allerdings betrug der Anstieg der Ankünfte von Gästen in Sachsen von 2010 auf 2011 nur noch etwa 5 %, während Mitte der 1990er Jahre noch Zuwachsraten von teils über 20 % p. a. zu beobachten waren. Das abgeschwächte Wachstum der Touristenzahlen in den vergangenen Jahren ist wohl ein Grund für die Neuausrichtung der Tourismuspolitik des Freistaats, wie sie in der Tourismusstrategie zum Ausdruck kommt.

Die deutschen Touristen machen nach wie vor den größten Anteil an allen Touristen in Sachsen aus (2011: 89 %). Allerdings ist die Anzahl der ausländischen Gäste im Zeitverlauf gestiegen, wobei es insbesondere 2010 einen sehr hohen Zuwachs an internationalen Ankünften gab (Anstieg gegenüber 2009 um 15 %). 2011 ist die absolute Zahl der ausländischen Besucher im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben (2011: 695.727 Ankünfte). Abbildung 1 zeigt die Zusammensetzung der ausländischen Gäste in Sachsen.

Die größte Gruppe kommt aus dem europäischen Ausland (2011: 74 %), gefolgt von Gästen aus Amerika und Asien, wobei erstere von 1992 bis 2011 einen gleichbleiben-

* Carolin Rauch ist Doktorandin der Dresdner Niederlassung des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Anzahl der Ankünfte in Sachsen von 1992 bis 2011 nach Kontinenten



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2012), Darstellung des ifo Instituts.

den Anteil von durchschnittlich 12 % verzeichneten, während der Anteil der asiatischen Touristen an den internationalen Ankünften seit 1999 deutlich gestiegen ist (Anteil 1992: 7 %, 2011: 11 %). Im Hinblick auf einzelne Staaten (vgl. Abb. 2) bilden allerdings US-Amerikaner den größten Anteil an allen ausländischen Touristen in Sachsen (2011: 9 %).

Auf den nachfolgenden Rängen finden sich Besucher aus den Niederlanden, der Schweiz, Österreich, Großbritannien, Polen, Italien, Japan und Frankreich. Die Anteile dieser Länder an den ausländischen Ankünften sind im Verlauf der Zeit relativ stabil geblieben.

Entsprechend dieser Daten bilden mit Abstand Gäste aus den USA, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz die größten Besuchergruppen. Nun ist es jedoch das Ziel des Tourismusmarketing in Sachsen, die Übernachtungszahlen zu erhöhen und Sachsen als attraktives Reiseziel zu profilieren. Allerdings müssen hohe absolute Ankünfte nicht unbedingt ein Indikator dafür sein, dass in den jeweiligen Ländern tatsächlich eine Präferenz für Sachsen vorliegt. Absolut gesehen kommen viele US-Amerikaner nach Sachsen, aber im Verhältnis zu deren großer Bevölkerungszahl relativiert sich dieser Wert (Methode I). Außerdem ist zwar ein eher geringer Anteil der Ankünfte aus osteuropäischen Staaten, aber es liegt nahe, dass diese Länder aufgrund des geringeren durchschnittlichen Einkommens auch weniger Auslandsreisen zu verzeichnen haben (Methode II). Darüber hinaus müsste die höhere Anzahl an japanischen Gästen

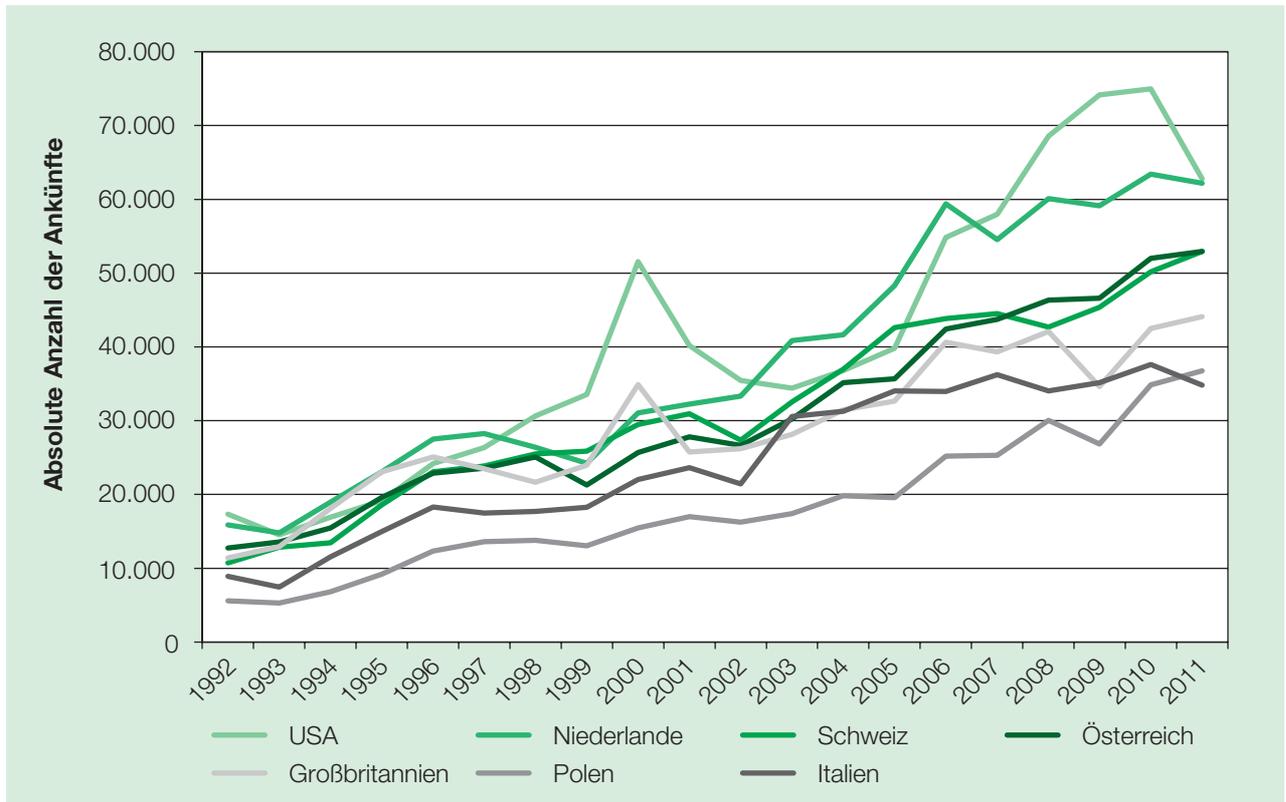
besonders berücksichtigt werden, da diese eine viel größere Entfernung zurücklegen als andere Besucher (Methode III). Im Folgenden werden diese drei Methoden einzeln berücksichtigt und entsprechend jeweils die touristischen Quellmärkte bestimmt.

Methode I: Verhältnis zur Bevölkerung

Eine Gewichtung der Anzahl der Ankünfte mit der jeweiligen Bevölkerungszahl der einzelnen Länder von 1992 bis 2011 wird vorgenommen, um die Verzerrung durch bevölkerungsreiche Länder aufzuheben, wie es beispielsweise bei den USA zu vermuten ist. Wie zu erwarten war, verschiebt sich nun die Rangfolge der Länder, welche eine besondere Präferenz für Sachsen als Reiseziel besitzen (vgl. Abb. 3).

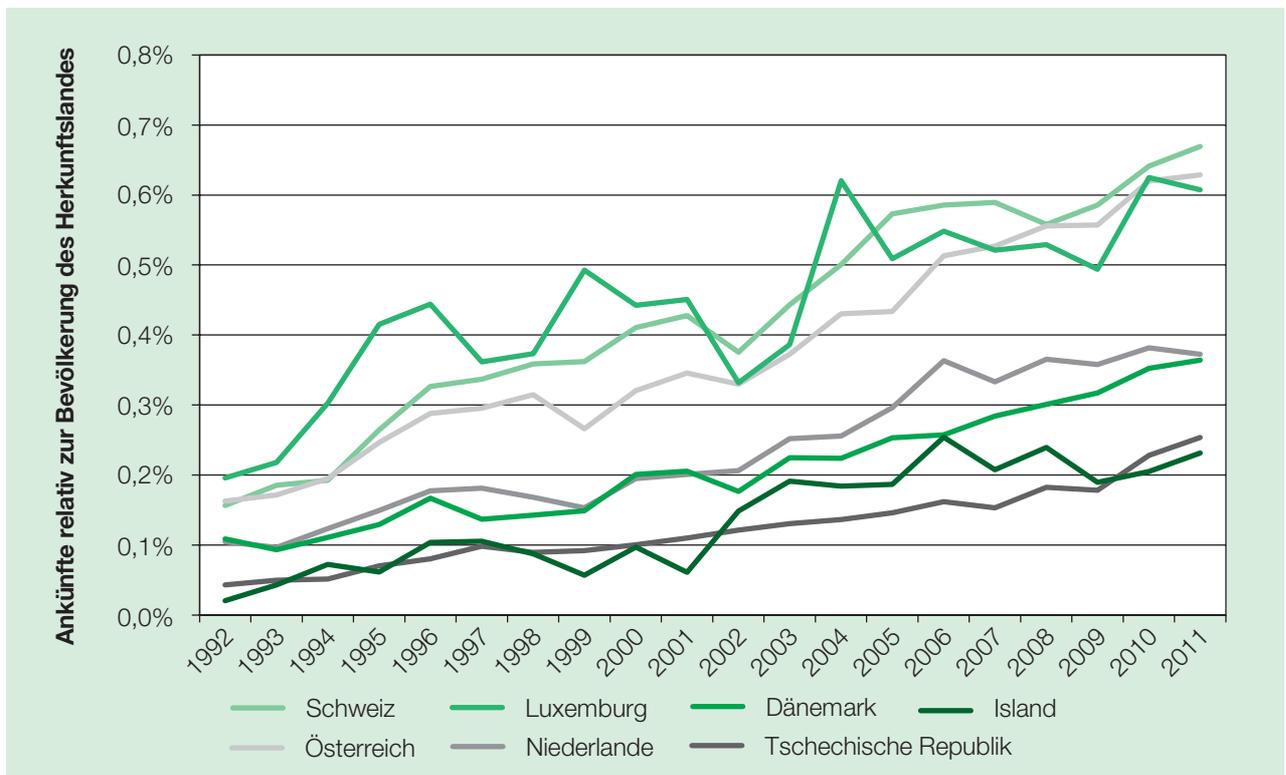
Der höchste Anteil an Ankünften im Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerung ist bei den Schweizern zu beobachten, wobei dieser seit 1992 kontinuierlich zugenommen hat. Ebenfalls scheint ein relativ hoher Anteil an Luxemburgern und Österreichern nach Sachsen zu kommen. Auch die Anteile der Dänen und Niederländer können als verhältnismäßig hoch eingeschätzt werden. Zudem hat seit 2009 der Anteil der Tschechen deutlich zugenommen. Ein eher geringer Anteil der Bevölkerung von osteuropäischen Staaten scheint Sachsen als Urlaubsdestination zu wählen (insb. Polen und Ungarn). Sehr geringe Werte verzeichnen außerdem Großbritannien, Irland, Frankreich, Ita-

Abbildung 2: Zahl der ausländischen Ankünfte seit 1992 für die sieben häufigsten Besuchergruppen



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2012), Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 3: Verlauf der Anteile der ausländischen Ankünfte zur jeweiligen Bevölkerung (in %) seit 1995 für die sieben relativ häufigsten Besuchergruppen



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2012), The Worldbank Group (2012), Darstellung des ifo Instituts.

lien und Spanien, welche nur noch von sehr entfernten Ländern wie Japan, Kanada, Russland und den USA unterboten werden. Die Gewichtung der Auslandsreisen mit der reinen Bevölkerungszahl kann jedoch dazu führen, dass die Attraktivität Sachsens für Besucher aus Ländern mit einer hohen Präferenz für inländische Urlaubsreisen nach diesem Vorgehen eher „unterschätzt“ wird. Sinnvoll erscheint daher auch eine Gewichtung nach der Zahl der Auslandsreisen in den jeweiligen Ländern.

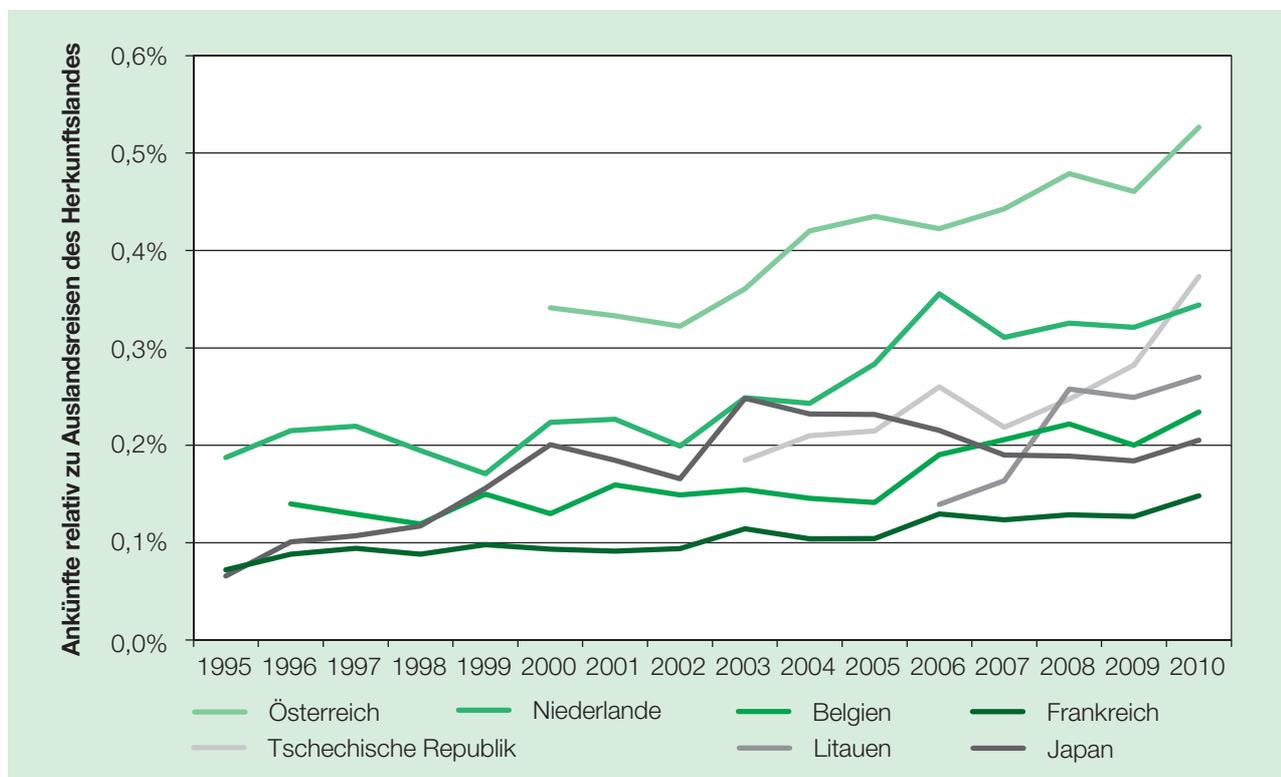
Methode II: Verhältnis zu Auslandsreisen

Im Folgenden wird der Anteil der Besucher anhand der internationalen Auslandsreisen des jeweiligen Landes betrachtet, was zu genaueren Ergebnissen bezüglich der tatsächlichen Präferenzen der ausländischen Gäste zur Folge haben könnte: Wenn von den jährlichen Auslandsreisen relativ viele nach Sachsen führen, scheint in den jeweiligen Ländern ein besonderes Interesse für einen Besuch im Freistaat Sachsen vorzuliegen, welches durch entsprechendes Tourismusmarketing weiter gesteigert werden könnte. Als Näherungswert wird die Anzahl der Ankünfte in einem Land ins Verhältnis zu der jährlichen Anzahl an Auslandsreisen in diesem Land gesetzt. Somit wird auch der „Bevölkerungseffekt“ aus Methode I (mit

steigender Bevölkerung gibt es auch mehr absolute Auslandsreisen) berücksichtigt. Darüber hinaus bezieht diese Vorgehensweise die „Unterschätzung“ von Ländern mit niedrigerem Einkommen ein, da in jenen die Anzahl der Auslandsreisen geringer ist. Leider sind für diese Methode nicht alle Datenpunkte für jedes Land und jedes Jahr vorhanden, jedoch liegen für die wichtigsten Herkunftsländer Informationen bis 2010 vor.

Tatsächlich ergibt sich bei dieser Betrachtung ein anderes Bild: In Bezug auf die Auslandsreisen wurden 2010 die meisten Ankünfte aus Österreich verzeichnet. Ebenfalls wählten Gäste aus der Tschechischen Republik, den Niederlanden, Litauen und Belgien im Vergleich zu anderen Ländern vermehrt Sachsen als Zielland. Außerdem ist der Anteil der Franzosen, Norweger und Italiener, welche in den Freistaat kommen, von den jeweiligen international Reisenden verhältnismäßig etwas überdurchschnittlich. Bei Betrachtung von Regionen außerhalb Europas zieht es einen relativ höheren Anteil der international reisenden Japaner nach Sachsen. Tendenziell aber scheinen sehr weit entfernte Länder (Indien, China, Südkorea, Südafrika, Kanada) eine eher geringe Präferenz für Sachsen als Reiseziel zu besitzen. Demnach könnte ein weiterer Effekt die Entfernung Sachsens zu den jeweiligen Herkunftsländern darstellen.

Abbildung 4: Verlauf der Anteile der ausländischen Ankünfte zu den jeweiligen Auslandsreisen (in %) seit 1992 für die sieben relativ häufigsten Besuchergruppen



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2012), The Worldbank Group (2012), Darstellung des ifo Instituts.

Methode III: Verhältnis zur Entfernung

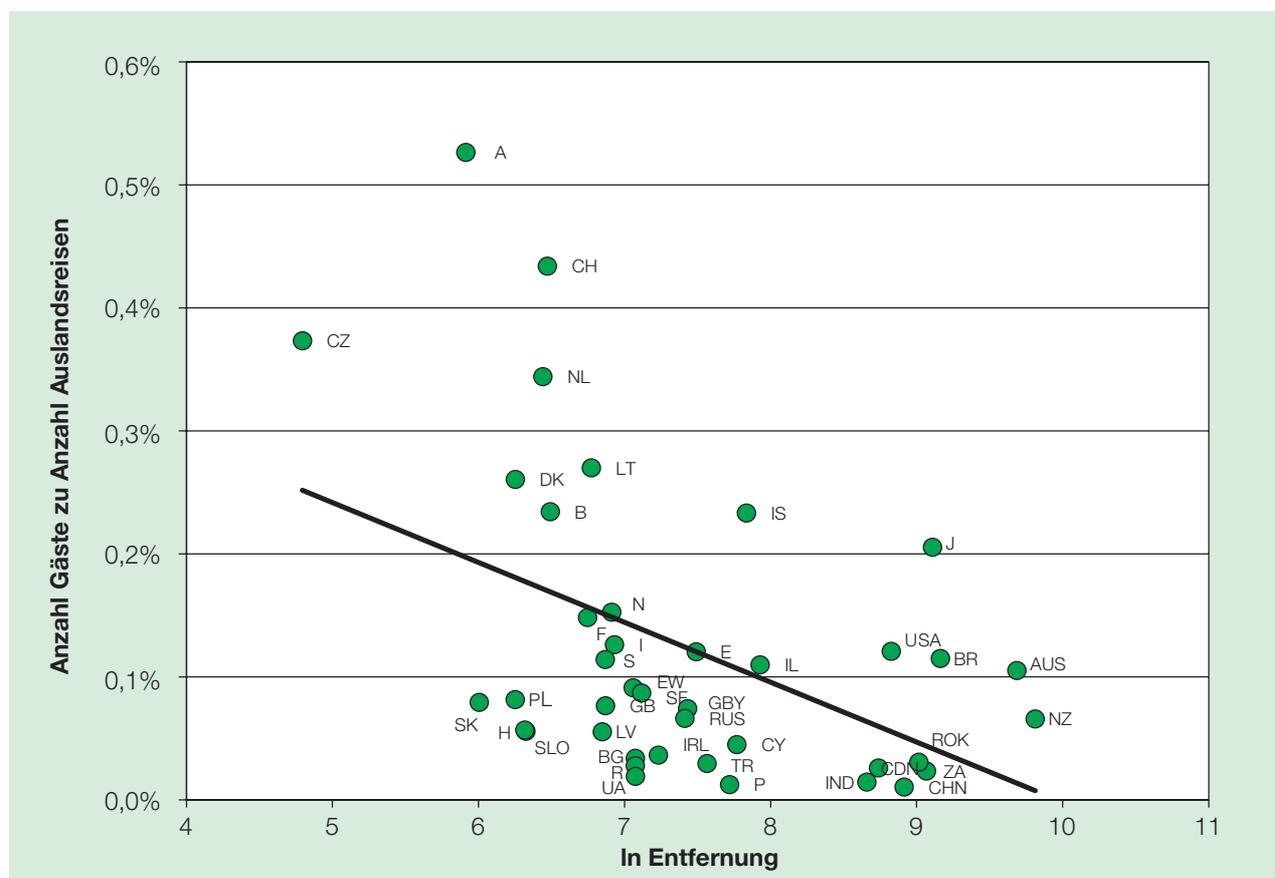
Je weiter Sachsen vom Herkunftsland der Touristen entfernt ist, desto höher sind die Anfahrtskosten und desto länger die Anfahrtszeit. Wenn ein Land nun weit von Sachsen entfernt liegt und trotzdem relativ gesehen viele der Auslandsreisenden nach Sachsen gehen, scheint Sachsen als Zielgebiet eine besondere Stellung einzunehmen. Somit wird hierbei die Methode II mit der Distanz zu Sachsen verbunden. Bei der graphischen Darstellung ergibt sich ein logarithmischer Zusammenhang, d.h. dass bei größerer Entfernung die Anzahl der Ankünfte relativ zu den Auslandsreisen sehr stark abfällt. Um dennoch eine differenzierte Betrachtung der eher nahe gelegenen Quellmärkte durchführen zu können, wurde deshalb der natürliche Logarithmus der Entfernung des Herkunftslandes zu Dresden berechnet, was den Zusammenhang übersichtlicher gestaltet (vgl. Abb. 5).

Der negative Zusammenhang gibt demnach wieder, dass eine größere Entfernung eines Landes zu Dresden zu einem geringeren Anteil Sachsens an den Auslandsreisen des jeweiligen Landes führt. Alle Länder oberhalb der ein-

gezeichneten Trendlinie stellen demzufolge Länder dar, die gemessen an der Entfernung mehr Auslandsreisen nach Sachsen unternehmen, als es im Durchschnitt der Fall ist.

Zunächst ist erkennbar, dass die Nähe zu Sachsen insbesondere von sehr vielen Tschechen für Besuche genutzt wird (anders als Polen, Slowaken und Ungarn). Ebenfalls herausragend ist Österreich, das selbst in Anbetracht der Nähe sehr viele Reisen nach Sachsen zu verzeichnen hat. Selbiges gilt für die Schweiz und die Niederlande. Eine weitere Sonderstellung nimmt Japan ein, das trotz seiner sehr großen Entfernung durch relativ viele Urlaubsreisen nach Sachsen auffällig ist. Demnach handelt es sich bei diesen Ländern um diejenigen, die Sachsen eine besondere Rolle in ihren Reisepräferenzen zuordnen. Daneben gibt es noch einige Länder, die ebenfalls leicht überdurchschnittliche Werte für die Anzahl der Gäste relativ zu den Auslandsreisen in Anbetracht ihrer Entfernung zu Sachsen aufweisen: Dänemark, Belgien und Litauen. Des Weiteren haben die USA, Brasilien und Australien in Bezug auf ihre Entfernung sehr große Werte für die relative Anzahl an Gästen in Sachsen.

Abbildung 5: Zusammenhang zwischen der Anzahl der Ankünfte relativ zu den jeweiligen Auslandsreisen und dem natürlichen Logarithmus der Entfernung zu Dresden



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2012), The Worldbank Group (2012), Lexis Information Network (2012), Darstellung des ifo Instituts.

Vergleich der Methoden

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über diejenigen Länder, die je nach verwendeter Methode die besten Werte in Bezug auf den Tourismus in Sachsen aufweisen.

Mittel darstellt. Die Betrachtung der Besucher relativ zu der jeweiligen Bevölkerung, zu den jeweiligen Auslandsreisen oder zur Entfernung der Länder könnte eine durchaus reizvolle Alternative sein, um tatsächliche Präferenzen von ausländischen Besuchern festzustellen: Es gibt Länder, die zwar absolut gesehen häufig in Sachsen

Tabelle 1: Vergleich der verschiedenen Methoden zur Bestimmung von Quellmärkten

	Anzahl der Ankünfte	Verhältnis zur Bevölkerung	Verhältnis zu Auslandsreisen	Verhältnis zur Entfernung
1.	USA	Schweiz	Österreich	Österreich
2.	Niederlande	Österreich	Tschechien	Schweiz
3.	Schweiz	Luxemburg	Niederlande	Niederlande
4.	Österreich	Niederlande	Litauen	Japan
5.	Großbritannien	Dänemark	Belgien	Island
6.	Polen	Tschechien	Japan	Tschechien
7.	Italien	Island	Frankreich	Litauen

Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2012), The Worldbank Group (2012), Lexis Information Network (2012), Berechnungen des ifo Instituts.

Es ist erkennbar, dass deutliche Unterschiede in der Reihenfolge der zu bevorzugenden Quellmärkte je nach verwendeter Methode bestehen. Demzufolge scheint die differenzierte Betrachtung der Quellmärkte je nach angestrebten Zielen als durchaus relevant: Länder mit vielen Ankünften, aber gleichzeitig hohen Bevölkerungszahlen sollten in der Tourismusstrategie nicht überbewertet und gleichzeitig Länder mit relativ geringen Auslandsreisen nicht unterbewertet werden. Außerdem sind Gäste, die trotz großer Entfernung relativ häufig nach Sachsen kommen, zu berücksichtigen, da bei jenen eine besondere Präferenz für Sachsen vorliegen könnte. Die gegenwärtige Fokussierung (auf die absoluten Ankünfte) scheint nur im Falle der Niederlande, Österreichs und der Schweiz gerechtfertigt, allerdings nicht in Bezug auf die USA, Großbritannien und Italien. Statt letzteren könnten vor allem die Tschechische Republik, Japan, Belgien und Dänemark als Hauptquellmärkte intensiver beworben werden, da sich in jenen Ländern Sachsen als Reiseziel vermutlich weiter profilieren kann.

Fazit

Schlussfolgernd ist es durchaus möglich, dass eine Fokussierung auf Grundlage absoluter Besucherzahlen – obwohl dies eine einfache Variante ist – nicht unbedingt den effizientesten Einsatz der zur Verfügung stehenden

vertreten sind (z. B. USA), aber relativ gesehen zu den Auslandsreisen eher wenig nach Sachsen kommen. Andererseits gibt es Länder, die zwar absolut sehr wenig nach Sachsen reisen, weil deren Bevölkerungszahl eher gering ist (z. B. Belgien), aber relativ gesehen anhand der Auslandsreisen sehr häufig vorzufinden sind. Um einen möglichst effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel zu gewährleisten, ist eine Orientierung an jenen Gästen, welche eine besonders hohe Präferenz für Sachsen besitzen, zur Bestimmung der Hauptquellmärkte zielführend. Als Potenziale könnten diejenigen Länder gesehen werden, die sowohl ein steigendes (oder bereits höheres) Einkommen als auch eine relativ hohe Bevölkerungszahl verzeichnen und wo bereits Indizien dafür vorliegen, dass eine Präferenz für Sachsen besteht (z. B. Brasilien). Darüber hinaus könnte sich auf Länder mit sehr hohem Einkommen konzentriert werden, die ebenfalls anhand der relativen Zahlen zu den Auslandsreisen eine leicht überdurchschnittliche Neigung zu Sachsen besitzen (z. B. Belgien, Dänemark, aber auch Norwegen, Frankreich, Spanien, Italien, Schweden).

Des Weiteren gibt es in der Tourismusbranche sehr viel Dynamik, was aufgrund einer einfachen Betrachtung der letzten 20 Jahren bereits deutlich wird: Anfang der 1990er Jahre gab es beispielsweise in ländlichen Regionen meist nur eine große Gruppe, die besonders stark vertreten war (z. B. aus Russland oder Polen) und in 2011 ergibt sich ein viel ausdifferenzierteres Bild nach Herkunftslän-

dem und einige, ehemals sehr dominante Gruppen sind kaum noch vertreten. Folglich könnten sich identifizierte Trends schnell ins Gegenteil verkehren. Demnach müssen Reevaluiierungen der festgelegten Strategien, wie sie derzeit für die Jahre 2015 bzw. 2016 geplant sind, eine hohe Priorität haben, um eine ineffiziente Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel zu vermeiden.

Literatur

LANDESTOURISMUSVERBAND SACHSEN (Hrsg.) (2012): Geschäftsbericht 2011, Dresden.

LEXAS INFORMATION NETWORK (Hrsg.) (2012): Lexas Länderservice, abgerufen auf <http://www.laenderservice.de>, am 04.11.2012.

NATIONAL GEOGRAPHIC (Hrsg.) (2012): Best of the World 2012, abgerufen auf travel.nationalgeographic.com/travel/best-trips-2012, am 15.11.2012.

STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND VERKEHR (Hrsg.) (2011): Tourismusstrategie Sachsen 2020 – Strategische Handlungsfelder, Dresden.

STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2012): Regionaldatenbank Deutschland, Düsseldorf.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2012): Monatserhebungen im Tourismus – Jahre 1992–2011, Zeitreihen aus 45412-090, abgerufen auf www.statistik.sachsen.de/genonline/online, am 22.10.2012.

THE WORLD BANK GROUP (Hrsg.) (2012): World Development Indicators & Global Development Finance – Jahre 1992–2011, abgerufen auf databank.worldbank.org, am 04.11.2012.

- ¹ Datengrundlage dieser Untersuchung sind die Monatserhebungen im Tourismus des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN, in denen Informationen über die Anzahl der Ankünfte pro Jahr in den 13 Landkreisen in Sachsen nach Herkunftsland der Gäste von 1992 bis 2011 veröffentlicht werden [STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2012)]. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass nur Ankünfte mit mindestens einer Übernachtung eingeschlossen sind. Ein erheblicher Teil des Tourismus in Sachsen entfällt allerdings auf den Tagestourismus. In 2011 wurden nach Angaben des Landestourismusverbandes 57% aller Umsätze durch Tageausflügler und Tagesgeschäftreisende erzielt [LANDESTOURISMUSVERBAND SACHSEN (2012)]. Darüber hinaus werden nur Beherbergungsstätten (und damit keine Campingurlauber) berücksichtigt.
- ² Im August 2002 führte die Flutkatastrophe zu erheblichen Einbrüchen in der Tourismusbranche.

Entwicklung und Zukunft der europäischen Kohäsionsförderung

Oskar Krohmer*

Einleitung

Die Kohäsionspolitik ist bereits seit 25 Jahren ein zentraler Politikbereich der EUROPÄISCHEN UNION (EU). Mit dem Beitritt Griechenlands sowie Portugals und Spaniens war die Ungleichheit zwischen den europäischen Regionen deutlich angestiegen. Dies wurde im Jahr 1988 zum Anlass genommen, mit einer Ratsverordnung die Politik zur Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion Europas zu intensivieren und die bereits bestehenden EU-Fonds zur Erreichung dieses Vorhabens neu auszurichten.¹ Mit diesem Vorgehen beschritt man in vielerlei Hinsicht Neuland. So spielten beispielsweise nationale Grenzen eine untergeordnete Rolle, da man sich bei der Fördermittelvergabe weitestgehend an der Wirtschaftsleistung einzelner Regionen orientierte. Das Haushaltsverfahren und damit die Förderplanung wurden auf mehrjährige (Förder-) Perioden umgestellt, was unter anderem eine bessere Planbarkeit für die einzelnen Wirtschaftsakteure und ein Verfolgen langfristiger Ziele sicherstellen sollte. Die dabei entwickelten Regeln und Verfahren wurden zwar über die Jahre den aktuellen Gegebenheiten angepasst, finden aber auch heute noch teilweise unverändert Anwendung. In diesem Beitrag soll anlässlich des letzten Jahres der aktuellen Förderperiode zum einen ein Blick auf die Entstehung und Entwicklung der europäischen Kohäsionsförderung geworfen werden. Zum anderen soll auch auf die Veränderungen geblickt werden, welche die künftige Förderperiode im Speziellen für Ostdeutschland und den Freistaat Sachsen bringen.

Die Entwicklung der europäischen Kohäsionsförderung

Bereits seit den Verträgen von Rom und damit der Gründung der EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT (EWG) war es das Ziel, die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen zwischen den Mitgliedstaaten anzugleichen [vgl. hierzu INFOREGIO (2013)]. Mit der Einführung der EU-Fonds (später auch Strukturfonds genannt) verfügte die EU über Finanzierungsinstrumente, die es im Rahmen der einzelnen Politiken ermöglichten, (regional) punktuelle Förderprojekte zu unterstützen. Dies trug zwar zur Überwindung regionaler Ungleichgewichte bei, war jedoch kein eigener Politikbereich der EU. Mit dem EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS (ESF) wurde zeitgleich mit

der Gemeinschaftsgründung der erste EU-Fonds als Finanzierungsinstrument eingeführt. Dieser diente zunächst der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (insbesondere in Italien) und wurde über die Jahre auf weitere arbeitsmarktnahe Bereiche ausgeweitet. Er zählt auch heute noch zu den wichtigsten Finanzierungsinstrumenten der EU. Mit dem EUROPÄISCHEN AUSRICHTUNGS- UND GARANTIEFONDS FÜR LANDWIRTSCHAFT (EAGLF) wurde im Jahr 1962 ein weiteres Finanzierungsinstrument etabliert. Mit dem Mittel dieses Fonds wurden Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik der EU finanziert.

Der heute noch bestehende EUROPÄISCHE FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG (EFRE) wurde 1975 eingeführt. Mit dem Mittel des EFRE sollten gezielt regionale Entwicklungsunterschiede, beispielsweise im Bereich der Infrastruktur, abgebaut bzw. bessere Rahmenbedingungen für die Unternehmensentwicklung geschaffen werden. Im Rahmen der „Integrierten Entwicklungsmaßnahmen“ wurden seit 1980 erste Versuche zum koordinierten Einsatz der Fonds unternommen. Auch wurde im Rahmen dieser Pilotprojekte versucht, die bis dato gängige jährliche Projektplanung durch Mehrjahresprogramme zu ersetzen. Jedoch fehlte es an einer einheitlichen und abgestimmten Förderpolitik, welche die Kohäsion als Gemeinschaftsziel verfolgte. Dies sollte erst 1988 mit der Einführung der europäischen Strukturförderung erste Formen annehmen. Die Erfahrungen, die man im Rahmen dieser Versuchsprojekte gesammelt hat, flossen dabei in die Konzeption der europäischen Kohäsionspolitik ein [vgl. DG REGIO (2008)].

Im Folgenden soll die Entwicklungsgeschichte der europäischen Förderpolitik periodenweise von 1989 bis heute kurz beschrieben werden [vgl. DG REGIO (2007, 2008)]. Im letzten Teilabschnitt wird, auf Basis der vorliegenden Bestimmungen, ein umfassenderer Ausblick zur kommenden Förderperiode gegeben [vgl. DG REGIO (2011)]. Dabei soll in jedem Teilabschnitt auf die jeweiligen Ziele, die eingesetzten Instrumente und rechtlichen Rahmenbedingungen vertieft eingegangen werden. Die Gemeinschaftsinitiativen in den einzelnen Förderperioden sollen der Vollständigkeit halber erwähnt, jedoch nicht vertieft vorgestellt werden.² Zunächst zeigt Abbildung 1 überblicksweise die gesamte Entwicklung der

* Oskar Krohmer ist Doktorand der Dresdner Niederlassung des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

Abbildung 1: Entwicklung der europäischen Kohäsionspoliti

1989–1993		1994–1999		2000–2006	
Ziel/Initiative	Instrument	Ziel/Initiative	Instrument	Ziel/Initiative	Instrument
		Kohäsionsfonds	KF	Kohäsionsfonds	KF
Ziel 1: Regionen mit Entwicklungs-rückstand	ESF, EFRE EAGFL – Abteilung Ausrichtung	Ziel 1: Regionen mit Entwicklungs-rückstand	ESF, EFRE EAGFL – Abteilung Ausrichtung	Ziel 1: Regionen mit Entwicklungs-rückstand	ESF, EFRE EAGFL – Abteilung Ausrichtung
		Ziel 6: Regionen mit einer äußerst niedrigen Bevöl-kerungsdichte	EFRE		
Ziel 2: Gebiete in wirtschaftlicher und sozialer Umstellung	ESF, EFRE	Ziel 2: Regionen die von rück-läufigen indus-triellen Entwick-lung schwer betroffen sind	ESF, EFRE	Ziel 2: Gebiete in wirtschaftlicher und sozialer Umstellung	ESF, EFRE
Ziel 5a: be-schleunigte An-passung der Agrarstrukturen	EAGFL – Abtei-lung Ausrichtung	Ziel 5a: beschle-unigte Anpassung der Agrarstruktu-ren	EAGFL – Abteilung Ausrichtung		
Ziel 5b: Förde-rung der Ent-wicklung des ländlichen Raums	ESF, EFRE EAGFL – Abteilung Ausrichtung	Ziel 5b: Erleich-terung der Ent-wicklung und der Strukturanpas-sung der länd-lichen Gebiete	ESF, EFRE EAGFL – Abteilung Ausrichtung		
Ziel 3: Bekämp-fung der Lang-zeitarbeits-losigkeit	ESF	Ziel 3: Bekämp-fung der Langzeitarbeits-losigkeit	ESF	Ziel 3: Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäfti-gungssysteme	ESF
Ziel 4: Erleich-terung der Ein-gliederung der Jugendlichen in das Erwerbs-leben	ESF	Ziel 4: Anpas-sung der Arbeitskräfte an die industriellen Wandlungs-prozesse	ESF		
Insgesamt 16 Gemeinschafts-initiativen	ESF, EFRE, EAGFL	Insgesamt 13 Gemeinschafts-initiativen	ESF, EFRE, EAGFL	INTERREG III	EFRE
				URBAN II	EFRE
				EQUAL	ESF
				LEADER+	ESF, EFRE, EAGFL

Quelle: Darstellung des ifo Instituts in Anlehnung an DG REGIO (2007, 2011).

2007–2013		2014–2020		
Ziel	Instrument	Ziel	Region	Instrument
Konvergenz	ESF, EFRE, KF	Investieren in Wachstum und Beschäftigung	Weniger entwickelte Regionen	ESF, EFRE, KF
Konvergenz Phasing-out	ESF, EFRE, KF		Übergangsregionen	
Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Phasing-in	ESF, EFRE			
Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung			Stärker entwickelte Regionen	ESF, EFRE
Europäische territoriale Zusammenarbeit	EFRE	Europäische territoriale Zusammenarbeit		EFRE

europäischen Kohäsionspolitik der letzten 25 Jahre. Die hier dargestellten Abgrenzungen und Veränderungen werden in den jeweiligen Teilabschnitten erklärt.

Die erste Förderperiode 1989–1993

Die erste Förderperiode stellte einen Strukturbruch in der europäischen Förderpolitik dar. Die bisherige Praxis der Projektförderung sollte durch inhaltlich klar abgegrenzte und abgestimmte Förderprogramme ersetzt werden. Die bereits zuvor eingeführten Fonds (ESF, EAGLF und EFRE) wurden als Finanzierungsinstrumente in die Kohäsionspolitik der EU integriert. Sie gewannen hierdurch deutlich an Bedeutung (von 16 % des europäischen Haushalts in 1988 auf 31 % in 1993).

Die rechtliche Grundlage für die Kohäsionsförderung der ersten Förderperiode bildeten insgesamt fünf Ratsverordnungen:

- eine Koordinationsverordnung,
- eine Durchführungsverordnung,
- sowie drei separate Verordnungen für die EU-Fonds.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Förderung wurden unter anderem in der Koordinationsverordnung festgelegt. Überdies regelte die Koordinationsverordnung das Verfahren zur Erarbeitung der gemeinschaftlichen Förderkonzepte auf Basis von sogenannten operationellen Programmen. Die Entwicklung der operationellen Programme, in denen die Umsetzung der Interventionen formuliert wurde, stellte eine besondere Herausforderung für die Gemeinschaftsmitglieder dar, da hierzu konkrete nationale bzw. regionale Entwicklungspläne notwendig waren. Die anfänglichen Schwierigkeiten bei der Einführung und Umsetzung dieses mehrstufigen Verfahrens, zeigten sich auch darin, dass die ersten operationellen Programme erst ein Jahr nach Beginn der ersten Förderperiode verabschiedet werden konnten. Neben der Koordinationsverordnung definierte die Durchführungsverordnung den Ablauf der Förderung. Diese regelte unter anderem die Zahlungen für die Interventionen, die Finanzkontrolle und die Berichterstattung. Für die drei Fonds gab es überdies separate Verordnungen, in denen die Regelungen für die erste Förderperiode entsprechend konkretisiert wurden.

Man verständigte sich auf fünf Ziele, die mit der Kohäsionsförderung verfolgt werden sollten (vgl. Abb. 1). Diese Ziele wurden weitestgehend auf geographische Gebiete übertragen, sodass auch von Zielgebieten gesprochen werden konnte. Als räumliche Abgrenzungseinheiten wurden die sogenannten NUTS-Gebiete herangezogen.³ Die Förderung nach Ziel 1 und 2 wurde subnational ausgerichtet (NUTS-2- bzw. 3-Ebene). Die Ziele 3 und 4 fanden auf nationaler Ebene (NUTS-0-Ebene)

Anwendung. Die Förderung nach Ziel 5 orientierte sich nicht an der geographischen Einteilung nach der NUTS-Definition bzw. konzentrierte sich auf ländliche Gebiete.

Mit 64 % der Gesamtfördersumme floss der Großteil der Mittel in „Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ [Verordnung (EWG) 2052/88 Art. 1 Nr. 1] unter dem Ziel 1. Die Entscheidungsregel, wann ein Gebiet förderfähig war, wurde bewusst einfach gewählt und findet bis heute Anwendung: Ist das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Kaufkraftstandards (KKS) eines NUTS-2-Gebietes geringer als 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts, so ist diese Region förderfähig nach Ziel 1 [Verordnung (EWG) 2052/88 Art. 8(1)]. Die Mittel wurden in den Bereichen Infrastruktur (darunter Verkehr und Umwelt), produktive Investitionen sowie Humanressourcen eingesetzt. Deutlich weniger Mittel flossen in die Ziel-2-Gebiete (9 % der Gesamtförderung). Die Förderfähigkeit orientierte sich dabei an der allgemeinen Arbeitslosenquote sowie dem Rückgang der Beschäftigung in überdurchschnittlich wichtigen Industriezweigen. Die geographische Abgrenzung fand auf NUTS-3-Ebene statt. Die Mittel dienten der „Umstellung der Regionen, Grenzregionen oder Teilregionen (einschließlich Arbeitsmarktregionen und städtische Verdichtungsräume), die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen [waren]“ [Verordnung (EWG) 2052/88 Art. 1 Nr. 2]. Die Ziele 3 und 4 richteten sich an den Arbeitsmarkt und dienten der „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“ bzw. „Erleichterung der Eingliederung der Jugendlichen in das Erwerbsleben“ [Verordnung (EWG) 2052/88 Art. 1 Nr. 3 und 4]. Unter Ziel 5 wurden Maßnahmen durchgeführt, welche auf (a) die „beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen“ und (b) die „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums“ [Verordnung (EWG) 2052/88 Art. 1 Nr. 5] abzielten. Hier wurden 9,2 % der Gesamtfördersumme ausgeschüttet. Neben der Förderung gemäß den fünf Zielen wurden in insgesamt 16 Gemeinschaftsinitiativen unterschiedliche Bereiche, wie die grenzübergreifende Zusammenarbeit oder Gebiete mit äußerster Grenzlage gefördert.

Insgesamt stellt die erste Strukturförderperiode den Beginn einer gemeinschaftlich koordinierten Förderung dar. Zahlreiche hier erstmals eingeführte Konzepte wurden in den kommenden Perioden ausgebaut und verfeinert.

Die zweite Förderperiode 1994–1999

Mit dem Ziel der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion sah es die EUROPÄISCHE KOMMISSION als notwendig an, die ökonomische Konvergenz der EU-Regionen zu beschleunigen. Aus diesem Grund wurde

1994 der Kohäsionsfonds als weiteres Finanzierungsinstrument eingeführt [vgl. Verordnung (EG) 1164/94]. Dieser hatte ein Volumen von rund 15 Mrd. ECU und konnte von Ländern in Anspruch genommen werden, deren Bruttosozialprodukt weniger als 90 % des Gemeinschaftsdurchschnitts betrug und die über entsprechende Konvergenzprogramme verfügten.⁴ Über den Kohäsionsfonds wurden auf Staatenebene Projekte im Rahmen der Verkehrsinfrastruktur sowie Umwelt finanziert. Überdies wurde 1994 das FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI (FIAF) eingerichtet, das auch im Rahmen der Kohäsionsförderung eingesetzt wurde.

Für die nun fünf Fonds wurden für die neue Förderperiode erneut separate Verordnungen erlassen und die Anforderungen an die nationalen Pläne wurden konkretisiert. Es war nun möglich, die operationellen Programme einer Region bzw. Landes in einem einheitlichen Programmplanungsdokument gebündelt einzureichen, was den Verwaltungsaufwand für die Förderempfänger reduzieren sollte. Mit dem ersten „Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion“ wurden erstmals die Auswirkungen der europäischen Kohäsionspolitik umfassend dokumentiert. Der Kohäsionsbericht wurde von da an zu einem festen Bestandteil der Berichterstattung und Erfolgskontrolle der europäischen Kohäsionspolitik.

Die Ziele in dieser Förderperiode wurden weitestgehend aus der ersten Periode übernommen [vgl. Verordnung (EG) 2081/93 Art. 1]. Auch blieb die Bedeutung des Ziel 1 mit 68 % der Mittel an der Gesamtförderung unverändert hoch. Mit dem Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden zur EU im Jahr 1995 wurde die Förderung von dünnbesiedelten Regionen als sechstes Ziel formuliert. Mit 0,4 % der Gesamtförderung war Ziel 6 aus Sicht der EU jedoch eher von nachrangiger Bedeutung. Die Zahl der Gemeinschaftsinitiativen ging von 16 auf 13 zurück, wobei sechs Initiativen nicht fortgeführt wurden und im Rahmen der Schirminitiative „Beschäftigung“ drei neue hinzugekommen waren.⁵

Insgesamt wurden die Regelungen aus der ersten Förderperiode übernommen und stellenweise geringfügig angepasst. Die Einführung des bis heute bestehenden KOHÄSIONSFONDS war hierbei die wichtigste Änderung.

Die dritte Förderperiode 2000–2006

Die dritte Förderperiode wurde durch zwei Einflussfaktoren bestimmt. Zum einen war es der Beitritt von weiteren zehn Mitgliedsstaaten im Rahmen der ersten EU-Osterweiterung, der nachhaltigen Einfluss auf die Mittelzuweisung in der EU hatte. Zum anderen wurde die Förderpolitik der EU vereinfacht. Die Koordinierungsverordnung und Teile der Durchführungsverordnung wurden durch

die sogenannte „Allgemeine Verordnung“ ersetzt. Die Verwaltung der Fördermittel wurde durch klarere Zuständigkeiten besser geregelt sowie der Zeitraum zwischen Bewilligung und Auszahlung mit der „n+2“-Regel auf zwei Jahre beschränkt.

In der neuen Allgemeinen Verordnung wurden die Förderziele bzw. Zielgebiete neu arrangiert (vgl. Abb. 1). Unter dem neuen Ziel 1 „Förderung der Entwicklung und der Strukturanpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ [Verordnung (EG) 1260/99 Art. 1 Nr. 1] wurden die alten Ziele 1 und 6 zusammengefasst. Das Volumen der nach Ziel 1 vergebenen Mittel umfasste über 70 % der Gesamtfördersumme. Der Großteil der Mittel floss dabei in Infrastrukturmaßnahmen. Das neue Ziel 2 entstand aus dem Zusammenlegen von Ziel 2 und Ziel 5 der zweiten Förderperiode. Hier wurde aus dem ESF und dem EFRE die „wirtschaftliche und soziale Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen“ [Verordnung (EG) 1260/99 Art. 1 Nr. 2] gefördert. Das dritte Ziel war arbeitsmarktpolitisch ausgelegt und entstand aus den früheren Zielen 3 und 4 [Verordnung (EG) 1260/99 Art. 1 Nr. 3]. Es wird ausschließlich über den ESF finanziert und umfasste noch 10,3 % der Gesamtförderung.

Die Zahl der Gemeinschaftsinitiativen verringerte sich auf vier, wobei die neue Initiative EQUAL aus der bisherigen Schirminitiative „Beschäftigung“ (YOUTHSTART, INTEGRA, NOW II, HORIZONT II) sowie der Gemeinschaftsinitiative ADAPT entstand. Die Initiativen INTERREG III, URBAN II und LEADER+ führten die entsprechenden Initiativen aus der Vorperiode fort.

Das Zusammenfassen der Ziele sowie die drastische Minderung der Zahl von Gemeinschaftsinitiativen markierten den Beginn der Verschlinkung der europäischen Kohäsionsförderung. Dieser Trend setzte sich auch in der kommenden Förderperiode weiter fort.

Die aktuelle Förderperiode 2007–2013

Die Ausrichtung der Kohäsionsförderung auf Wachstum, Beschäftigung und Innovation ist inhaltlich das bestimmende Thema der aktuellen Förderperiode. Strukturell wurde die Kohäsionsförderung weiter deutlich vereinfacht. Als Finanzierungsinstrumente werden der ESF, EFRE und Kohäsionsfonds geführt. Der EAGFL wurde in den LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS (ELER) und der FIAF in den EUROPÄISCHEN FISCHEREIFONDS (EFF) eingegliedert. Sie besitzen nun einen eigenen rechtlichen Rahmen und gehören nicht mehr originär zu den Strukturfonds im Rahmen der Kohäsionspolitik.⁶

Das seit der ersten Förderperiode im Kern unveränderte Programmierungsverfahren wurde vereinfacht. Zunächst werden nun in den gemeinschaftlichen Leit-

linien von der EUROPÄISCHEN KOMMISSION (EK) und den Mitgliedsstaaten die Grundsätze und Schwerpunkte der künftigen Kohäsionspolitik festgelegt. Auf Basis dieser entwickeln die Mitgliedsstaaten ihre nationalen strategischen Rahmenpläne. Diese Rahmenpläne enthalten unter anderem auch die geplanten operationellen Programme und werden dann der EK zur Beurteilung vorgelegt. Die Umsetzung der Programme bleibt weiterhin den Mitgliedsstaaten überlassen.

Die drei neuen Ziele wurden inhaltlich angepasst [vgl. Verordnung (EG) 1083/06 Art. 3]. Dabei wurde das frühere Ziel 1 in das neue Ziel „Konvergenz“ überführt. Inhaltlich konzentriert sich die Förderung weiterhin auf Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand. Das Konvergenz-Ziel umfasst über 80 % der Gesamtfördermittel und wird aus dem ESF, dem EFRE und dem KOHÄSIONSFONDS finanziert. Die Regel für die Förderfähigkeit wurde weitestgehend aus der letzten Förderperiode übernommen. Da nun der Kohäsionsfonds als Finanzierungsinstrument des Konvergenz-Ziels zählt, wurden die Bestimmungen zum KOHÄSIONSFONDS in „allgemeinen Bestimmungen“ zur Ziel-1-Förderung eingegliedert [vgl. Verordnung (EG) 1083/06 Art. 4 und 5]. Auf Grund des starken Rückgangs des durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP in KKS der EU im Zuge der EU-Osterweiterungen wurde eine spezielle Übergangunterstützung für jene Regionen vorgesehen, die nur auf Grund des gesunkenen Gemeinschaftsdurchschnitts nicht mehr zu den höchstgeförderten Regionen zählen. In Sachsen zählt der Regierungsbezirk Leipzig zu diesen sogenannten Phasing-out-Regionen.

Das neue Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ entstand aus den alten Zielen 2 und 3. Auch hier ist eine spezielle Übergangunterstützung vorgesehen. Jedoch ist dabei nicht der statistische Effekt (wie bei den Phasing-out-Regionen) entscheidend, sondern es sollte der vorgesehene Übergang von der Höchstförderung in eine schwächer geförderte Kategorie erleichtert werden. Diese Regionen werden als Phasing-in-Regionen bezeichnet.⁷ Das dritte Ziel der „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“ entstand aus der INTERREG Gemeinschaftsinitiative und wird ausschließlich aus dem EFRE finanziert. Es fördert die grenzübergreifende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit. Die Gemeinschaftsinitiativen URBAN II und EQUAL werden in die Ziele „Konvergenz“ und „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ eingegliedert. Die Initiative LEADER+ wird Teil des ELER, der den EAGFL ablöste.

Insgesamt wurde in der aktuellen Förderperiode die Architektur der Kohäsionsförderung deutlich vereinfacht. Aus den zuvor insgesamt acht Zielen und Gemeinschaftsinitiativen (zuzüglich KOHÄSIONSFONDS) wurden nun drei. Auch die Zahl der Finanzierungsinstrumente wurde halbiert.

Die kommende Förderperiode 2014–2020

Die Vorarbeiten für die künftige Förderperiode sind in vollem Gange. Auch diesmal soll es umfassendere Änderungen geben. Insgesamt fußt die Kohäsionsförderung ab 2014 auf sechs einzelnen Verordnungen:

- eine allgemeine Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für den ESF, EFRE, KOHÄSIONSFONDS sowie den ELER und den neuen EUROPÄISCHEN MEERES- UND FISCHEREIFONDS (EMFF), der den EFF ersetzt,
- drei spezifische Verordnungen für den ESF, EFRE und KOHÄSIONSFONDS sowie
- zwei Verordnungen zu dem Ziel „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ und zum EUROPÄISCHEN VERBUND FÜR TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT (EVTZ).

Ausgangspunkt für den folgenden Abschnitt sind die Gesetzgebungsvorschläge der EK vom 06. Oktober 2011 bzw. die überarbeitete Fassung vom 11. September 2012. Die Kernpunkte des Entwurfs sind:

- die Ausrichtung der Kohäsionspolitik entsprechend der Strategie EUROPA 2020;
- Verbesserung der Ergebnisorientierung und Erfolgskontrolle;
- Unterstützung integrierter Programmplanung;
- verstärkte territoriale Zusammenarbeit und
- vereinfachte Umsetzung.

Der erste Kernpunkt des Gesetzesvorschlags liegt auf der Kompatibilität zwischen den einzelnen Politiken und Finanzierungsinstrumenten untereinander und vor allem mit der Strategie EUROPA 2020. Diese formuliert das intelligente, nachhaltige und integrative Wachstum als Oberziel. Hierbei steht „intelligent“ für die vermehrte Investition in Bildung, Forschung und Innovation; „nachhaltig“ bezeichnet die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Industrie und Wirtschaft mit weniger Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und „integrativ“ steht für die forcierte Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung der Armut. Der Entwurf der allgemeinen Verordnung enthält im ersten Teil gemeinsame Regelungen für die oben genannten Fonds. Außerdem werden hier die Leitlinien für die Partnerschaftsvereinbarungen, welche die einzelnen Mitgliedsstaaten zur Einhaltung der gesetzten Ziele für 2020 verpflichten, geregelt. Der zweite Teil konzentriert sich auf Regelungen zur eigentlichen Kohäsionspolitik und beschränkt sich damit auf ESF, EFRE und KOHÄSIONSFONDS. Neben der allgemeinen Verordnung formuliert der GEMEINSAME STRATEGISCHE RAHMENPLAN (GSR) zentrale Prioritäten sowie Leitlinien für die Programmplanung. Dieser umfasst ebenso wie der erste Teil der „Allgemeinen Verordnung“ alle Fonds, sodass diese auch als GSR-Fonds bezeichnet werden. Insgesamt soll dieses Vorgehen sicherstellen, dass die Fördermittel unabhängig davon, ob sie im Rahmen der Kohäsionsförderung

oder anderer Politiken ausgeschüttet werden, den gleichen Leitlinien folgen und somit Zielkonflikte möglichst vermieden werden. So ist unter anderem die Koordinierung mit der Forschungs- und Innovationspolitik („Horizont 2020“) oder der gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik in der allgemeinen Verordnung festgeschrieben.⁸

Außerdem sind Änderungen bei der Programmplanung und Erfolgskontrolle vorgesehen. Eine Prüfung der Rahmenbedingungen soll bereits im Rahmen der Projektplanung eine effektivere Nutzung der Fördermittel sicherstellen. Die sogenannte „Ex-ante-Konditionalität“ wird hierbei mit themenspezifischen Kriterien abgeglichen, die im Anhang der allgemeinen Verordnung aufgeführt sind. Überdies sollen die Ziele der einzelnen Programme durchgehend messbar sein und die Erfüllung dieser im Rahmen der jährlichen Durchführungsberichte dokumentiert werden. Diese Leistungskontrolle wird als „Ex-post-Konditionalität“ bezeichnet. Hierbei sind auch leistungsgebundene Reserven von 5 % der zugewiesenen Mittel vorgesehen, die zunächst vorenthalten und auf Basis der Ergebnisse der Durchführungsberichte des Jahres 2017 und 2019 erfolgsabhängig ausgezahlt werden.

Im Rahmen der „makroökonomischen Konditionalitäten“ wird geprüft, inwieweit ein Land eine solide Wirtschaftspolitik aufweist. Diese wird als Basis für eine wirkungsvolle Förderpolitik betrachtet. Es soll auch möglich sein, Mittel aus den GSR-Fonds zur Bekämpfung von wirtschaftlichen Problemen eines Landes einzusetzen. Jedoch erfordert dies unter anderem Anpassungen in den Partnerschaftsvereinbarungen und bedarf der Zustimmung des EUROPÄISCHEN RATES. Im Umkehrschluss kann der Rat auch die Zahlung aus den GSR-Fonds aussetzen, falls keine adäquaten Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme ergriffen werden. Erhält ein Mitgliedstaat Finanzhilfen im Rahmen des europäischen Stabilitätsmechanismus, kann die Förderung um bis zu 10 Prozentpunkte angehoben werden.

Mit der integrierten Programmplanung, als drittem Kernpunkt des Entwurfs, soll es ermöglicht werden, Maßnahmen zur lokalen Entwicklung durch die örtliche Bevölkerung (aus dem Englischen abgeleitet auch kurz CLLD genannt) im Rahmen aller GSR-Fonds durchzuführen.⁹ Als Vorbild soll dabei die LEADER-Initiative dienen, die in der aktuellen Förderperiode in den ELER integriert wurde. Ziel ist es, durch Maßnahmen von Kommunalbehörden, nichtstaatlichen Organisationen oder Wirtschafts- und Sozialpartnern auf subregionaler Ebene die nationalen und regionalen Unterstützungsmaßnahmen zu ergänzen. Durch die einheitliche Methodik bzw. gemeinsame Regelung aller GSR-Fonds soll es erleichtert werden, auch Multifonds-Programme zu entwickeln. Die genaue Umsetzung und mögliche künftige CLLD-Programme sind noch nicht abschließend geklärt.

Als vierter Kernpunkt soll die territoriale Zusammenarbeit weiter gestärkt werden. Diese stützt sich dabei auf zwei Säulen. Zum einen ist die „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ (neben der „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“) eines der beiden Ziele der Kohäsionspolitik ab 2014. Hier soll vor allem die Abwicklung und Administration der Förderung, sowie die strategische Ausrichtung der Programme verbessert werden. Zum anderen soll es nun im Rahmen der EUROPÄISCHEN VERBÜNDE FÜR TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT (EVTZ) unter bestimmten Voraussetzungen möglich sein, Nicht-EU-Mitglieder aufzunehmen.

Schließlich soll mit der Harmonisierung der Regelungen für alle Fonds der bürokratische Aufwand verringert werden. Hierbei sollen Standardtabellen für Einheitskosten und Pauschalbeiträge eine leistungsorientierte Verwaltung ermöglichen. Mit Einführung einer obligatorischen, elektronischen Datenverwaltung soll der Verwaltungsaufwand noch zusätzlich reduziert werden. Dies verlangt von den Mitgliedsstaaten die Einrichtung entsprechender Systeme bis zum 31. Dezember 2014 [vgl. DG REGIO (2011)].

Neben oben genannten Änderungen setzt die neue Kohäsionspolitik auf die erstmals durchgehende, formale Trennung zwischen Förderzielen und Förderregionen. Wie oben kurz erwähnt, sind mit „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ sowie „Europäischer territorialer Zusammenarbeit“ zwei Zielvorgaben vorgesehen [Verordnungsentwurf 0276/11 Art. 81], die regional unabhängig gesehen werden. Die neu eingeführte Regionenkategorie im Rahmen des Wachstums- und Beschäftigungsziels entscheidet über den Umfang und die Art der Förderung. Die Regionenabgrenzung erfolgt weiterhin auf NUTS-2-Ebene und es werden hierbei drei Regionenkategorien unterschieden:

Die „weniger entwickelten Regionen“ haben ein Pro-Kopf-BIP in KKS von weniger als 75 % des durchschnittlichen BIP der EU-27. Damit wurde die 75%-Regelung der Ziel-1- bzw. Konvergenzförderung beibehalten. Diese Regionen sollen rund 48 % der Förderung für das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ erhalten. Der Anteil dieses Ziels an der Gesamtförderung wiederum soll sich auf 96,5 % belaufen. Die „Übergangsregionen“ (also die Phasing-out- bzw. Phasing-in-Regionen der Vorperiode) werden in einer Regionenkategorie zusammengefasst. Deren Pro-Kopf-BIP muss zwischen 75 % und 90 % des durchschnittlichen BIP der EU-27 liegen. Diese sollen einen Anteil von rund 11 % an der Förderung nach dem ersten Ziel erhalten.¹⁰ Die dritte Kategorie bilden die „stärker entwickelten Regionen“, deren Pro-Kopf-BIP in KKS über 90 % des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt. Rund 16 % der Förderung nach dem ersten Ziel ist für diese Regionen vorgesehen. Als

zeitlicher Bezugsrahmen für die Förderung aus dem ESF und EFRE sollen die BIP-Werte zwischen 2006 und 2008 herangezogen werden.

Basierend auf den aktuellen Verordnungen und verfügbaren BIP-Daten [vgl. EUROSTAT (2012)] würden bis auf Berlin alle ostdeutschen Regionen in die Kategorie „Übergangsregionen“ fallen [vgl. hierzu auch LEHMANN (2012)]. Berlin wäre in der Kategorie der stärker entwickelten Regionen. Dies würde jedoch nicht zwangsläufig zum „Verlust“ aller Fördermittel der höchstgeförderten Kategorie führen. Die allgemeine Verordnung sieht im Artikel 84(1) eine Sonderregelung für Regionen vor, die aus der Konvergenzförderung zwischen 2007 bis 2013 in eine niedriger geförderte Kategorie übergehen. Diese Regionen sollen nach dem aktuellen Verordnungsentwurf in der kommenden Förderperiode mindestens 2/3 der Mittel erhalten, die ihnen in der aktuellen Förderperiode zugewiesen wurden [Verordnungsentwurf 0276/11 Art. 84(1)]. Diese Regelung würde jedoch nicht für die Regierungsbezirke Leipzig, Halle und Brandenburg-Südwest greifen, da diese momentan als Phasing-out-Regionen geführt werden. Überdies schlägt der Haushaltsausschuss des EUROPÄISCHEN PARLAMENTES eine Änderung der Zwei-Drittel-Regelung vor. Demnach soll die Sonderförderung umgekehrt proportional zum Pro-Kopf-BIP gewährt werden. Damit sollen die ärmeren Regionen einen höheren Anteil der Übergangsförderung erhalten. Es bleibt abzuwarten, wie die endgültige Verordnung diesen Fall regelt.

Die Regelung für die Unterstützung aus dem KOHÄSIONSFONDS orientiert sich am Bruttonationaleinkommen [Verordnungsentwurf 0276/11 Art. 82]. Liegt das Bruttonationaleinkommen pro Kopf in KKS eines Mitgliedsstaates im Zeitraum 2007 bis 2009 unter 90 % des EU-Durchschnitts (EU-27), so kann dieser aus dem Kohäsionsfonds gefördert werden.¹¹ Die Förderfähigkeit wird im Jahr 2017 erneut geprüft. Als Bezugsrahmen sollen dabei die Jahre 2013 bis 2015 dienen. Auch hier sind entsprechende Übergangsregelungen für Regionen vorgesehen, die den Höchstförderstatus verlieren.

Zusammenfassung

In der Geschichte der europäischen Kohäsionspolitik gab es in den letzten 25 Jahren große Veränderungen. Insgesamt zeigt sich der einschlägige Trend zur Vereinfachung bei den Zieldimensionen als auch bei der Verwaltung und Umsetzung. Mit dem Auslaufen der vierten Förderperiode Ende 2013 blicken die politischen Entscheider der Mitgliedsstaaten in die Zukunft und richten ihre Strategien entsprechend der Verordnungsentwürfe des EUROPÄISCHEN RATES aus. Durch den Beitritt von Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 ergeben sich speziell in Ost-

deutschland große Änderungen im Förderstatus und damit auch in der Fördermittelzuweisung. So soll das Fördervolumen nach den aktuellen Plänen um höchstens ein Drittel sinken. Es bleibt abzuwarten, wie die Vorschriften die europäische Kohäsionsförderung in der endgültigen Fassung regeln und welche Folgen sich daraus für die Mittelzuweisung in Ostdeutschland ergeben.

Quellen

- DG REGIO (Hrsg.) (2007): Die Kohäsionspolitik 2007–2013 – Erläuterungen und offizielle Texte. Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik.
- DG REGIO (Hrsg.) (2008): EU-Kohäsionspolitik 1988–2008: Investition in Europas Zukunft. info regio Panorama Nr. 24/2008.
- DG REGIO (Hrsg.) (2011): Kohäsionspolitik 2014–2020 – Investieren in Wachstum und Beschäftigung. Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik.
- EUROSTAT (Hrsg.) (2012): Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu laufenden Marktpreisen auf der Ebene NUTS 2 [nama_re2gdp]. Abgerufen am 14.01.2013 unter <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home>.
- INFOREGIO (Hrsg.) (2013): Geschichte der Politik, Abgerufen am 14.01.2013 unter http://ec.europa.eu/regional_policy/what/milestones/index_de.cfm
- LEHMANN, R. (2012): Verlieren die ostdeutschen Bundesländer zukünftig die EU-Strukturförderung?. In: ifo Dresden berichtet 2/2012; S. 33–36.

- ¹ Unter Kohäsion versteht man den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der Gemeinschaft der EU. Sie stützt auf der Konvergenz, welche die Beseitigung der Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Leitungskraft, zwischen den einzelnen Territorien der EU beschreibt.
- ² Gemeinschaftsinitiativen bezeichnen spezielle, inhaltlich auf einen bestimmten Bereich begrenzte Förderprogramme der EU. Sie ergänzen die Förderung im Rahmen der Ziele.
- ³ NUTS steht für Nomenclature des unités territoriales statistiques und stellt die räumlich-hierarchische Klassifizierung der Regionen in der amtlichen Statistik der EU dar. Die zweite Ebene der NUTS-Klassifikation entspricht in Deutschland den Regierungsbezirken und die dritte Ebene den Landkreisen.
- ⁴ ECU steht für European Currency Unit.
- ⁵ Die nicht fortgeführten Initiativen waren RENAVAL, EUROFORM, ENVI-REG, REGEN, PRISMA und TELEMATIQUE. Die drei neuen Initiativen waren ADAPT, YOUTHSTART und INTEGRA.
- ⁶ Gemäß Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 sollen diese jedoch weiterhin mit der Kohäsionspolitik der EU koordiniert werden.
- ⁷ Als Gemeinschaftsdurchschnitt wird hierbei das Pro-Kopf-BIP in KKS der EU15 herangezogen. Es wird geprüft, ob die Region auch ohne den Ost-Erweiterungseffekt die 75-%-Grenze überschritten hätte. Wenn ja zählt diese als Phasing-in-Region.
- ⁸ Horizont 2020 bezeichnet das neue Rahmenprogramm für Forschung und Innovation. Es schließt an das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm an und wird alle forschungs- und innovationsrelevanten Förderprogramme der Europäischen Kommission zusammenführen.
- ⁹ CLLD steht für Community Led Local Development.
- ¹⁰ Die restlichen Mittel werden im Rahmen des Kohäsionsfonds ausgeschüttet.
- ¹¹ In Einzelfällen ist auch eine Förderung möglich, auch wenn die oben genannte Regel nicht erfüllt ist.

Aktualisierung der Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen – Höhere Steuereinnahmen entlasten nur kurzfristig

Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater*

Einleitung

Die konjunkturell bedingten Steuermehreinnahmen der öffentlichen Haushalte machen sich auch für den Freistaat Sachsen bemerkbar. Die aktuelle Steuerschätzung deutet darauf hin, dass im sächsischen Landeshaushalt auch im Jahr 2012 deutlich höhere Einnahmen zu verzeichnen waren als noch zu Jahresbeginn angenommen [vgl. MiPLA (2012)]. Die aktuell positive Einnahmeentwicklung wird jedoch nichts an der langfristigen Perspektive rückläufiger Einnahmen ändern. Die negativen Auswirkungen der demographischen Einflüsse auf die Einnahmeseite werden in den kommenden Jahren ebenso spürbar sein wie die Degression der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (§ 11 FAG).

Um die langfristige Haushaltsplanung des Freistaates zu unterstützen, erstellt das IFO INSTITUT eine halbjährliche

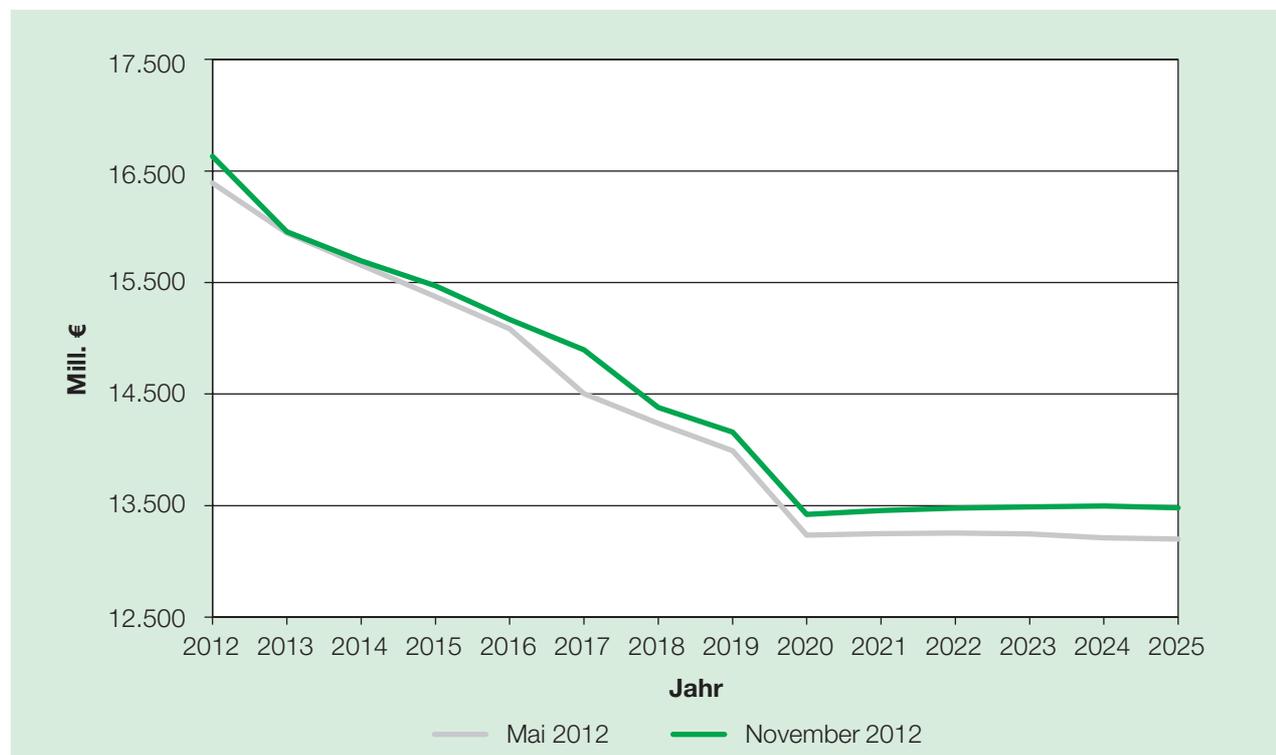
Projektion der langfristigen Einnahmeentwicklung im Auftrag des SÄCHSISCHEN STAATSMINISTERIUMS DER FINANZEN.¹ Der vorliegende Artikel stellt die aktualisierten Ergebnisse auf Grundlage der neuesten Steuerschätzung (November 2012) dar.

Projektionsergebnisse des Basisszenarios

Die Entwicklung der ordentlichen Einnahmen² im Projektionszeitraum (2012 bis 2025) wird in Abbildung 1 dargestellt. Dieser wird das Projektionsergebnis auf Basis der Steuerschätzergebnisse vom Mai 2012 gegenübergestellt.

* Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Projektion der Einnahmen des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025 (preisbereinigt, Basisjahr 2012)



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Wie die Abbildung 1 zeigt, fallen die konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen im Jahr 2012 in den kommenden Jahren kaum ins Gewicht. Während die Ergebnisse der beiden Projektionen bis zum Jahr 2020 weitgehend parallel verlaufen, ergibt sich erst in den Folgejahren eine leichte Divergenz in der projizierten Einnahmeentwicklung. Diese ist im Wesentlichen auf eine optimistischere Einschätzung der zukünftigen gesamtdeutschen Wirtschaftsentwicklung zurückzuführen. Durch die weitgehende Pro-Kopf-Nivellierung der Einnahmen im Länderfinanzausgleich ist das gesamtdeutsche Produktionspotenzial von entscheidender Bedeutung für die Steuereinnahmen der Länder. Aktuelle Schätzungen deuten auf ein langfristig etwas höheres Wachstum des Produktionspotenzials und damit des Steueraufkommens hin, als es in der Projektion auf Basis der Steuerschätzung des Monats Mai noch erwartet wurde. Da sich der Anteil des Steueraufkommens an den Landeseinnahmen durch das vollständige Entfallen der Korb-I- und Korb-II-Mittel ab dem Jahr 2020 weiter erhöht, fallen hier Abweichungen besonders ins Gewicht.

Einflussfaktoren der Einnahmeentwicklung

Die wesentlichen Einflussfaktoren auf die langfristige Entwicklung der Landeseinnahmen werden in Abbildung 2 dargestellt.

Bei Betrachtung der einzelnen Einflussfaktoren auf die Einnahmeentwicklung zeigt sich, dass der negative Osttransfereffekt nach wie vor den größten Einfluss auf die langfristige Einnahmeentwicklung hat. Das Volumen der Transfers im Rahmen des Korb-I und Korb-II ist nach wie vor so hoch, dass deren Wegfallen bis zum Projektionsende zu rund 3,0 Mrd. € geringeren Einnahmen als im Jahr 2012 führt. Der Rückgang der Bevölkerung wird – durch die Pro-Kopf-Orientierung der Zuweisungen im Länderfinanzausgleich – bis zum Jahr 2025 zu rund 1,2 Mrd. € geringeren Einnahmen führen.

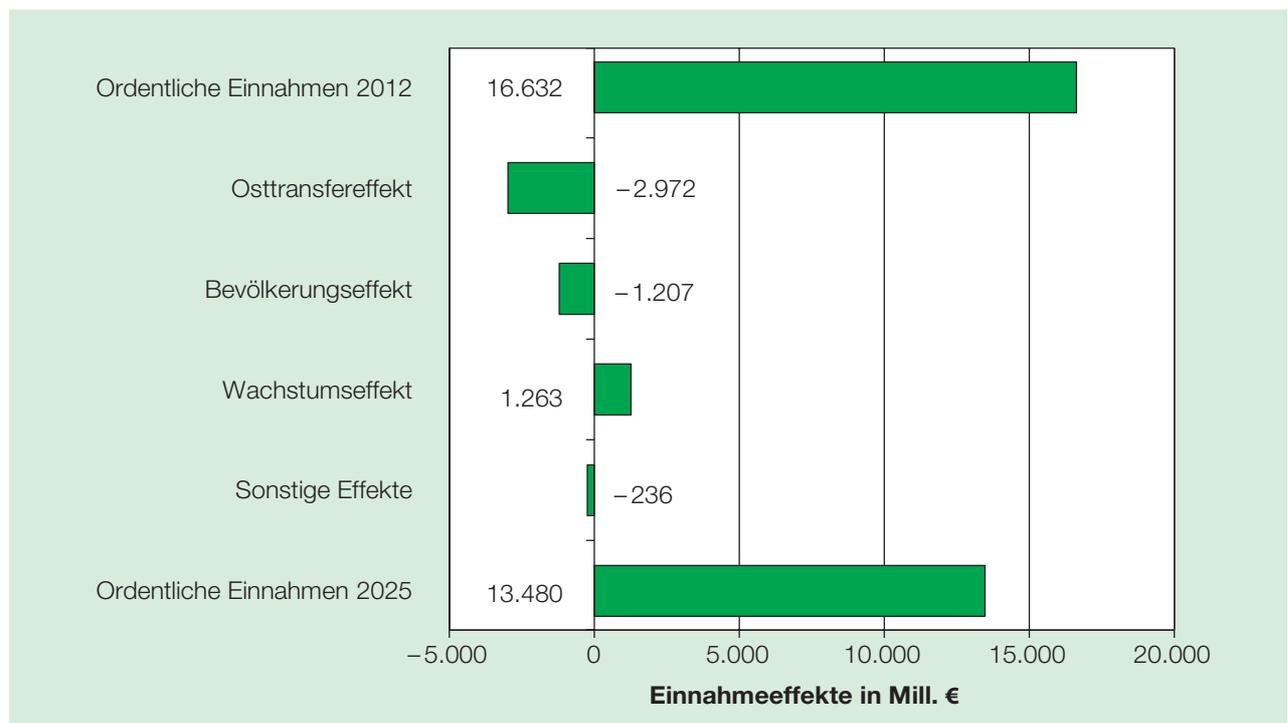
Das Wirtschaftswachstum trägt hingegen über steigende Steuereinnahmen auch zu steigenden Landeseinnahmen bei, wobei zu beachten ist, dass hier das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum relevant ist. Der Effekt wird in der aktuellen Projektion auf rd. 1,3 Mrd. € bis zum Jahr 2025 beziffert und fällt damit etwas höher aus als in der Projektion vom Mai 2012.

Die sonstigen Effekte, die im Wesentlichen in der realen Entwertung nominal fixierter Zahlungsströme liegen, tragen mit etwa rd. –240 Mill. € ebenfalls zu den sinkenden Landeseinnahmen bei.

Fazit

Die Ergebnisse der aktuellen Projektion bewegen sich trotz höherer Steuereinnahmen am aktuellen Rand bis zum Jahr 2020 im Bereich der Mai-Prognose. Durch das

Abbildung 2: Einflussfaktoren der Einnahmeentwicklung bis zum Jahr 2025 (preisbereinigt, Basisjahr 2012)



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

höhere Potenzialwachstum fällt das langfristige Steuerwachstum in der aktuellen Berechnung jedoch etwas höher als in früheren Projektionen aus. Dadurch liegen die projizierten Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen im Länderfinanzausgleich im Jahr 2025 in der aktuellen Projektion mit etwa 11,1 Mrd. € rd. 250 Mill. € über den im Mai projizierten Ergebnissen.

Unabhängig von diesen projizierten Mehreinnahmen sind die langfristigen Perspektiven unverändert. Das Auslaufen der Transferzahlungen und der demographische Wandel werden weiterhin zu deutlichen (realen) Einnahmerückgängen bis zum Jahr 2020 führen, welche durch das steigende Steueraufkommen nur langsam und teilweise kompensiert werden können. Auch die aktuellen Ergebnisse deuten somit darauf hin, dass dem Freistaat Sachsen im Jahr 2025 mit rd. 13,5 Mrd. € nur noch ca. 80 % der gegenwärtigen Landeseinnahmen zur Verfügung stehen werden.

Referenzen

ECK, A.; STEINBRECHER, J. und C. THATER (2012): Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen – Gute Konjunktur bremst Einnahmerückgang, ifo Dresden berichtet 19 (04) 2012, S. 31–38.

MIPLA (Hrsg.) (2012): Mittelfristige Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2012–2016, Sächsisches Staatsministerium der Finanzen, Dresden, Juli 2012.

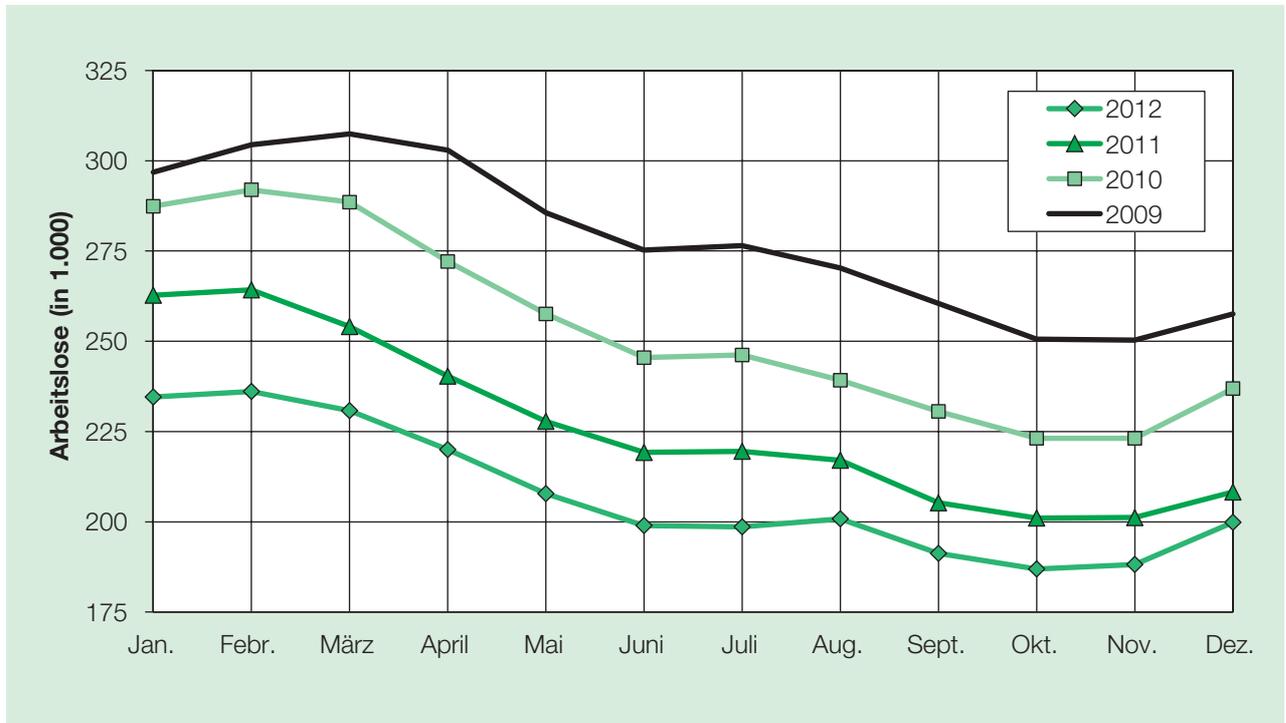
¹ Für eine ausführliche Diskussion der Methodik vgl. Eck et al. (2012).

² Die ordentlichen Einnahmen umfassen die Gesamteinnahmen des Freistaates Sachsen ohne Einnahmen aus Kreditaufnahme.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

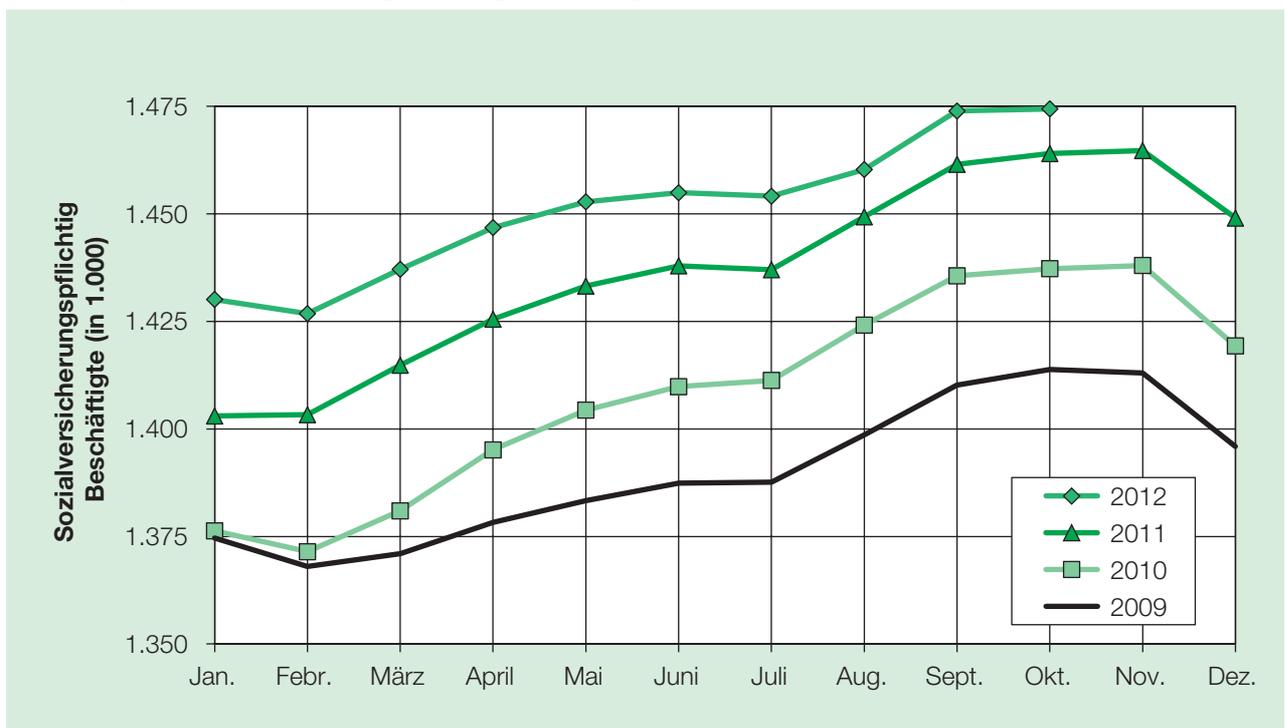
sta

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2009 bis 2012)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2009 bis 2012)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			offene Stellen ^b			Beschäftigungsbegleitende Leistungen ^c		
	Okt. 2012	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2012	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2012	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	781	781	777	9,4	10,0	10,0	6,5	7,0	12,5
Mecklenburg-Vorp.	535	538	534	8,0	8,3	7,9	4,8	5,1	8,4
Sachsen	1.474	1.474	1.465	16,9	17,8	17,5	15,8	16,7	24,8
Sachsen-Anhalt	764	766	772	9,8	10,6	10,3	8,7	9,4	13,5
Thüringen	767	768	765	13,1	14,0	13,5	6,7	7,1	11,6
D Ost (mit Berlin)	5.534	5.538	5.496	75,8	81,1	76,3	51,0	54,3	87,3
D West (ohne Berlin)	23.905	23.859	23.542	341,0	365,4	383,6	83,6	89,3	185,7
D gesamt	29.445	29.397	29.039	420,5	450,6	467,0	134,6	143,7	273,0

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Dez. 2012	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2012	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2012	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	132	125	128	9,9	9,3	10,2	40,1	41,3	34,9
Mecklenburg-Vorp.	101	95	98	12,0	11,2	12,2	31,6	33,2	29,8
Sachsen	200	188	191	9,4	8,9	9,8	38,2	40,0	36,9
Sachsen-Anhalt	132	125	130	11,2	10,6	11,3	35,5	36,7	34,1
Thüringen	95	91	94	8,2	7,8	8,2	34,4	35,8	33,2
D Ost (mit Berlin)	866	826	893	10,3	9,8	10,6	35,9	37,1	33,8
D West (ohne Berlin)	1.974	1.926	1.887	5,8	5,6	5,6	35,1	36,2	34,2
D gesamt	2.840	2.751	2.780	6,7	6,5	6,6	35,4	36,5	34,0

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten der Bundesagentur für Arbeit gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von „ifo Dresden berichtet“ werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der „Beschäftigungsbegleitenden Leistungen“ ausgewiesen. Diese umfassen die „Förderung abhängiger Beschäftigung“ sowie die „Förderung der Selbstständigkeit“. Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur „Direkten Förderung regulärer Beschäftigung“ vergleichbar. d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Konjunkturelles Tal durchschritten – ifo Geschäftsklima für Sachsen zu Jahresbeginn verbessert

Robert Lehmann*

ifo Geschäftsklima Sachsen im Vergleich

Der ifo Geschäftsklimaindex für die Gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist das dritte Mal in Folge gestiegen. Während sich das Geschäftsklima für die ostdeutsche Wirtschaft ebenfalls merklich aufhellte, hat sich der Klimaindikator für Sachsen geringfügig verbessert (vgl. Abb. 1). Ursächlich hierfür sind die Geschäftserwartungen der nächsten sechs Monate, welche von den sächsischen Befragungsteilnehmern weniger pessimistisch eingestuft wurden. Mit der aktuellen Geschäftslage hingegen sind die Unternehmen aus der Gewerblichen Wirtschaft Sachsens nicht mehr so zufrieden wie im Dezember des vergangenen Jahres.

Beschäftigungsbarometer Sachsen

Die Beschäftigungserwartungen für die sächsische gewerbliche Wirtschaft haben sich zu Jahresbeginn kräftig aufgehellt. Das ifo Beschäftigungsbarometer für Sachsen ist deutlich gestiegen (vgl. Abb. 2). Mit Ausnahme des Großhandels berichten sowohl die Firmen aus dem sächsischen Verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe als auch die hiesigen Einzelhändler insgesamt von besseren Beschäftigungsaussichten.

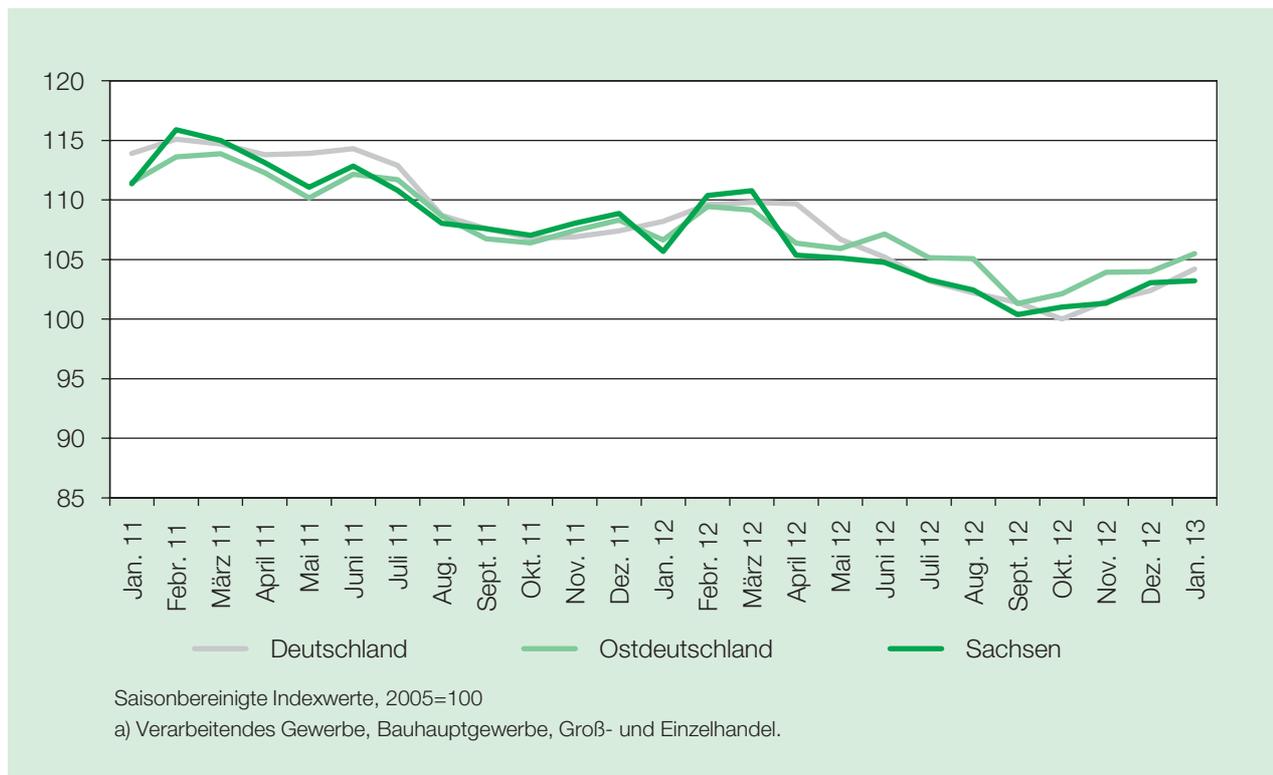
Schwerpunkt: Entwicklung im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe

Nach der Verbesserung des Geschäftsklimas im Dezember des vergangenen Jahres ist der Klimaindikator des Verarbeitenden Gewerbes in Sachsen im Januar aber-

mals gesunken (vgl. Abb. 3). Maßgeblich für diese Entwicklung ist die momentane Lageeinschätzung der sächsischen Industriefirmen. Nunmehr seit März 2012 weist die aktuelle Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens insgesamt einen Abwärtstrend auf. Bei den Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate ist die Abwärtsbewegung der letzten Monate hingegen zum Stillstand gekommen. Im Vergleich zum Vormonat zeigt sich per saldo keine Veränderung der Einschätzungen über den zukünftigen Geschäftsverlauf. Die Exporterwartungen haben sich im Januar deutlich eingetrübt und die hiesigen Industriefirmen rechnen insgesamt mit negativen Impulsen aus dem zukünftigen Auslandsgeschäft. Bei der durchschnittlichen Kapazitätsauslastung ist im Januar mit knapp 82 % ein Anstieg gegenüber der Befragung im Oktober (80,8 %) zu beobachten. Dieser Auslastungsgrad entspricht dem langfristigen Mittelwert im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe. Ebenfalls ein Anstieg zeigt sich bei der mittleren Auftragsreichweite, die mit insgesamt 3,2 Monaten über dem Wert der letzten Befragung liegt. Die Meldungen der Unternehmen, welche ihren Personalbestand reduzieren wollen und jene, welche von einem Anstieg ihrer Mitarbeiterzahl in den kommenden drei Monaten berichten, gleichen sich im Januar in etwa aus.

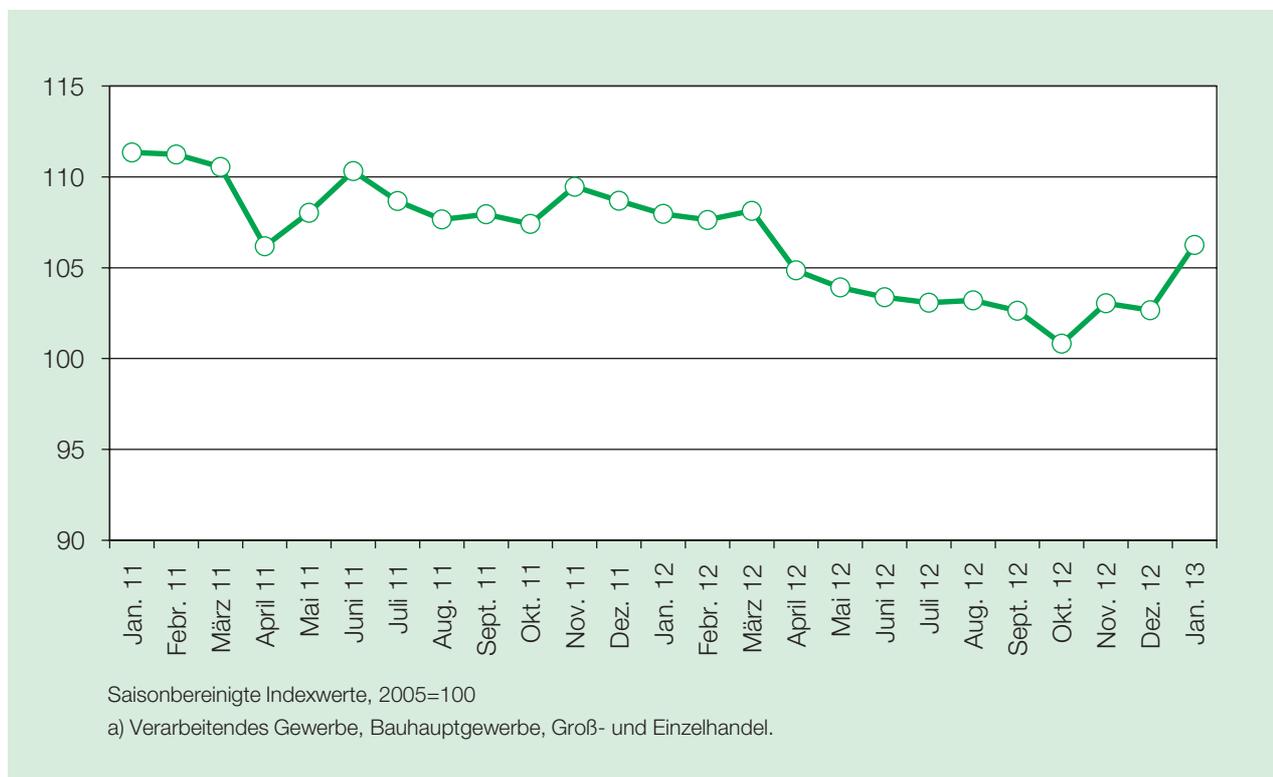
* Robert Lehmann ist Doktorand an der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

**Abbildung 1: Geschäftsklimaindex
Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich**



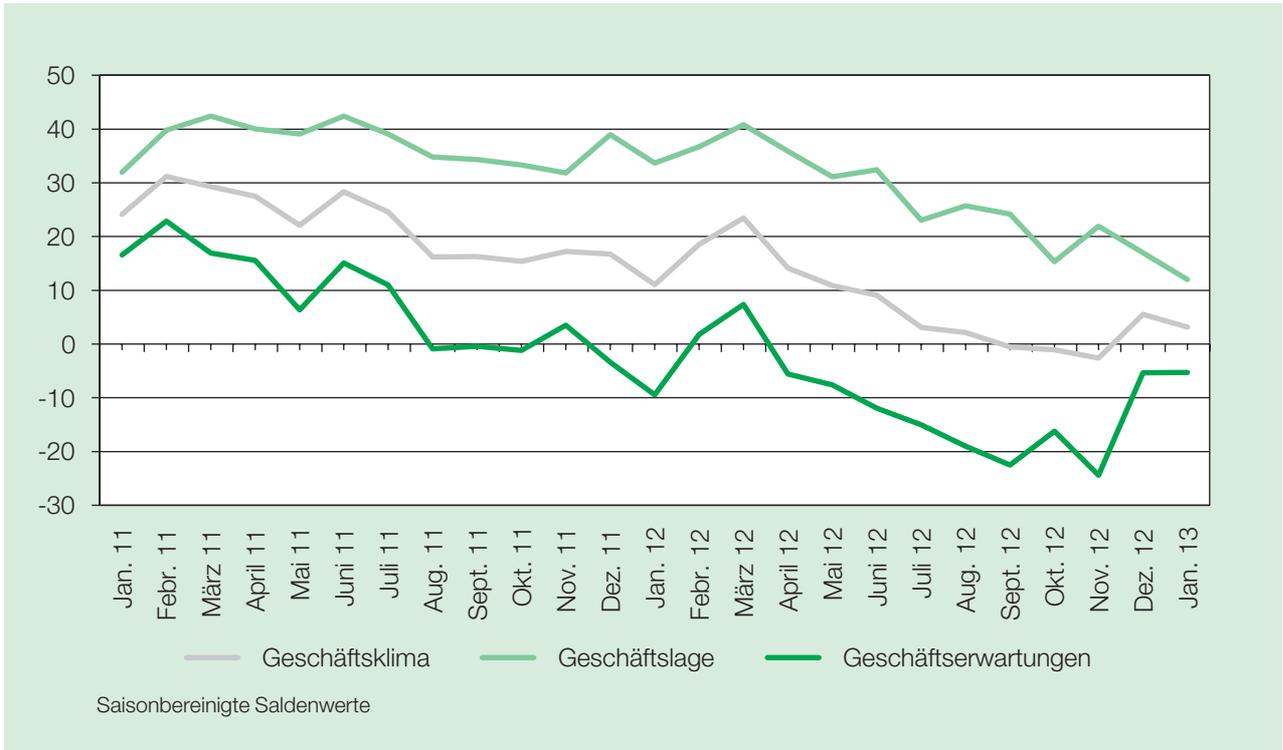
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 2: ifo Beschäftigungsbarometer für die Gewerbliche Wirtschaft^a Sachsens



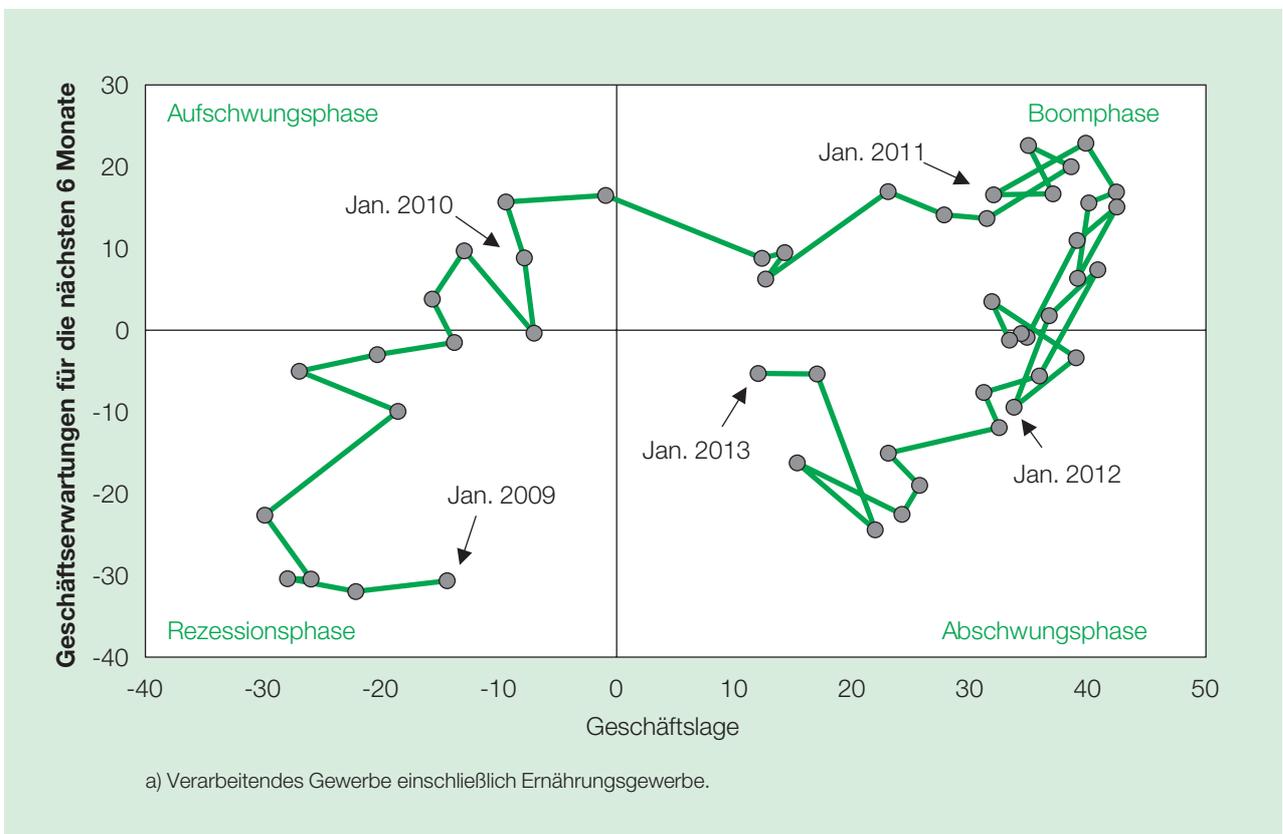
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 3: Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens sowie die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 4: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest
Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich**

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
	4. Quartal 2012	3. Quartal 2012	4. Quartal 2012	3. Quartal 2012	4. Quartal 2012	3. Quartal 2012
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,8	2,7	2,8	2,8	2,9	3,0
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	81,4	83,2	80,1	81,3	80,8	81,7
Exportgeschäft – Erwartungen ^b	1,0	-0,3	-0,8	-0,2	-3,6	-6,0
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	-6,6	-6,5	-7,2	-7,4	-12,4	-9,2
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	3,0	1,8	2,6	-1,1	0,1	-3,1
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,7	2,9	2,4	2,5	2,6	2,6
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	71,9	72,7	72,2	74,1	71,7	73,3
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	0,3	-3,5	1,7	-8,5	0,6	-10,5
Baupreise – Erwartungen ^b	-12,9	-13,8	-12,4	-12,3	-8,7	-13,9
Großhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	-1,0	6,0	-14,0	-7,3	-42,7	-9,0
Bestellpläne ^b	-7,4	-8,0	-13,7	-16,0	-23,8	-19,5
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	18,9	17,9	29,7	24,7	32,6	17,4
Einzelhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	1,3	4,3	-22,0	-14,7	-12,7	-10,0
Bestellpläne ^b	-10,5	-9,2	-27,6	-20,9	-21,7	-16,4
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	18,6	11,5	22,2	18,9	16,0	9,8
Anmerkung: Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr). a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.						

Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Am **19. Dezember 2012** tagte der **Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen** in der Niederlassung Dresden. Der erste Teil der Veranstaltung wurde mit einem Vortrag von Dr. Wolf-Dietmar Speich, Referatsleiter im STATISTISCHEN LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN, zur aktuellen Wirtschaftsentwicklung im Freistaat Sachsen eröffnet. Anschließend sprachen Dr. Antje Weyh und Mirko Wesling, wissenschaftliche Mitarbeiter am IAB REGIONAL SACHSEN, zur derzeitigen Entwicklung auf dem sächsischen Arbeitsmarkt und zu den unterschiedlichen Verdienstmöglichkeiten zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten. Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden die Prognosen zur konjunkturellen Entwicklung für die Jahre 2012 und 2013 vorgestellt. Dr. Wolfgang Nierhaus, wissenschaftlicher Mitarbeiter des IFO INSTITUTS in München, erläuterte die aktuelle Deutschlandprognose des IFO INSTITUTS. Robert Lehmann, Mitarbeiter der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS, stellte die Konjunkturprognosen für Sachsen und Ostdeutschland für 2012/2013 vor. Die nächste Sitzung des Arbeitskreises wird voraussichtlich im Juli 2013 stattfinden.

Am **01. und 02. März 2013** findet der 3. Workshop „**Arbeitsmarkt und Sozialpolitik**“ statt, den die Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS gemeinsam mit der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN veranstaltet. Der zweitägige Workshop soll ein Forum für aktuelle Forschungsergebnisse aus den Bereichen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung von Nachwuchsforschern in diesem Bereich beitragen. Den thematischen Schwerpunkt bilden dieses Jahr ökonomische Analysen der sozialen Sicherung, der Umverteilung und von familienpolitischen Maßnahmen. Für die Leitung des Workshops konnte wiederum Prof. Dr. Alexander Kemnitz von der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN gewonnen werden.

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** spricht am **24. April 2013** Prof. Dr. Kai A. Konrad, Direktor am MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR STEUERRECHT UND ÖFFENTLICHE FINANZEN, München, zum Thema „Schuldenkrise“. Der Vortrag ist öffentlich und findet im Seminarraum der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist um **18:30 Uhr**.

ifo Veröffentlichungen

Arent, Stefan und Michael Kloß: Arbeitsmarktaustritt gleich Renteneintritt? Warum das Renteneintrittsalter nur die halbe Wahrheit ist. ifo Schnelldienst 65 (23) 2012, S. 20–26.

Lehmann, Robert und Wolfgang Nagl: Wo leben welche Migranten aus Deutschlands Nachbarländern? Eine Analyse auf Kreisebene. ifo Schnelldienst 65 (23) 2012, S. 27–31.

Lehmann, Robert und Klaus Wohlrabe: Zur Prognose des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg – Machbarkeit und Treffsicherheit? Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2013, S. 30–36.

Nagl, Wolfgang: Better Safe than Sorry? The Effects of Income Risk, Unemployment Risk and the Interaction of these Risks on Wages. ifo Working Paper Nr. 148, November 2012.

ifo intern

Zum 31. Dezember 2012 hat **Katja Baum**, Doktorandin an der ifo Niederlassung Dresden, unser Haus verlassen und eine Tätigkeit als Referentin im AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG aufgenommen. Das Team von ifo Dresden wünscht ihr an dieser Stelle noch einmal alles Gute für ihre berufliche Zukunft.